

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig April 1993

4/93

2. Jahrgang

Themen:

Methodologische
Wende?

Institution Hochschule
und Landeshochschul-
recht Teil 1

Verbände(-Schicksale)
im Osten Teil 1

Mit Beiträgen von:

Hans Jörg Sandkühler *
Jürgen Jünger * Burchard
Brentjes * Hans Joachim
Meyer * Erich Hödl *
Hartmut Elsenhans
u.a.



Editorial

Gelegentlich bedauert ein westdeutscher sozial- oder geisteswissenschaftlicher Lehrstuhlneuling im Osten, daß von den alten Marxisten niemand mehr an der Hochschule sei. Dadurch könne die Auseinandersetzung mit der hiesigen Wissenschaftsgeschichte und -tradition nur sehr vermittelt realisiert werden. Dem einen oder anderen wird man unterstellen dürfen, daß er es ernst meint. Zu fragen ist allerdings: Warum werden die zwar wenigen aber doch auch vorhandenen Ostdeutschen in den betreffenden Instituten nicht als die gewünschten GesprächspartnerInnen angenommen? Vermutet werden kann: Weil diese zum großen Teil nichts von ihrer ursprünglichen wissenschaftlichen Sozialisierung durchscheinen lassen. Alles bemüht sich statt dessen nachzuweisen, wie intensiv früher schon die westliche Diskussion verfolgt worden sei. (Daß eine wesentliche Ursache dafür in den entsprechenden Anforderungen westdeutsch dominierter Kommissionen besteht, sei unbestritten, erhellt die merkwürdige Situation jedoch gewiß nur zum Teil.) Es ist schon etwas überraschend: Wo früher aber auch ausschließlich alles unter dem Etikett der Dialektik etwa verhandelt wurde, da hörte man diesen Begriff heute überhaupt nicht mehr, gäbe es nicht ein paar Westdeutsche an den Ost-Hochschulen. Solche Phänomene scheinen eigentlich erklärungsbedürftig. Eine Vermutung dürfte auch unzutreffend sein: Diejenige, alle Marxisten seien abgewickelt, und was sich heute noch an Ossi in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Instituten findet, hätte sich wohl immer nur zwangsweise unter das staats-sichernde ideologische Dach begeben. Eher zutreffend ist möglicherweise: Der frühere marxistisch-leninistische Mainstream war schlicht derart konservativ geprägt, daß es nach der Entkleidung der vorgeblich emanzipatorischen und wissenschaftlichen Weltanschauung vom revolutionären Pathos einfach keinen relevanten Unterschied zur spätmodernen in der technokratischen Fixierung befangenen bürgerlichen Ideologiebildung mehr gibt. Daß sich für die alten Ansätze keine Verwendung mehr findet, muß wohl nur in Einzelfällen bedauert werden. Doch interessant ist schon, wohin die VertreterInnen der "revolutionären Weltanschauung" sich nun wandten (oder wendeten). Nicht Adorno etwa, wie es mancher Außenstehende naheliegend gefunden hätte, sondern Popper bspw. belebte nachhaltig den Aufschwung Ost im Buchhandel. (Daß es bei dem uns umgebenden grandiosen Ausmaß an Falschheit und Dummheit und was sich sonst so in den Abgründen verhältnisangepaßten Verhaltens findet, daß es da auch beim hier verhandelten Sachverhalt sich positiv abheben- de Ausnahmen gibt, ist - schon stochastisch - selbstverständlich. Es sei trotzdem erwähnt. Denn erst die Platitüden sichern Höflichkeit von allen Seiten.) Vollzog sich also - um die Frage auf den Punkt zu bringen - mit der politischen auch eine wissenschaftstheoretische Wende bei den ehemaligen Denkern des ehemals real existierenden Sozialismus in der ehemaligen - wie hieß die doch gleich? Einen Einstieg in die Beantwortung der Frage versuchen wir in unserem ersten Schwerpunktthema:

Methodologische Wende?

p.p.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Fax 719 22 55.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

INHALT

THEMA I: Methodologische Wende?

<i>Hans Jörg Sandkühler:</i> Nach Marx. Über einige Gründe der Selbstzerstörung eines Paradigmas und symbolischer Form	5
<i>Jürgen Jünger:</i> Die ideologische Wende in der Wirtschaftswissenschaft	27
<i>Burchard Brentjes:</i> Produktionsweise, Geschichtsdetermination oder politische Argumentation. Zum Theorienstreit in der Geschichtswissenschaft der DDR	35

THEMA II: Institution Hochschule und Landeshochschulrecht - Teil 1

<i>Hans Joachim Meyer:</i> Das neue Sächsische Hochschulgesetz	45
<i>Erich Hödl:</i> Finanzautonomie in NRW. Erste Erfahrungen an der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal	52

THEMA III: Verbände (-Schicksale) im Osten - Teil 1

<i>Heinz Zenker:</i> Der INGENIEURTECHNISCHE VERBAND KDT e.V. Tradition und Perspektiven	56
---	----

BERICHTE

Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat (<i>Chr. Füller</i>)	63
Überlegungen zu einem interdisziplinären, politikwissenschaftlich fundierten Studiengang Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig (<i>H. Elsenhans</i>)	70
Durchbruch bei der Ostrenten-Kappung? (<i>E. Allert</i>)	77
Hochschulausbau wird fortgesetzt (<i>BMBW</i>)	79
<i>Wissenschaftsrat</i> empfiehlt abgestimmte Entwicklung der Naturwissenschaften an den Universitäten im Raum Berlin-Potsdam	80
<i>AG Sekten/ Sondergemeinschaften</i> des Studentenrates an der TU Dresden	82

PUBLIKATIONEN zu Sekten / Sektenähnlichen Gruppen / Sondergemeinschaften an Hochschulen	83
--	----

ÜBERSICHT Aufgabenprofile der Großforschungseinrichtungen und ihrer Zweigstellen in den neuen Bundesländern (<i>AGF</i>)	84
---	----

DOKUMENTATION IGW Erlangen abgewickelt	86
---	----

PUBLIKATIONEN	88
----------------------	----

ZUM SCHLUSS Entscheidender Beitrag zur Erneuerung vollbracht: MLU Halle/S. heißt wieder "Martin-Luther-Universität"	89
--	----

THEMA I: Methodologische Wende?

Hans Jörg Sandkühler (Bremen):

Nach Marx

Über einige Gründe der Selbstzerstörung eines Paradigmas und symbolischer Form

1. Wider die einfachen Bilder westöstlicher Selbstentlastung¹

Es mag heute verfrüht sein, hinreichend empirisch abgesicherte Analysen und systematisch begründende Urteile über Weltbilder und Wissenschaftskulturen in der Deutschen Demokratischen Republik vorzulegen.² Das Phänomen weitestgehender Widerstandslosigkeit, mit der eine

historisch gewachsene, in ihren Anfängen und über längere Zeit von der Erfahrung des Faschismus belehrte und von starken individuellen Überzeugungen getragene politische und ideologische Werte- und Weltanschauungskultur *sich selbst* aufgegeben hat und mit der ein Wissenschaftssystem zum Objekt weitestgehender Außensteuerung³ werden konnte, ist bisher kaum in Ansätzen erklärt. Ich unternehme nicht mehr als einen tastenden Versuch - gewiß nicht ohne Skrupel, denen, die in dieser Kultur gelebt und gedacht haben, 'dreinzureden'.⁴

Die Konkurrenz der voneinander nicht isolierten Gesellschaftssysteme hat zum Niedergang dieser Gesellschafts- und Staatsform beigetragen; primäre Ursache

¹ Die zwischen Text und Fußnoten sichtbare Differenzierung bedarf einer Erläuterung. Der Haupttext ist einer kritischen Analyse repräsentativer problematischer Tendenzen im *Marxismus-Leninismus* als *Staatsdoktrin* gewidmet. Um zu verdeutlichen, daß eine solche Kritik ganz unzureichend wäre ohne Verweise auf Gegenteilstendenzen, nenne ich in Fußnoten Beispiele für auch heute zu würdigende Leistungen interner Kritik und Innovation. Es sind *Beispiele*, die um nicht wenige ergänzt werden müßten und mit denen ganze Teilgebiete der Philosophie in der DDR nicht einmal erwähnt werden; allein Gründe der Platzbeschränkung, nicht solche der Diskriminierung durch Verschweigen und gewollter Ungerechtigkeit gegenüber einzelnen, verhindern dies hier. Allen, mit denen ich diesen Artikel kritisch erörtern konnte, danke ich; wo ich Urteilen nicht gefolgt bin, bitte ich um Nachsicht.

² Die annotierte Bibliographie Gruhn 1992 zur öffentlichen Debatte 1990/91 zeigt, daß bereits eine breite Literatur existiert

³ Die Außensteuerung einer auch ideologisch nicht souveränen DDR durch die KPdSU wäre besonderer Analyse wert.

⁴ Authentischer ist gewiß die Analyse von Mocek 1993.

war sie nicht; was ich (in Beschränkung auf das Problem von Theorie und Weltanschauung) 'Selbsterstörung eines Paradigmas' nenne, hat sich Jahre zuvor darin abgezeichnet, daß durchaus vorhandene innermarxistische Selbstkritik unterlaufen und zugleich viel Kraft für eine Reparatur nichtreparabler Theoreme (z.B. 'Grundfrage der Philosophie', 'Widerspiegelungstheorie') aufgewandt wurde; in vielen Theoriebereichen wurde immer intensiver begründet, was ein Theorem *nicht* bedeute, eine Theorie *nicht* leiste. Zugleich verhinderte der zur Orthodoxie gehörige *Abbild-Materialismus* die Reflexion auf den Marxismus-Leninismus in seiner das Weltbild und die 'Wirklichkeit' gestaltenden *Funktion* als *symbolische Form*⁵, als das Leben stabilisierender *Mythos*, als eine der Gestalten von *religio* in der Moderne.

Ein öffentliches Nachdenken über das "strukturell Rätsel 'DDR'" aber hat begonnen: "was ermöglichte von innen beides, Stabilität wie Auflösung der DDR?"⁶; ein Beginn auch, die oft zu engen Grenzen subjektiver 'Betroffenheit' zu überschreiten, hüben wie drüben. Zum Thema wird mehr und mehr die im Westen

⁵ Nicht die symbolische Form stellt das Problem dar; das *animal symbolicum* (Cassirer) konstituiert sich in ihr, freilich in weltkonstruierenden symbolischen Formen, deren Pluralität der Staat gewordene Marxismus-Leninismus gerade leugnete.

⁶ So Krüger 1992, der die meines Wissens in der Klarheit ihrer Ursachenbenennung weitestgehenden und vor allem mentalitätsgeschichtlich fruchtbaren wissenschaftsbezogenen Analysen vorgelegt hat. Weit schwieriger noch dürfte die Frage zu beantworten sein, wird sie auf die Sowjetunion bezogen. Unter weiteren Beispielen des Nachdenkens über Philosophie in der DDR, die aber aufgrund (noch so verständlicher) Motive persönlicher Abrechnung nicht mit Krügers Analysen vergleichbar sind, seien erwähnt Ruben 1991, Warnke 1991.

nahezu unbegriffene und voreilig als opportunistische Anpassung denunzierte Integration von Persönlichkeitsentwicklung in strukturelle soziokulturelle *Systemverhältnisse*. Die moralische Unterscheidung zwischen 'Tätern' und 'Opfern' darf zwar nicht eingeebnet werden; der auch für dieses Wissenschaftssystem repräsentative Typus dürfte aber jener der *strukturellen* Ambiguität des 'Täter-Opfers' sein.

Erklärungsbedürftig ist die vielfache eilfertige Distanzierung von zuvor - und sei es noch so von Kritik begleiteten - weltanschaulichen, politischen und moralischen Einstellungen und wissenschaftlichen Wahrheits-Überzeugungen, diese verbreitete Selbstaburteilung der Lebensgesamtheit DDR.⁷ Der seit dem Herbst 1989 beobachtbare, teils voraus -, teils nachteilende Gehorsam und die Unterwerfung unter neue wissenschaftsexterne Anforderungen mag zu dem Schluß führen, der Marxismus-Leninismus⁸ habe die Oberfläche von Rhetorik und Gestik nicht wirklich durchdrungen. Einer Prüfung dürfte ein solcher Schluß kaum standhalten; zu fragen ist vielmehr nach system-immanenten Dispositionen eines *Habitus der Passung*. Einen Grund wird man finden können in der immer offensichtlicheren lebensweltlichen Trennung zwischen habitualisierter Weltanschauung (z.B. die soziale Psyche der Institution 'Brigade'), der Katechetik der M-/L/Lehre, der wissenschaftlichen Bearbei-

⁷ Über die Veränderungen privater Bibliotheken als Spiegel der Überzeugungs-Revolutionen berichtet Reich 1992. Die Selbstdiskriminierung durch Literaturdiskriminierung ist eine Form individueller Geschichtsverdrängung; in der DDR hatte man sie um 1956 bereits einmal durchexerziert. Strukturell ist die Müllverbrennung ganzer Verlagsbestände jeder anderen Bücherverbrennung gleich.

⁸ Vgl. Labica 1985.

tung des Marxismus als Theorie und dem pragmatischen Desinteresse der Politik an Theorie.⁹

Erklärungsbedürftig ist aber auch die Tatsache, daß bald nach dem Zusammenbruch des Paradigmas Geistes- und Sozialwissenschaftler mit neuartigen, alternativen Studien aufwarten konnten.¹⁰ Die im Westen Deutschlands verbreitete Unterstellung vollständiger Selbst-Abkoppelung der 'DDR-Wissenschaft/ DDR-Philosophie' von der internationalen Forschung ist nicht haltbar.¹¹ 'Die DDR-Philosophie?' Dieser Fiktion des Staates als eines kollektiven Subjekts von Wissenschaft haben freilich nicht nur Steuerungsapparate der SED, sondern weit verbreitete unreflektierte Selbstbezeichnungen von Wissenschaftlern/ Philosophen in der DDR und Selbstverständnisse von Philosophie als *Staatsphilosophie*¹² - sei es als oktroyierte Philosophie

⁹ "In den Chefetagen der Fachministerien der DDR glaubte kein Mensch fortan mehr an Theorie und politische Ökonomie. Der Marxismus-Leninismus war relativ früh als ungeeignet erkannt worden, um dem Modernisierungsdruck vor allem im Bereich von Wissenschaft, Technik und Industrie zu entsprechen. [...] Was blieb? Den Marxismus-Leninismus wenigstens als Religionsersatz zu befestigen!" Mocek 1993.

¹⁰ Zahlreiche Artikel in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* seit Mitte 1990 oder Bücher wie Wahsner/Borzeszkowski 1992 belegen dies.

¹¹ Hierauf verweist auch der Wissenschaftsrat in seinen *Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder* (Empfehlungen 1992, 63).

¹² Doch bleibt die tiefergehende Frage, warum *zugleich* die umgekehrt proportionale 'Hochschätzung der Philosophie' in politischer Rhetorik und die realen Ohnmachtserfahrungen des Großteils der intellektuellen koexistieren konnten. Sie könnte auch anders gwendet werden: Wie wäre Philosophie in der 'alten Bundesrepublik' gescheitert, hätte sie jemals den Versuch

des Staates, sei es in gutem Glauben für den Staat - Vorschub geleistet. Zu beantworten ist die weit schwerwiegendere Frage, aus welchen externen (politischen) und internen (in der Verfaßtheit des Paradigmas liegenden) Gründen die oft intime Kenntnis nichtmarxistischer Theorie und Wissenschaft für den Erkenntnis und Wissensprozeß in der offiziellen Standard-Literatur¹³ weitgehend unwirksam geblieben ist. Es liegt auf der Hand, auf politische Gründe der Subsumtion 'fremden Wissens' unter Feindbilder¹⁴ wie 'bürgerliche Ideologie' zu

unternehmen können, Rationalitätsansprüche *in praxi, politisch*, zu Zwecken gesellschaftlicher Veränderung zu verwirklichen? Nicht allein der 'Radikalen-Erlaß' gehört in den Kontext einer Antwort.

¹³ So vor allem in staatsoffiziellen Lehrbüchern. Im Westen wurden, wenn überhaupt, vorrangig Lehrbücher und monographische Literatur, z.B. des Dietz Verlages, zur Kenntnis genommen; von ihnen wurde das Bild einer politisch-ideologischen Funktionalisierung geprägt. Zumindest teilweise unabhängiger waren die wissenschaftlichen Zeitschriften der Universitäten; deutlich experimenteller und innovativer waren Arbeiten aus der Forschung, wie sie in 'Arbeitsblättern' und 'Beiträgen zu...' öffentlich gemacht wurden, ohne auf dem Buchmarkt zu erscheinen. Als *Beispiele neben anderen möglichen* seien genannt: die *Studien und Forschungsberichte* des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der AdW der DDR/ Berlin, die *Arbeitsblätter zur Wissenschaftsgeschichte* und die *Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie* (beide Universität Halle).

¹⁴ Man vgl. hierzu die - ungeachtet nicht weniger Fakten-Fehler, Polemiken und ihres selektiven Kenntnisstandes - recht sachliche Untersuchung Kapferer 1990 (vgl. dazu Warnke 1991; vgl. ders. 1991), die sich vor der 'Wende' umein im Vergleich zu heutigen Pauschalurteilen gerechteres 'Bild' der Philosophie in der DDR bemüht hat. Nicht zu übersehen ist aber auch,

verweisen. Zu warnen aber ist vor der Legende, welche die Wissenschaften in der DDR noch ex post insgesamt an ein Gängelband 'der Partei' zu legen bemüht ist.¹⁵ Politische Steuerung hat es in großem Maße, aber eben doch nur *auch* gegeben; *auch* vorhanden waren Entscheidungs- und Freiheitsräume¹⁶, nicht nur für *privates Denken* und die Faust in der Tasche, sondern für öffentliche Sprache. Dies ist der Grund, warum individuelles Denken und Sprechen tatsächlich *Individuen* zugerechnet werden kann, hinreichender Grund auch für eine sensible Prüfung, auf die Individuen Anspruch haben; kollektive (ohnein meist moralistische) Schuldzurechnungen setzen die Fiktion allmächtiger kollektiver Subjekte voraus; es hat sie nicht, zumindest nicht an jedem Ort und zu jeder

daß dieses Werk hagiographische, nur an 'Kontinuität' und nicht an inneren Widersprüchen interessierte Selbstdarstellungen der Philosophie in der DDR (wie z.B. Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1979) an Sachlichkeit übertrifft. Wie tief verwurzelt in der Perspektive des 'Ausnahmestands' politische Freund-Feind-Lager-Schemata z.B. in der Philosophie auch noch dann waren, als sich die DDR längst völkerrechtlicher Anerkennung erfreuen konnte, belegt etwa Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1988, 484: Noch hier wird H.-G. Gadamer als "Gegner der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" vorgeführt, der in seiner Leipziger Zeit versucht habe, "eine demokratische und antifaschistische Erneuerung der Universitäten mit den Mitteln des Boykotts, der Wühlarbeit und Hetze zu stören".

¹⁵ Bezogen auf die Philosophie vgl. dazu etwa Vieweg 1992.

¹⁶ Aus Anlaß der 'Abwicklung' des "Institutsdirektor[s] K." berichtet Lepenies 1992 über ein von Liberalität und Pluralität geprägtes Wissenschaftler-Verhalten. Zu den Leistungen innerhalb des von G. Kröber geleiteten Instituts vgl. auch die theoretischen und historischen Arbeiten von H. Laitko.

Zeit, gegeben. Eine umfangreiche Literatur und Vortragstätigkeit kann belegen, daß von einer durchgängigen und gar systematischen staatlichen und Partei-Zensur nicht die Rede sein konnte.

Die trennscharfe Alternative zwischen Unterworfenheit und Widerständigkeit war nicht die Regel in einer Lebensweise, auch von Intellektuellen, die keineswegs von permanentem Ausnahmezustand bedrängt war. Man wird sich im Westen an den Gedanken gewöhnen müssen, daß auch das Leben in der DDR seine ihm eigene Normalität hatte; man wird die Einsicht akzeptieren müssen, daß nicht die Große Alternative zwischen Unterdrücktsein und Freisein dieses Leben in ständigem Antagonismus zerrissen hat, sondern daß es unterschiedliche *Freiheitsgrade*¹⁷ gegeben hat; dies nicht allein wegen der Verschiedenheit von Funktion, Privileg und Sanktion, vielmehr als Widerspruch in der Biographie des einzelnen. Veranlassung zu großem Mut war die Ausnahme; gegeben hat es den kompromißlos aufrichtigen Charakter, der, mag er auch geirrt haben, Respekt verdient; Ausnahme war der Gewinn personaler Identität durch vollständige Aufopferung für 'die Sache', 'die Partei'. Die Regel dürfte gewesen sein: das Bedürfnis nach moralisch noch akzeptabler Anerkennung, die widerstrebende Zustimmung zum Fehlerhaften aus 'übergeordneten Gründen', die kleine Ausflucht in Privatheit, die freie kritische Kom-

¹⁷ Daß mangelnde *Freizügigkeit* zu einem das Alltagsleben beherrschenden Gefühl der *Unfreiheit* geführt habe, halte ich für eine Legende derer, die im Herbst 1989 *das Volk* sich selbst befreien sahen. Freiheitsdefizite wurden - ob richtig oder falsch - durch Kenntnis von Freiheits- und Wohlfahrtsdefiziten in anderen Gesellschaften zumindest in einem solchen Maße kompensiert, daß eine Alltags-Mentalität gesellschaftlicher Normalzeit vorherrschend sein konnte.

munikation mit Gleichgesinnten. So leben gemeinhin Menschen in Gesellschaft. Trifft dies alles zu, dann bedeuten die Freiheitsgrade aber auch ein höheres Maß an Verantwortung und Rechenschaftspflicht; von ihr nicht zu entlasten sind die Urheber von sanktionsandrohenden Regelwerken, Lehrschriften, die allesamt Ordnungen schufen und nach Ordnungen richteten, in denen das 'Von oben nach unten'-Schema erziehungsdiktatorischer 'Anleitung' dem Bemühen um wahrheitsgetreue Darstellung von Sachverhalten keine Chance ließ und dem Selbstdenken den Stachel nahm.

Die eingängige Gleichmacherei¹⁸, die sich westliche 'Geister' leisten, die ansonsten als differenzierungsfähig zu gelten wünschen, tendiert in ihrem Gehalt an realistischer Wissenschaftsforschung gegen Null. Eine offensichtliche Funktion der Rede von *der* 'DDR-Wissenschaft', *der* 'DDR-Philosophie', ist es, das in der 'alten' Bundesrepublik geradezu selbstverständliche jahrzehntelange Desinteresse¹⁹ an Wissenschaft/ Philosophie in der DDR, zum anderen das im eigenen Haus gepflegte Feindbild nachträglich zu legitimieren; dieses verfremdende Bild erlaubte die Scheuklappen der Nicht-

¹⁸ Von Unkenntnis und deshalb kompensatorisch von Arroganz geprägt sind demgegenüber Fehlurteile über "die reale Rolle der DDR-Philosophie" wie: "Diese Rolle bestand nicht in 'theoretischer', sondern in 'praktischer' Arbeit." (Becker 1992). Die Aufmerksamkeit sollte, statt sich in derartigen Scheinalternativen zu bequemem, auf die komplizierte Kompossibilität von Theorie und Praxis gerichtet werden und nicht ausblenden, daß es die Wissenschaft beschädigende Systembeziehungen und den Mangel an Kompetenz auch außerhalb der DDR gegeben hat und gibt. Hierzu argumentiert Henrich 1991, 1992.

¹⁹ Ein Zitations-Index würde belegen, in wie geringem Maße Veröffentlichungen aus der DDR zur Kenntnis genommen worden sind.

Wahrnehmung innerer Differenzierungen in Wissenschaft und Philosophie *in der* DDR; es bereitet heute eine zweite Exilierung vor. Und es dient der Ablenkung von Versagen im Westen. An der Zeit sind heute empirische Untersuchungen, z.B. zur ritualisierten Form, in wissenschaftlichen Texten unter den je ersten zehn Belegen Parteitags und Politiker-Zitate anzubringen; sie waren in aller Regel Chiffren des Nachweises einer ideologischen/ politischen *Funktion* und als solche weniger bedacht als 'selbstverständlich'. In zahllosen Monographien und Zeitschriftenbeiträgen wird man sie vergebens suchen. (Eine vergleichende empirische Erhebung zu gegenstandsfremder Rhetorik in der Literatur der 'alten Länder' würde einen formal ähnlichen Befund dokumentieren.) In zu großer Nähe zu Politiken von Staat und Interessenverbänden, gar als Auftrags-Denken, kommt der wissenschaftliche Geist um. Was die noch unterentwickelte kritische Selbstreflexion im Westen angeht, - sollten die (gescheiterte) Erhebung des 'Kritischen Rationalismus' zu sozialdemokratischer Staatsphilosophie in den 1970er Jahren aus der Erinnerung getilgt, sollten von keiner Sachkenntnis getrübe gegenmarxistische Pamphlete wie K. Löws *Die Lehre des Karl Marx* (1982), eine Auftragsarbeit des Instituts der deutschen Wirtschaft, *victoris iure* vom Mantel des Vergessens bedeckt werden?

Den allzu einfachen Bildern ist zu mißtrauen. Sie sind Blockaden für den wissenschaftlichen Geist unvoreingenommener Analyse. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Wissenschaftsrat einerseits eine politische Funktionalisierung und "weitgehende Ideologisierung" etwa von Philosophie in der DDR feststellt²⁰, andererseits aber dazu auffordert, "lokale Be-

²⁰ Am Beispiel des *Studienplans für die Grundstudienrichtung Marxistisch-leninistische Philosophie zur Ausbildung an den Universitä-*

sonderheiten" (fachspezifische Schwerpunkte in Logik, Erkenntnistheorie^[21], Philosophie der Naturwissenschaften^[2], Geschichte der Philosophie^[23], in Leipzig, Halle, Berlin ...) nicht zu unterschlagen, die erkennen ließen, "daß sich die Philosophie in der DDR in einigen Bereichen dem völligen Zugriff der Partei zu entziehen vermochte und dabei auch Verbindungen zu westlichen philosophischen Entwicklungen, insbesondere innerhalb der analytischen und konstruktivistischen Philosophie, halten konnte".²⁴ So zutreffend dies ist, ein Blick etwa in R. Moceks *Blicke in die Wissenschaftsgel*

ten und Hochschulen der DDR (Empfehlungen 1992, 61; vgl. die Überarbeitung Studienplan 1981). Nur 'politischer Oktroy'? Sie wurden zunächst von Wissenschaftlern in den Hochschulen in Entwürfen erarbeitet. (Vgl. Studienplan 1981, 89).

²¹ Wie hier sowohl die Verbindung zwischen Philosophie und Wissenschaften erfolgreich gesucht als auch nicht-geschlossene systematische Erkenntnistheorie gelungen ist, belegt etwa Erpenbeck 1980, 1986.

²² Gerade im Kontext Philosophie/ Naturwissenschaft hat es erfolgreiche Strategien der *Verwissenschaftlichung* gegeben. Signifikant hierfür sind etwa die philosophische Interpretation nichtrelativistischer Quantenphysik und philosophischer Widerspruchsproblematik in Röseberg 1984 (vgl. historisch dessen Bohr-Biographie 1985), Hörz/ Wessel 1986 und in ganz anderer Akzentuierung die Arbeiten von R. Wahsner. Es wurden Ideen marxismusinterner Modifikation entwickelt, die denen etwa R. Havemanns so fremd nicht waren.

²³ Ein Beispiel einer vom soziologischen Reduktionismus unbeeinträchtigten Geistesgeschichte ist die breit angelegte Studie Wollgast 1988 *Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650*. Nicht vergessen werden sollte Ley 1966 ff. *Geschichte der Aufklärung und des Atheismus*, dem im Westen nichts Vergleichbares gegenübersteht.

²⁴ Empfehlungen 1992, 63.

*schichte*²⁵ hätte den Katalog des in der Philosophie in der DDR Rezipierten erheblich erweitern können.

In meinem Text wird oft unangemessen von *der* DDR die Rede sein; wurde auch in der politischen Rhetorik dieses Staates auf völlige *Kontinuität* größter Wert gelegt, so wäre mit Differenzierungen zu beginnen: War der nach 1945 intendierte Marxismus nicht etwas anderes als der nach 1956 kaum kritisch bearbeitete Stalinismus? War nicht E. Bloch erst Nationalpreisträger und dann 'Revisionist'? Wie ging der glaubhafte Elan einer Lenkung des Gemeinwesens durch gut begründete *Theorie* zugrunde an Herrschafts-Pragmatismus, den Theorie nicht länger scherte? Waren die zeitgleichen DDR-Welten von R.O. Gropp und G. Klaus nicht durch die Kluft zwischen Dogmatisierung und Innovation getrennt? Wieviel an 'Perestroika' ging nach 1985 trotz politischer Sperren in die Denkkulturen ein? Wer dürfte H. Pepperles Versuch einer kritischen Näherung an Nietzsche und W. Harichs stalinistische Denunziationsantwort - beides um 1988 in *Sinn und Form* gedruckt - über einen Leisten schlagen?

Gefragt, ob es aus heutiger Sicht eine "spezifische Methodologie" und ein eingegartetes Profil von Philosophie in der DDR gegeben habe, werde ich ver-

²⁵ Mocek 1988. Auch die um historische Gerechtigkeit bemühte Sicht des Wissenschaftsrats versperrt noch den Blick darauf, daß auch andere Philosophien, so z.B. Fortentwicklungen der Frankfurter Schule (vgl. Krüger 1990) und die Hermeneutik (vgl. Schreiter 1988), aber auch Wissenschaftsphilosophien wie jene von Toulmin, Kuhn, Lakatos, Laudan ... (vgl. Kröber/Krüger 1987/88) rezipiert und in öffentlicher Literatur dargestellt wurden; es ist signifikant, wie der letztgenannte Band 1988 durch "Komplementäre Studien zur marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie" ergänzt wurde.

suchen, einige *strukturelle* Gründezusammenhänge²⁶ und *Systemfolgen* zu untersuchen, in denen sich Gründe für eine größere Binnendifferenzierung im Philosophieren, als viele im Westen einzuräumen bereit sind, erkennen lassen; es geht zugleich um Ursachen dafür, daß trotz offensichtlicher Konzeptionen-Unterschiede 'marxistische' Philosophie und Wissenschaftskonzeptionen gemeinsam mit dem gesellschaftlichen System gescheitert sind, weil sie - unabhängig von größerem oder mindermem Wissenschaftsstatus - als nicht mehr verwendbare Mythen überflüssig geworden sind. Begründet werden soll, daß Ursachen dieses Scheiterns keineswegs allein in 'Deformationen' einer in ihren Anfängen 'unschuldigen Theorie' liegen, daß vielmehr früh Weichen gestellt waren und es neben Eigenverschulden eine 'Erbschaft dieser Zeit' gab.²⁷

Was ich im folgenden zu sagen habe, betrifft nicht allein 'die anderen'; es betrifft mich auch selber. Meine eigenen Versuche der Systemisierung materialistischer

²⁶ Die für das Scheitern des Staates DDR weit wichtigeren ökonomischen Ursachen bleiben hier völlig ausgeklammert. Allein an ihrer Ideologie und an für die Individuen noch so spürsamsten Freiheitsverweigerungen wäre die DDR nicht zerbrochen.

²⁷ Begründet werden soll auch, daß es unsinnig wäre, sich von kritischer Forschung zu Marx und zur Geschichte des Marxismus zu verabschieden; es ist nicht zuletzt der Reichtum innerer Widersprüche eines Werks im Werden, der zu erneuerter Forschung auffordert. Eine Verdrängung ins Vergessen aus flüchtigen politischen Motiven, nun mit Umkehrung ideologischer Vorzeichen, wäre keine wissenschaftlichen Geistes der Kritik; wer gleichwohl verdrängen will, erntet in zwanzig Jahren das Gelächter der heute ihre Arbeit unbeirrt fortsetzenden internationalen scientific community der Marx- und Marxismus-Forschung.

Dialektik bis in die späten 1970er Jahre²⁸ waren ein Beitrag zur Fehlentwicklung; ich werde sie so wenig dementieren wie jene einer kritischen Reformierung dieser Philosophie bis Mitte der 1980er Jahre, bis es sich für mich als erfolglos erwiesen hat, das marxistische Paradigma - zunehmend transzendentalphilosophisch, dann mit Mitteln der Épistémologie - 'anzureichern'.²⁹ Daß ich früher - in Selbstkorrekturen - anderes gesagt habe, ist für mich kein Grund zu heutiger Kritik- und Sprachlosigkeit.

²⁸ Vgl. Verf. 1973.

²⁹ Die Erfahrung mehr als zwanzigjähriger intensiver Zusammenarbeit mit Philosophinnen und Philosophen in der DDR, von deren Argumenten ich zu lernen hatte, möchte ich nicht missen. Zu diesen Erfahrungen gehört, daß mich niemand gehindert hat, in öffentlichen Vorträgen an Akademien und Universitäten sowohl innermarxistische Einwände als dann auch Kritik von dem Marxismus fremden Auffassungen her geltend zu machen. Daß derartige Erfahrungen einem Großteil von Philosophen an westdeutschen Hochschulen fehlen, sollte sie nicht a priori zu kompetenten Richtern machen. Ich habe in der DDR nicht wenig publiziert. Daß ab 1987 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* eingereichte Beiträge, etwa zur Realismus-Debatte und zum Werk Bachelards, gegen den Willen des Chefredakteurs als 'idealistisch' und 'wegen der Unbekanntheit der Materie dem Publikum in der DDR nicht zumutbar' zurückgewiesen wurden, habe eigenes Nachdenken befördert und ist ein Indiz unter vielen für zunehmende Ängste eines Systems in der Krise; wieder aber muß dem hinzugefügt werden, daß gerade in diesen letzten Jahren der DDR sich in der individuellen Arbeit an einer Dogmenaufweichung durch Zuwendung der Philosophie zu den (vor allem Natur-)Wissenschaften Tendenzen der Entideologisierung deutlich durchsetzen konnten. Man vgl. etwa auch die Schriften des heute umstandslos 'abgewickelten' Rostocker *Arbeitskreises Philosophie und Naturwissenschaften*.

2. Krise des Marxismus und Krise individueller Biographie³⁰

Der Marxismus als Theorie war entstanden als Leistung einzelner Intellektueller im Horizont der Bedürfnisse und Erfahrungen einer politisch-sozialen Bewegung. Sie begriffen theoretisch das Proletariat (so der Marx von 1843, der gerade anfang, kein 'Marxist' zu werden) als noch bewußtlosen 'Träger' einer struktur-immanenten Veränderung des Kapitalismus; zum Realismus der Theorie gehörte der Verzicht auf die Heroisierung der proletarischen Individuen in ihrer Verelendung, nicht aber auf symbolische Heroisierung der Klasse. Nicht die 'arbeitenden Klassen' selber, sondern die im Bündnis mit kritischen Intellektuellen entstehende politische Arbeiterbewegung kam zur Idee des Proletariats als erster *allgemeiner Klasse*, die sich als besondere Klasse in der allgemeinen Humanität des Kommunismus aufheben werde. Die Geburt dieser Idee war die Geburt einer Paradoxie und eines Dilemmas. Die - der Absicht nach - allgemeine Klasse mußte als Partei, zunächst als *Bund der Kommunisten*, ihre Autonomie gegen andere besondere Klassen gewinnen, die ihre Parteien bereits hatten. Seitdem war auch die kommunistische Partei, obwohl doch programmatisch dem Ziel der Klassen- und Herrschaftslosigkeit verpflichtet, aus Gründen, die prinzipiell und nahezu unabhängig von individueller Korruption mit der Herrschaftsform 'Partei' verbunden sind, Repräsentantin besonderer Interessen.

In dieser Quadratur des Kreises lag und liegt das Problem einer 'Partei der Arbeiterklasse'. Von dem Moment an, wo dieses Problem bewußt wurde - spätestens seit Luxemburg und Gramsci -, war die Krise dieses Politiktypus unabwendbar. Unabwendbar war damit zugleich die Krise³¹ jener 'wissenschaftli-

chen Weltanschauung', die sich in allen Formen der Kultur im Kontext von Hege-monieansprüchen Macht - zunächst der Partei, nach der Oktoberrevolution des sozialistischen Staats - artikuliert. Der Marxismus-Leninismus und die ihm freiwillig verpflichteten oder unter Oktroy stehenden Wissenschaften konnten aufgrund ihres Verständnisses der Theorie-Praxis-Beziehung dem Dilemma nicht enttrinnen: als Theorie *allgemeiner* Emanzipation wurden sie zum Mittel und Zweck der Politik eines Teils der Gesellschaft, der sich kraft der Theorie nicht als Teil begriff und sich als das Ganze setzte.

Dies sind Gründe unter anderen dafür, daß der Verlust der Dialektik, des die Theorie bewegenden Kerns, programmiert war. Eine der für den Marxismus typischen Schlußfolgerungen aus der Tatsache, daß die Wirklichkeit sich anders bewegte als die Theorie, war die Flucht in die Geschichtsmetaphysiken 'naturnotwendiger Gesetze'; was die Subjekte nicht leisteten, sollten nun die 'ehernen Gesetze der Geschichte' verbürgen. Dies war die Idee eines Fortschritts ohne handelnde *individuelle* Subjekte.³² Der Glaube an die Notwendigkeit des geschichtlichen Sieges des Sozialismus wurde in einem Maße zum Stellvertreter wirklichkeitsnaher Empirie, daß der politisch-ideologische 'Marxismus-Leninismus' dem Überzeugtsein der In-

³⁰ Bei den nun folgenden Passagen beziehe ich mich - teils direkt, teils in Verkürzung und Überarbeitung - auf frühere Arbeiten wie 1984, 1990 und 1991ab.

³¹ Vgl. Racinaro 1978.

³² Die in den letzten Jahren der DDR mit ihrer Krise unübersehbar zunehmende Beschäftigung mit dem 'subjektiven Faktor' war eine dersystemimmanenten Gegenbewegungen. Vgl. Erpenbeck 1992a.

dividuen die Weihe der Wissenschaftlichkeit der kollektiven Weltanschauung verleihen mußte. Ein erneut spekulativer geschichtsphilosophischer Triumphalismus wurde zum Credo nicht nur des politischen Kollektivs; er war getragen von einer Vielzahl *überzeugter* und deshalb persönliche Lebens- und Freiheitsbedürfnisse hintanstellender Individuen. Auch deshalb hat sich der Marxismus nie anders als in Krisen entwickelt. Marxisten haben immer wieder versucht, sich dieses inneren Widerspruch des Marxismus zu entledigen. Das *Morgen* verhieß Besserung; dies gehört zum Dilemma jeder Hoffnung auf Zukunft. Man sieht sich in schlechten Verhältnissen als Teilnehmer des *antizipierbaren Noch-nicht-Seins*. Das Korrelat ist der 'Held' des Verzichts, in der Wissenschaft der subjektiv oft aufrichtige Heroismus der Widerspruchslosigkeit im Interesse des 'vernünftigeren Ganzen' und seiner Statthalter. *Kritischem* Marxismus hätte aber die bewußte Förderung von Verhaltensnormen der Wahrhaftigkeit in Wissen und Praxis entsprochen.

Hätten nicht nur die gar nicht so seltenen Ausnahmen, sondern hätte der Marxist als engagierter Bürger mit gelebter *Freiheit zu denken* (Spinoza) und *öffentlichem Gebrauch der Vernunft* (Kant) die Assoziation, in der die Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist, *vor-leben*, also in praxi antizipieren können, wäre die kollektiv vertretene Theorie in der Biographie des einzelnen nicht so häufig widerlegbar gewesen. Die Verhältnisse haben zum Widerspruch nicht nur nicht ermutigt; sie haben vor das in einigermaßen libertären Gesellschaften zumutbare Maß an Zivilcourage Hürden gestellt, vorrangig der Gratifikation, dann erst der Sanktion; entscheidend war der Passung fördernde Effekt der Gratifikation; sie auszuschlagen war moralisch schwieriger als Sanktionen vor-

zubeugen. So konnte sich der Marxismus-Leninismus als Staatsdoktrin in seiner (in späteren historischen Situationen durchaus reproduzierbaren) Mythos-Funktion verselbständigen, als Herrschaft sowohl gegenüber den Theorie-Produzenten als auch gegenüber der übrigen Gesellschaft, deren Widersprüche die Intellektuellen in Privatheit in sich auszutragen hatten, während die parteiförmige Verfassung der Weltanschauung exterritoriale Wahrheitsansprüche geltend machte³³. Die mit dem Parteitagzeitat beginnende, keine Probleme, nur Antworten verzeichnende Literaturgattung 'Lehrbuch' drückte diese Eigendynamik einer Binnen-Systemisierung aus.

³³ Dies ist die Matrix dessen, was mangels eines treffenderen Begriffs hier 'Personenkult in der Philosophie' genannt werden soll. Wenn in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1988, 506, in bezug auf die 1951er Jenaer Debatte über formale und dialektische Logik behauptet wird, es habe sich die schon "von Georg Klaus, Kurt Zweiling, Kurt Hager [...]" vertretene Auffassung zum wissenschaftlichen Erkenntniswert der modernen formalen Logik und ihrer eminent praktischen Bedeutung durchsetzen können, wird zu offensichtlich auf Vergeßlichkeit gesetzt. Vergleicht man mit dem insgesamt philosophisch außerordentlich interessanten Originalprotokoll, so ergibt sich, daß K. Hager in die Debatte nicht eingegriffen hat; ihm oblag vielmehr das *Schlußwort* mit der angesichts realer politischer Verhältnisse zynischen Bilanz, "daß der Satz Stalins [...] über den freien Meinungskampf ganz zweifellos hier zur Wirklichkeit geworden ist"; "die Wirkungen der Stalinschen Arbeit über Marxismus und Sprachwissenschaft und der Forschungen Pawlows [sein] in unserer eigenen Tätigkeit bereits sichtbar geworden". (Protokoll 1953, 127, 129) Was sich beispielhaft hier zeigt, kann nur als früher Versuch gewertet werden, Bedürfnisse nach einem wirklichen Begreifen der historischen Schuld des 'realen Sozialismus' gar nicht erst wachwerden zu lassen.

Der Marxismus aber ist in der bürgerlichen Gesellschaft als Oppositionswissen entstanden. Der Widerspruch ist für ihn konstitutiv, oder er ist nichts. In Widersprüchen wollte er die Voraussetzungen einer zwangsfreien Hegemonie verwirklichen. *Dialektik* aber wurde zur Redeweise.

3. Erinnerung an einen Anfang, der nicht unschuldig war - K. Marx

Verschiedenste 'Marxismen'³⁴ haben seit der II. Internationale die Marxsche Theorie nicht nur - dies wäre theoriegemäß - revidiert, sondern kritische Zugänge zu ihr verstellt; ich verkenne - an einer generalisierenden Kritik des Marxismus nicht interessiert - fruchtbare Ausnahmen keineswegs; doch viele in 'Marx-istischem' Namen auftretende 'Theorien' haben sich als kritik-immunisierte Dogmensysteme - nicht erst im Stalinismus und mit ihm nicht endend³⁵ - von der Nähe zu menschlichen

³⁴ Vgl. Hobsbawm 1981, Labica 1984.

³⁵ Über Folgen der dem Marxschen Kritik-Denken unangemessenen (aber u.a. als Substitution zerstörter alter Religionen erklärbarer) Kanonisierung des 'Marxismus' bereits in der frühen Sozialdemokratie berichteten Sozialisten aus pragmatischer orientierten Arbeiterbewegungen, so z. B. G. B. Shaw, der einen allgemeinen Szientismus der Zeit ironisch kritisierte und notierte, "daß selbst der Sozialismus sich 'wissenschaftlich' nennen und das Datum der Revolution voraussagen mußte, als ob sie ein Komet wäre und die Rechnung sich auf 'historische Gesetze' gründete": "Alles, was sie [die deutschen Sozialdemokraten] zu wissen wünschen, ist: Bin ich ein Orthodoxer? Bin ich korrekt in meiner revolutionären Haltung? Beuge ich mich den revolutionären Autoritäten? Weil ich ein echter Freidenker bin, sehen sie mich an, wie [...] ein Berliner Bourgeois einen verdächtigen Fremden betrachtet." (Shaw 1908, 12f.)

Es ist kein Zufall, daß in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1988 an die Stelle

se. Die von Brecht vorgeschlagene *Gesellschaft von Dialektikern* hat der Staat gewordene Sozialismus nicht gewollt. Doch ist es historisch bereits ausgemacht, ob, wer den Sozialismus als Staat wollte, Dialektiker hat wollen können?

Bedürfnissen und vom Maß der Freiheit verabschiedet.

Halten wir zunächst einmal fest, daß Voraussetzung einer offenen Antwort auf die Frage nach der Geltung und Falsifizierbarkeit empirisch gestützter bzw. theoretisch konsistenter Marxscher Theoreme auch in der DDR ein unbefangenes Verständnis dessen hätte sein müssen, was 'Revision'³⁶ meint: Die rationale Weiterent-

des Argumentierens mit konkurrierenden Theorien die vermeintlich als Argument evidente soziale Zuschreibung 'bürgerlich' treten konnte und zugleich einer Analyse des Stalinismus aus dem Wege gegangen wurde: die Stalinsche Zwei-Welten-Konzeption wirkte weit länger nach, als die Rhetorik es glauben machen wollte. Zu Stalins Anti-Dialektik in der Schrift *Über dialektischen und historischen Materialismus* heißt es 1988: "Ungeachtet vieler Vereinfachungen und auch fehlerhafter Darstellungen gab sie eine gedrängte und allgemeinverständliche Darstellung der philosophischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus." (Ebd. 491) Die innermarxistische Alternative A. Gramscis wird nicht einmal erwähnt. Wieder aber besteht kein Anlaß zu vereinfachenden Bildern. Dieselbe Akademie der SED hatte bereits 1978 dank des Engagements von H. Neubert für die Herausgabe eines seinerzeit quer zur 'Linie' stehenden Bändchens mit positiven Urteilen über Gramsci verantwortlich gezeichnet. (Akademie 1978)

³⁶ So hatte z. B. L. R. Graham in seiner Analyse zum Verhältnis von dialektischem Materialismus und Naturwissenschaften in der UdSSR die der Dialektik angemessene Schlußfolgerung

wicklung der Theorie (in dem Maße, wie sie Theorie und nicht Mythos ist) ist kein sie nachahmendes wiederholendes Experiment unter identischen Bedingungen und mit dem Ziel ihrer Bestätigung, sondern ein Verfahren im Laboratorium der Kritik.

Theorierevision setzt offene Lernprozesse voraus; dem Lernen in vorurteilsfreien Theorievergleichen aber widersetzte sich im marxistisch-leninistischen Offizialdiskurs eine ideologische Doppelstrategie: einerseits 'keine Experimente an Denkmälern', andererseits die 'Kritik bürgerlicher Ideologie', d.h. die vermeintlich ideologie-kritische, tatsächlich meist denunziatorische Verurteilung des 'Fremden' als des Feindes; an die Stelle der Wahrheitsprüfung von Theoremen trat die Identifizierung sozialer Herkunft und kognitiver Möglichkeiten, letztlich eine Folge des 'Widerspiegelungs-Konzepts'³⁷ und des unmittelbar mit ihm verbundenen Kon-

gezogen, "daß die Modifikation der Doktrin ein wünschenswertes, kein gefürchtetes Ziel ist. Nichts ist unmarxistischer als eine pathologische Furcht vor Revision. Wissenschaft, die bereit sein muß, ihre Ergebnisse im Lichte neuer Daten zu revidieren, ist im Kern 'revisionistisch.'" Graham 1974, 40.

³⁷ An solchen Konzepten ist zu zeigen, in welchem Maße der marxistisch-leninistische Diskurs 'selbstverständliche', scheinbar keiner Explikation bedürftige stillschweigende Voraussetzungen gemacht hat: Dieser Ideologie-Begriff muß die ontologische und erkenntnissoziologische Annahme *kausaler Referenz* (die REALITÄT affiziert und determiniert Bewußtsein so, daß es durch klassenspezifische Interessen-Apriori gefilterte Wirklichkeiten adäquat 'widerspiegelt') voraussetzen. 'Bürgerliche Ideologie' ist dann *notwendig* 'falsches' Referieren auf eine - an 'objektiven Interessen' gemessene - 'falsche' soziale Wirklichkeit. Zur Fragwürdigkeit der offensichtlichen Beziehung zwischen Ideologie- und Referenztheorie hat es aber keine kritischen Studien gegeben. 'Widerspiege-

lepts der 'zwei Welten' in der Wissenschaft.³⁸

Transformation der Philosophie³⁹ zur 'realen Wissenschaft', Verpflichtung der Wissenschaft auf die Analyse des *Wirklichen* und Analytizität als Bedingung von *Kritik* - dies waren aber Programm-Koordinaten, in die Marx sein Rationalitätskonzept eingetragen hat. Aus der Analyse der '*wirklichen*' Bedingungen der Ideen und aus der Kritik sowohl der großen idealistischen VERNUNFT⁴⁰ als auch der vernunftwidrigen Lebenslage der Menschen sollte eine praktische Rationalität handlungsmächtiger Subjekte entstehen. Geboren aus der *Kritik*, nicht aus Zukunftsbildern, war der Theorietypus 'Marx' ein Element der kulturellen und praktisch-sozialen Dialektizität der *Wissenschaft* war - trotz einiger Modifikationen - ein Tabu.

³⁸ (Die entsprechende, vom Marxschen Konzept des Kapital *verhältnisses* weit entfernte Schwarz-weiß-Verzeichnung des 'Kapitalismus' hat sich als wesentlicher Beitrag zum Scheitern der DDR erwiesen.) Und doch gab Schriften wie jene von H.-M. Gerlach und R. Mocek, in denen eine explizite Anti-Kritik an der seitens der herrschenden 'Kritik bürgerlicher Ideologie' propagierten These vom prinzipiellen Rationalitäts- und Wahrheits-Verlust 'bürgerlicher Philosophie' formuliert wurde: Es sei falsch, "wenn man diese Philosophie nur aus ihrer eigenen Widerspiegelungsfunktion, aus dem ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen Sein allein erklären wollte." Gerlach/Mocek 1982, 15.

³⁹ Vgl. Sève 1980. Eine Übersetzung dieser umfangreichen, in strikt antidogmatischem Geist verfaßten und bereits im Titel *Une Introduction ... innermarxistische Pluralität* geltend machenden Einführung in Entstehung und Entwicklung marxistischer Philosophie wurde in der DDR abgelehnt.

⁴⁰ Die Auszeichnung in VERSALIEN bringt das Verständnis dieser Begriffe in einer ontologischen, metaphysisch-realistischen Semantik zum Ausdruck.

bürgerlichen Gesellschaft, deren Aufhebung er unter ihren Bedingungen wollte. Er war ihre bestimmte Negation. Dies zu verstehen, hat Folgen: die in dieser Theorie verfaßte Rationalität kann in der Unterstellung *kognitiver Alternativität* zum sogenannten 'bürgerlichen Denken' gerade nicht begriffen werden. 'Alternativ' waren *Intentionalität, Programmatik* und der Entwurf eines neuen Systems symbolischer Formen.

Nicht wenige dem Anspruch nach *analytische* Sätze der Marxschen Theorie müssen heute als das gelesen werden, was normalwissenschaftlich immer dann selbstverständlich ist, wenn Theorien und zukünftige Möglichkeiten des Lebens *entworfen* werden: als propositionale *Einstellungen*, geprägt vom Glauben, Hoffen und Wünsen.⁴¹ Von dieser dem *Materialismus* als REALITÄTS-Denken verborgenen *normativen* Energie aus konnte die ideologische Funktionalisierung der Theorie als 'Marxismus' ihren problematischen Ausgang nehmen. Was als *Kritik* der Wissenskulturen und der sozialökonomischen und politischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft beabsichtigt war, wurde zu früh zum archimedischen Ort *außerhalb* des Ensembles ihrer Widersprüche. Was nur transitorisch als *Werk im Werden* wirken konnte, wurde zum zeitüberhobenen 'System'. Auch wenn ich Gegentendenzen bei Brecht, Korsch ... nicht vergesse, - ein vermeintliches 'Werk-an-sich', das kein Laboratorium für Erkenntnisinteressen der Wissenschaft mehr sein konnte, wurde schon vor Stalin - wie durch Landnahme und nachfolgende Überstülpung von Okkupanten-Kulturen⁴² - besetzt.

⁴¹ Die Stilisierung von Ernst Blochs Hoffungsphilosophie als 'bürgerlich' zeigt die mentalen und politischen Sperrn gegen die Einsicht in diese Normalität von Philosophie.

⁴² Hier ist etwa an den Import einzelwissen-

Hat nur politisch-ideologische Zweckrationalität - 'wahr ist, was der Arbeiterklasse nützt' - dem Theoriebildungsprozeß Wunden geschlagen? Ich bezweifle dies. Die spätere 'marxistische' Fortentwicklung hatte bereits aus den früheren Anfängen der Theorie Lastschriften zu übernehmen, die ich hier in arger Verkürzung andeute, - das à Konto koexistierender, komplementär wirkender und doch letztlich unverträglicher Weltentwürfe: die utopistische Idee mathematischer 'Berechenbarkeit des Schicksals' und die Hegel zugeschriebene geschichtsphilosophische Idee der 'Notwendigkeit' und die positiv-wissenschaftliche Idee induktiv gewinnbarer Kausalgesetze. Keinem dieser Modelle zu folgen war Marx' Absicht; ihnen allen Tribut zu zollen war im 'Geist der Zeit' eher verständlich als befremdlich. Allen diesen Begriffen für Kontingenz, Subjektivität und Normativität, d.h. letztlich: ein einem zureichenden Begriff von *Weltkonstruktion*.

Marxismen konnten sich so mittels theoretischer Implantate, die der bei Marx fern an Kant erinnernde *Kritik*-Impetus noch weitgehend abstoßen konnte, *ihrer* eigenen 'historischen Notwendigkeit' vergewissern. Man erinnere sich anstrukturell gleiche Argumente so verschiedener Denker wie Plechanow und Labriola. Für den russischen Marxisten 'erklärte' sich die Marxsche Theorie aus der 'Geschichte der europäischen Ereignisse seit dem Jahre 1848'. Vergleichbar eine *Ontologie der Theorierechtfertigung* bei Labriola: 'Der wissenschaftliche Sozialismus ist nicht mehr auf die Dinge angewandte subjektive Kritik, sondern die Entdeckung der *Selbstkritik*, die in den Dingen liegt.' Hatte nicht Labriola, kritischem wissenschaftlichen Geist verpflich-

schaftlicher Theorien (wie der Evolutionsbiologie) bei gleichzeitiger Transformation zur Weltanschauung (Sozialdarwinismus innerhalb des 'Marxismus') zu denken.

tet wie kaum ein anderer Marxist seiner Zeit davor gewarnt, daß die Theorie ein 'Plagiat dessen ist, was sie expliziert'?

Gerade der spätere 'Historische Materialismus' der Lehrbücher hat sich als wenig geeignet erwiesen, Kritiker seiner selbst zu sein. Seine *externalistische* Reduktion von *Weltbildern* auf soziale *Tatsachen*⁴³ sperrt sich gegen Einsichten, die unverzichtbar sind, will man wissen, was Wissenschaft ist: Wissen entsteht in Konstellationen der Heterogenität; Wissens-Konstellationen theoretischer und empirischer Wissenschaft haben *Weltbild-* und *Normativitäts-Kontexte*; Fortschritt von Theorien entsteht aus Iterationen von - für das 'Fremde' offenen - *Wissens-Verhältnissen*...

Um dies zu begreifen, hätte man den historischen Materialismus gegen den Strich - teils früher Programmatik, teils späterer Systematik - lesen müssen; dann hätte er sich, als wissenschaftliche Theorie, vor aller praktischen Bedeutung als *Hermeneutik*⁴⁴ und *Kritik* seiner Wissens-Kontexte erweisen können: Marx war

⁴³ Der Externalismus war zwar eine 'gang und gäbe Denkform', doch war er nicht unumstritten; so haben u.a. z.B. Wittich/Poldrack (veröffentlicht erst 1990) in einer detaillierten Untersuchung der theoretischen Konzepte sowjetischer Wissenschaftshistoriker, vor allem B. Hessens, die beim Londoner Kongreß zur Wissenschaftsgeschichte 1931 vorgetragen wurden, Defizite des Externalismus benannt.

⁴⁴ Sie wurde in der DDR nahezu ausnahmslos als 'lebensphilosophisch' und 'bürgerlich' verworfen. Eine der wenigen Ausnahmen bildet in historiographischer Ausführlichkeit Schreiter 1988. Man muß kein Prophet sein, um zu voraussagen, daß spätere Forschung zur Literatur aus der DDR vor der *hermeneutischen* Aufgabe stehen wird, vom Schleier der Orthodoxie verdeckten *Sinn*, latente *Intentionen* manifest zu machen.

Leser Hegels und Ricardos, bevor die Theorie 'zur materiellen Gewalt' werden sollte. Deshalb hätte es nicht gegen seine Theorie *als Text* verstoßen, wenn eine *wissensgeschichtliche* Lektüre es sich verboten hätte, jedwedes Theorem als *Widerspiegelung* aus Klassenkampf-Situationen und -Prozessen 'abzuleiten'. Externe Gründe der Theoriegenese zu verstehen setzt intern rekonstruiertes Wissen voraus.

3.1 Dialektizität der Dialektik

In der Marxschen Entwicklung, dies wäre so zu entdecken gewesen, gibt es diesen offensichtlichen Widerstreit der theoriekonstitutiven Perspektiven - der Utopie (und ihr entsprechender Normativität), der Ideologie (und ihr entsprechender Priorität des Politischen) und der Wissenschaft (und ihr entsprechender Empirizität/ Analytizität).⁴⁵ Spätere Marxisten - Kautsky sei genannt - haben das noch Offene und Ungeklärte eingegebenet, interessiert an der Homogenität eines fertigen *Systems* über eine *sich* notwendig zur Fertigkeit revolutionierende Welt. Gewiß wurde dies auch kritisiert; aber es war schulbildend für die Art des *Verstehens*.

Marx hatte mit der Paradoxie gerungen, die 'eigentümliche Logik des eigentüm-

⁴⁵ Für die Marx-Forschung neuartige Reflexionen hierzu hat Rokijanski 1991 vorgelegt. Er betont die theoretisch unkontrollierte Koexistenz von Utopie, Ideologie und Wissenschaft bei Marx und Engels, hebt an der 11. Feuerbachthese (Veränderung vs. Interpretation) hervor, Marx sei bereits hier zugunsten politisch-ideologischen Eingreifens vom Prinzip 'Wissenschaft' abgerückt; 'Wissenschaft' habe in Herausbildung und Entwicklung des Marxismus immer ein gegenüber Utopie und Ideologie nachrangiges Interesse gefunden. (91 ff.)

lichen Gegenstandes' empirisch und analytisch zu erhellen und doch ihre Relation mit 'allgemeinen Prinzipien' nur im Horizont Hegelscher spekulativer Logik sichern zu können. Seinen theoretischen Weg begleitete ein ständiges *Zwischen*. Marx' Wirklichkeits-, Wissenschafts- und Methodenverständnis orientierte sich zum einen an einer *spontanen materialistischen Ontologie*, deren Alliierte zunächst eine *sensualistische Epistemologie* und eine programmatisch *empiristische Methodologie* waren. Den Gegenpart spielte das Erklärungsmodell der Wesen/Erscheinung-Unterscheidung. Dieses Modell lud die empirisch orientierte Theorie - wohl gegen Marx' Willen - mit geschichtsphilosophischer Normativität auf. Ein Grund hierfür ist, daß die Erscheinungen sozialer Wirklichkeit erst durch eine *teleologisch* interessierte Analyse als Momente 'wesentlicher' Tiefenstrukturen begriffen und durch praktische Kritik in Richtung eines dem 'Wesen menschlicher Geschichte' eigenen Telos verändert werden können.

So vollzog sich in der konfliktgeladenen Herausbildung der Theorieprogrammatischer einerseits und der theoretischen Praxis andererseits ein gegenläufiger Prozeß, - eine *Dialektizität der 'Dialektik'*. Hier hat seinen Ort, was Juri Burtin die "Logik und Psychologie des Marxschen Irrtums" und die "Achillesferse der Marxschen Geschichtstheorie" genannt hat: die teleologische Konstruktion der geschichtlichen Formationen mit der Erwartung, gar der Versprechung des über alle 'Vorgeschichte' obsiegenden Sozialismus.⁴⁶ Am 'Formations'-Konzept wird deutlich, wie

⁴⁶ Burtin 1991, 173: "Diese Konzeption hat die ganze Weltgeschichte geordnet und sowohl das Nahe als auch das Ferne erhellt. Worin besteht nun ihre Schwäche? Zu einem nicht geringen Maße darin, daß sie alles zu sehr geordnet hat." Ob Marx sich hier an der Hegelschen Geschichtsphilosophie orientiert hat, ist

positiv-wissenschaftliches Wissen aus empirischen Entstehungs-Kontexten in utopischen und ideologischen Ziel-Kontexten finalisiert.

Marx' Formulierungen waren in der Regel vorsichtig; wo nicht, fielen sie in ihrer Normativität aus dem nüchternen struktur-analytischen Rahmen des Werks: "*Die Expropriateurs werden expropriert*." Diese *Prognose* war nicht empirisch begründet; sie war 1. eine normative Konstruktion, die ihre Geltung 2. aus einem *geschichtsphilosophischen* Theorem begründete, das 3. in einer Tieferlegung der Begründungsebene durch eine *physikalistisch-kausalistische* Hypothese noch einmal fundiert wurde: "Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst, mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses, *produciert*."⁴⁷

Engels hat unmittelbar nach Erscheinen des 1. Bandes des *Kapital* den Eindruck verstärkt, Marx habe "die ökonomischen Verhältnisse in einer ganz neuen, *materialistischen, naturhistorischen* Methode" behandelt⁴⁸; er wollte mit der synonymen Verwendung von 'materialistisch' und 'naturhistorisch' zeigen, daß es sich bei Marx' Sätzen "um streng wissenschaftliche Deduktionen" handelte.⁴⁹

Wieder aber gibt es die Kehrseite, und je harscher bei Marx die Kritik an der Wirklichkeitsverleugnung spekulativer Konstruktion wurde, desto mehr begab sich die induktiv gesuchte Empirie - fasziniert und unsicher zugleich - in ein neues Dilemma. Die bemerkenswert tiefen empirischen Einsichten in *Ideologie* als Ausdruck der *Nicht-Identität* von Sein und Bewußtsein verlangten nach einer *Bewußtseins-Kritik*, die zu einer Kritik der

eine offene Frage. (Vgl. hierzu Goldschmidt 1992)

⁴⁷ MEGA² II/5, 609.

⁴⁸ MEW Bd. 16, 226; Hervorh. v. mir.

⁴⁹ Ebd. 365.

Möglichkeitsbedingungen von Wissenschaft und zu einer Selbstkritik der materialistischen Geschichtsauffassung zu erweitern gewesen wäre; dann wäre der Status nicht-empirischer Konzepte wie 'historische Mission der Arbeiterklasse' fragwürdig geworden. Es ist nicht zu übersehen, daß Marx und auch Engels sich aus zwei Gründen von einer Konzeption haben überwältigen lassen, die mit dem Prinzip analytischer 'Kritik' unvereinbar war:

1. Theoretisch war Marx, ohne daß ihm dies hinreichend bewußt geworden wäre, an einer *realistisch-ontologischen* Sicherung des Empirie-Konzepts interessiert; sie sollte die Übereinstimmung des theoretischen Denkens mit der REALITÄT verbürgen. Die Wahrheit der Theorie sollte von bloß theoretischen, von 'idealistischen' Weltinterpretationen unabhängig sein. Deshalb mußte 'das Wirkliche' als *kausales* Antezedens von Erkenntnis bestimmt werden, deshalb mußten 'Ideen' auf 'materielle gesellschaftliche Verhältnisse' zurückführbar sein; die Gehalte der Theorie sollten als *deskriptiv* erfaßbare Abbildungen historisch-sozialer REALITÄT gesichert werden.⁵⁰

Eine so begründete Theorie gehorcht

⁵⁰ 1888 gab Engels ein spätes Resümee seines Materialismus-Verständnisses und seiner erkenntnistheoretischen Überzeugungen: "Wir faßten die Begriffe unsres Kopfes wieder materialistisch als die Abbilder der wirklichen Dinge" (MEW Bd. 21, 292 f.; vgl. etwa auch MEGA² I/27, 243 f.) "Fragt man aber weiter, was denn Denken und Bewußtsein sind und woher sie stammen, so findet man, daß es Produkte des menschlichen Hirns und daß der Mensch selbst ein Naturprodukt, das sich in und mit seiner Umgebung entwickelt hat; wobei es sich dann von selbst versteht, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz ja auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang nicht widerspre-

statt einer *Kritikorientierung* einer *Rechtfertigungsorientierung*. Die ontologische Sicherung der Realitätshaltigkeit der Theorie aber muß sich gegen eine der zentralen Ideen der Moderne sperren, - die Idee der *Urteils- und Kritikfähigkeit* der Individuen als der Subjekte emanzipatorischer Theorie und Praxis.

2. Andererseits konnte die Triftigkeit der Annahme einer *geschichtlichen Gesetzmäßigkeit* hin zu einer nachbürgerlichen Gesellschaft nur durch *Wertsetzungen*, die Idee des Kommunismus, gesichert werden. Die Analyse des *Ist* und die Antizipation des *Soll* gerieten in einen Marx offensichtlich nicht bewußten Widerstreit.

Kritisch ist heute festzuhalten, daß der offensichtliche *Widerspruch* zwischen der Annahme *kausaler Referenz* ('Widerspiegelung') und gleichzeitiger *Wertimprägung* von marxistischer Theorie ('Erziehung der sozialistischen Persönlichkeit') in der Offizial-Philosophie in der DDR nicht zureichend zum Thema wurde. Man hat nicht gesehen (nicht sehen wollen?), daß die Marxsche Theorie *zwischen* den Stühlen einer materialistischen Ontologie, die keiner Normativität bedürfte, und einer utilitaristischen Prinzipien zumindest nicht fernen Selbstbegründung durch ihre Funktion für das Politische, für die Revolution, saß.

So wurde die Erkenntnis der Wert- und Theoriegeladenheit der Weltbeschreibung vom 'materialistischen' Anspruch auf *Abbildung* von WELT in einer Erkenntnisgewißheit und deshalb Fortschritt verheißenden *Weltanschauung* unterbunden.⁵¹ (Als ein Signum dieser Ver-

chen, sondern" - ein Prädikat, das wenig Erklärungskraft zeigt - "entsprechen". (MEW Bd. 20, 33) In *dieser* Hinsicht hat Marx keine abweichende Auffassung.
⁵¹ Erinnerungswerte, verdrängte Ausnahmen waren nicht zuletzt *neukantianisch* inspirierte Marxisten wie Vorländer und M. Adler oder der

drängung von Subjektivität ist die in der DDR häufige ideologische Polemik gegen Kant⁵², den Neukantianismus und

4. Über Defizite materialistischer Dialektik

Läßt man Entwicklungen in der DDR auf Spezialgebieten wie Erkenntnistheorie und Philosophiegeschichte Revue passieren, so zeigt sich: 1. Brüche mit Wissenstraditionen und Verengungen der Vieldimensionalität und Pluralität des Wissens sind Kennzeichen eines außerwissenschaftlich finalisierten Wissenschaftsprozesses. 2. Der Paradigmenwechsel zeitweilig als Marxist verstehende logische Empirist Neurath. Zur Kritik der Identifizierung von Wissenschaft und Weltanschauung und zur Differenzierung der entsprechenden epistemischen Kulturen vgl. Erpenbeck 1992. Die Weltanschauungsfunktion der 'marxistisch-leninistischen Philosophie' ist in der DDR meines Wissens nie problematisiert worden. Statt dessen finden sich verbreitet und unwidersprochen politisch-ideologische Thesen wie: "Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie vermittelt die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihre Mission nur verwirklichen kann, wenn sie von einer Partei geführt wird, deren Strategie und Taktik auf der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus einschließlich seiner Philosophie beruht und die in ihrer Führungstätigkeit von den Prämissen dieser Weltanschauung ausgeht." (Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1979, 6.) Es läßt sich die Frage stellen, ob die Autoren derartiger Leerformeln vom Wahrheitsgehalt ihrer Sätzen zumindest subjektiv überzeugt waren. Die heute erzählte Legende, die DDR wäre nicht gescheitert, wenn sich die SED nur an den Normen der Weltanschauung orientiert hätte, halte ich für unsinnig: Diese 'Philosophie' hat 'der Partei' zugeliefert, was Grundlage dieser Politik sein konnte.

⁵² Wieder wäre es ungerecht, Gegenbelege wie die solide Kant-Untersuchung von Thom 1980 zu verschweigen.

alle Ideen transzendentalphilosophisch orientierter Analytischer Philosophie zu sehen.)

wechsel nach 1945 führte - verstärkt seit dem Beginn der 1970er Jahre - einerseits zu bemerkenswerter Innovation; was die positivistische Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie in ihrer 'sozialhistorischen Wende' mit Th.S. Kuhn u.a. spät lernte, wurde z.B. in Leipziger Arbeiten nicht nur nachholend erforscht.⁵³ Andererseits aber kam es durch Systemisierung und Kanonisierung zur Verarmung des 'Neuen', das sich durch 'Passung' konfliktfrei dem Korpus dogmatisierter Normalwissenschaft fügen konnte. 3. Die ideologischen Motive einer 'alternativen' Parteilichkeit zielten auf eine *Autonomisierung* des Wissens gegenüber 'idealistischen' und modernen 'fremden' Traditionen; der Preis bestand in einer - zumindest zeitweiligen - nicht-begriffenen verstärkten Abhängigkeit von einem *Nicht-Wissen*, das 'selbstverschuldeter Unmündigkeit' gleichkommt. 4. Eine Folge in der Wissenskultur der DDR bestand im Paradox einer 'materialistischen' Anrufung des 'realen Lebens der Gesellschaft' bei gleichzeitiger Entfremdung von den tatsächlichen Widersprüchen dieser Gesellschaft.

Wechseln wir das Terrain. Wer zu lesen versteht, wird nicht leugnen, daß es Anstrengungen zu einer *Theorie* der Methoden philosophiehistorischer Praxis gegeben hat. Tatsächlich aber koexi-

⁵³ Aufschlußreich sind die dem Lehrbuch *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie* (1978) vorausgehenden, es an Qualität oft übertreffenden und deutlich minder soziologisch-reduktionistischen Pilotstudien (z.B. K. Gößlers), in denen neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse thematisiert wurden.

stierten reduktionistische sozialhistorische Strategien mit verschämter hermeneutischer Ideengeschichte, und beide konnten in der Regel nicht zueinander kommen. Zwar wurde zunehmend dem lange vorherrschenden Trend eines Dualismus von 'gegenständlicher und 'sozialhistorischer Determination' der Ideengeschichte widersprochen. In den 'Vorworten' aber war der Externalismus mit seiner umstandslosen Reduzierung von Ideen auf 'Ereignisse' nahezu ungebrochen. Der historiographischen Praxis wurde zwar der 'Marxismus-Leninismus' immer äußerlicher, doch zeigten weltanschauliche Erkenntnishindernisse ihre Wirkung: *Historismus, Praxis-Universalismus und Dualismus*.

Der *Historismus* drückt sich wahlweise als historizistischer oder biologistischer Evolutionismus aus; seine Konsequenz ist ein - in praxi noch so pragmatisch unterlaufener - Geschichtsdeterminismus: Was wurde, mußte werden. (Hiergegen trat z.B. Hörz' Konzept 'statistischer Determination' an.) Die *Universalisierung* von Konzepten wie 'Praxis' und 'Arbeit' zu einer historizistischen Fundamentalontologie gesellschaftlichen Seins, nach deren Muster alles Idelle als Sekundäres 'abzuleiten' ist⁵⁴, zerstörte die Dialektik als Variante der Idee der *Komplementarität* und wies alle An-

⁵⁴ So heißt es (ich führe keinen Außenseiter an) in Gropp 1977, 137 f.: "Die Geschichte der Philosophie wird bestimmt von der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, die ihrerseits von dem Stand der Produktivkräfte abhängig sind. Die großen Etappen in der Geschichte der Philosophie entsprechen den grundlegenden historischen Entwicklungsstrukturen." Und: "Jede Philosophie [...] ist aus der konkreten gesellschaftlich-historischen Situation und bestimmten Klasseninteressen hervorgegangen".

sprüche einer Philosophie des Geistes ab; der Praxis-Universalismus delegitimiert Ideengeschichte⁵⁵; gewiß, er ist die Kehrseite der zunächst positiven Entwicklung, in der die dialektische Theorie gesellschaftswissenschaftlich fundiert wurde; verabsolutiert, wirkte er ruinös. Der *Dualismus* verabsolutiert die *analytische* Unterscheidung zwischen materiellen und ideellen Entitäten in einer Zwei-Welten-*Ontologie*. Zu ihm gehört die Spaltung zwischen Objekt und Subjekt, denen umstandslos die Qualitäten 'objektiv' bzw. 'materiell' und 'subjektiv' bzw. 'ideell' zugerechnet wurden. Er ist die Sperre dagegen, die Gehalte der Wissensgeschichte in ihrer 'eigentümlichen Logik' aufzufassen und sie so als *Geschichte von Objektivierungen des Geistes* zu schreiben. In der Verlegenheitsrede von der 'relativen Unabhängigkeit' der Ideenwelt machte zwar das Dilemma eines reduktionistischen Materialismus auf sich aufmerksam; sie war aber auch das Palliativ, sich dem Problem zu entziehen.⁵⁶

⁵⁵ In seinem *Nachruf* zur philosophiehistorischen Editionsarbeit in der DDR beleuchtet Dietzsch 1991 die Folgen "einer verbindlichen Ideologie für die konkrete Editionstätigkeit" (227) und hebt nicht zuletzt das "kulturpolitisch vorgegebene abstrakte Materialismus-Idealismus-Schema" als folgenreich hervor. Auf der anderen Seite kann er auf die Publikation philosophischer Quellen, z.B. zum Materialismus und Atheismus der Aufklärungszeit, verweisen, die im Westen aufgrund umgekehrter Vorurteile ignoriert worden waren (228).

⁵⁶ In diesem Kontext erwähne ich meine 1973 vorgelegten *Prolegomena einer materialistischen Hermeneutik* (vgl. Verf. 1973); obwohl sie bereits als 'hermeneutischer Idealismus' in der DDR provozierten, teilten sie das Schicksal von Versuchen, eine Methodologie durch Modifikation zu heilen, statt sie radikal zu verändern.

5. Finalisierte Wissenschaft

In *Pour Marx* hat L. Althusser zur tatsächlichen Situation der scientific community marxistischer Philosophen selbst noch in der Zeit nach Stalin notiert: "Philosophisch gesprochen hat sich unsere Generation geopfert, ist allein den politischen und ideologischen Kämpfen geopfert worden, d.h. geopfert in ihren intellektuellen und wissenschaftlichen Werken. Eine ganze Anzahl von Wissenschaftlern [...] konnte sich ohne Schaden oder mit geringen Kosten aus der Affaire ziehen. Für einen Philosophen gab es keinen Ausweg. Wenn er, im Sinne der Partei, Philosophie sprach oder schrieb, war er zu Kommentaren verurteilt und zu mageren Variationen über die Berühmten Zitate, zum internen Gebrauch."⁵⁷

Die Marxsche Theorie und der Marxismus haben - wie Althusser an anderem Ort sagte - für die Topographie der Wissenschaft einen Kontinent entdeckt, - die *Geschichte*. Aber es war ein neuer Kontinent des alten Globus der Wissenschaft im 19. Jahrhundert, und so hätte es nahegelegen, die Theorien in ihrer Entwicklung *normalwissenschaftlich* zu lesen. Politische und theoretische Selbstverständnisse in der DDR haben ein bereits problematisches Erbe gemehrt.⁵⁸

⁵⁷ Althusser 1968, 25; zur Entwicklung in Italien und Frankreich vgl. Kallscheuer 1986.

⁵⁸ Hierzu wäre eine genaue Erforschung der Publikationsstrategie der Sowjetischen Militäradministration nach 1949 notwendig. Es ist nicht bedeutungslos, daß der Rezeption Lenins (Werkausgabe seit 1961) die Plechanows, dessen Schriften seit Mitte der 1950er Jahre veröffentlicht wurden, und vor allem Stalins vorausgegangen ist. Dies gilt selbst für einen Großteil der Schriften von Marx und Engels (Werkausgabe seit 1956); die späte Veröffentlichung wichtiger früher Schriften in Ergänzungsbänden zur MEW (1968) ist ein Indiz von Bedeutung. Ganz anders

Die Entwicklung des Marxismus kann im Zeitraffer *wissenschaftsgeschichtlich* in drei Phasen rekonstruiert werden; zu unterscheiden sind: 1. der empirisch orientierte, programmatisch nicht-philosophische *Entdeckungs-Zusammenhang* (Marx zu Lebzeiten); 2. der im Zuge der Konsolidierungsbemühungen der Paradigma-Stifter folgende *Begründungs-Zusammenhang*, in dem die Theorie komplexer und systematischer ausgestaltet wird (Engels zu Lebzeiten); und 3. die für den Marxismus so entscheidende politisch-ideologische *und* gegen seine humanistische Programmatik verstoßende *Finalisierung*, d.h. die vorrangige Steuerung der Konstitution, Struktur und Dynamik der Theorie durch außertheoretische Zwecke (seit der deutschen Sozialdemokratie der 1880er Jahre, dominant im Stalinismus). Dies bereits war die Phase, in der normativ aufgeladene *Einstellungen, Glaubenssicherheiten* und die Geltung *ungeprüfter Überzeugungen* den Analytizitäts-Raum der Theorie einzunehmen begannen.⁵⁹

Wissenschaftstheoretisch übersetzte ich dieses Modell so: Die Marxsche Theorie setzte ein mit einer *primären Naturalisierung*, d.h. der positiv-wissenschaftlichen Empirisierung von Problemlagen, die zuvor spekulativ-philosophisch besetzt waren. Es folgte eine *sekundäre Theorieisierung*; dies meint: die empirischen Befunde werden zu abstrakterer Allgemeinheit einer Theorie gebracht, die sich als für verhält es sich mit der MEGA², die zu würdigen hier nicht der Raum ist.

⁵⁹ Eine korrekte historische Darstellung hätte wiederum auf Gegenendenzen im Marxismus dieser Zeit zu verweisen, auf den ethischen, neukantianisch motivierten Sozialismus, auf die theoretische Kritik Max Adlers, auf die politische Kritik Luxemburgs, auf Korsch, Gramsci, Wittfogel ...

komplexe Wirklichkeitsmomente erklärungskompetent ausweisen muß. Wo ihr eigene Erkenntnisse für hinreichende Erklärungen fehlen, sucht sie ihr Heil in Analogien (geschichtliche Notwendigkeit analog zu Naturgesetzen) und in oft wenig signifikanten Beispielen (z.B. in Engels' *Anti-Dühring*). Sie nimmt Zuflucht bei *vergleichswisen Wahrheiten*, um ein treffendes Wort Brechts zu verwenden. Auf die generalisierende Theorisierung folgt eine *tertiäre Totalisierung durch Systemisierung*. Marx hatte noch gegen den 'Sozialismus als System' protestiert.

Von nun an begab sich die Theorie als 'Weltanschauung' in die Gefahr, der sie schließlich als 'Marxismus-Leninismus' erlegen ist: sie immunisierte sich, - in der 'klassenmäßigen' Überzeugung der Identität von Theorie und Praxis, als semantisch geschlossenes und in politischen (Partei-)Kontexten habituell ritualisiertes Paradigma. Die finalisierte Theorie stabilisierte in Verbindung mit gruppen- und institutionenspezifischer Belohnung für 'Treue' und Ächtung des 'Verrats' die Überzeugungsgemeinschaft. Für die Theorie aber wurde entscheidend, daß sie ihre Offenheit für ein experimentierendes *Vordenken* und den Mut zur Rezeption neuen, in anderen Theoriekonstellationen hervorgebrachten Wissens weitgehend verlor.⁶⁰

Die staatsoffizielle Theorie 'lernte' nicht mehr. Was bedeutet dies mit Blick auf die Schaffung einer Weltanschauung? Was, wenn die totalisierende Weltanschauung die Funktion übernimmt, die 'Verknüpfung' der Weltwahrnehmung (Kant) zu leisten *und* darüber hinaus die 'Notwendigkeit' einer bestimmten Wirklichkeitserkenntnis in ontologischem Determinismus zu definieren und zu legitimieren? Was, wenn *ein* politisches System sich mit der *einen* Wahrheit der Repräsentation iden-

⁶⁰ Kritisch dazu Klenner 1991.

tifiziert und das Denken *möglicher Welten*, die Freiheit des *Pluralismus*, die *Demokratie im Wissen* erstickt?

Man kann wohl das die Weltsicht und die Rhetorik, nicht unwesentlich aber auch die wissenschaftliche Forschung und die Wissenspräsentation leitende Paradigma, das zu dem in der Literatur in der DDR häufigen *Vorwort*-Marxismus-Leninismus provoziert hat, als *starken ontologischen und epistemologischen (metaphysischen) Realismus* bezeichnen; dieses Überzeugungssyndrom hat einen auffälligen Erkenntnisoptimismus stimuliert: Es gibt eine Wirklichkeit, die in ihrer Existenz wie Beschaffenheit unabhängig ist von der Existenz und Beschaffenheit menschlicher Erfahrungen, Denkformen und Annahmen *und* die als solche erkennbar ist. Wahrheitstheoretisch folgt hieraus die Annahme einer *Korrespondenz* zwischen Wirklichkeit und (richtiger) Erkenntnis. Korrespondenz wird erreicht durch *Abbildung bzw. Repräsentation*. Solche bis in die Alltagssprache selbstverständlichen Philosopheme⁶¹ waren gesellschaftliche symbolische Verbindlichkeiten und außerordentlich wirksam. So befremdlich es zunächst erscheinen mag, - Theorie (der programmatische ontologische und epistemologische Objektivismus) wurde als 'Gang- und gäbe-Denkform' zu einer Voraussetzung ideologischer und politischer Interpreta-

⁶¹ Von der allgemeinen quasi-philosophischen Annahme unproblematischer 'Erkenbarkeit der Welt' wurden bis zur Absurdität konkrete Annahmen über die 'Beherrschbarkeit der Welt', der Atomenergie, der Gentechnologie ..., deduziert. Eine sprachempirische Untersuchung zur Häufigkeit pseudobegründender Worte wie 'also', 'folglich', 'ergibt sich notwendig'... würde leicht die Habitualisierung dieses Überzeugungs-Deduktivismus von der Wissenschaft über die politische Sprache bis hin zur Alltagssprache aufdecken.

tionshoheit gegenüber 'abweichendem Erkenntnis-Verhalten': Wer die WELT anders sieht, als *diese* Ontologie sie in ihrer REALITÄT verbürgt weiß, kann nicht im Zustand der Wahrheit sein. Der philosophisch durch einen WELTanschauungs-Monismus im Namen des Kampfes gegen 'Relativismus' und 'Subjektivismus' legitimierte Anti-Pluralismus ermöglichte die Einführung des Topos 'Verrat' in die Wissenschaft.

Jener Marxismus, dessen Staatwerdung Gramsci noch als 'metaphysisches Ereignis' feiern konnte, war *ein* Marxismus; im Finalisierungskontext Staat/Partei/Weltanschauung⁶² wurde er - über die Sowjetunion hinaus - weit eher durch Zwang als durch hegemoniestiftenden Konsens der Marxismus. Seit seiner Systemisierung durch Finalisierung erhob sich das Veto des Marxismus, der stellvertretend universalistisch sprach und doch nur der Zunge eines Teils der Region 'Europa' gehorchte, gegen die Multiperspektivität individueller und gesellschaftlicher Erfahrungen, gegen die Pluralität möglichen Welten konkurrierender Theorien⁶³, gegen die Interkulturalität des Denkens mit 'Marx'. Damit folgte der Verdrängung des Anderen die

⁶² Vgl. Labica 1990.

⁶³ Man darf bei einer solchen, nur *cum grano salis* stimmenden, repräsentativen Tendenzen erfassenden Beschreibung freilich nicht vergessen, in welchem Maße Philosophie und Wissenschaft in der DDR, in der UdSSR ..., auch die Dissonanz des Streits der Schulen, die Eigenprofile oft unbehaglicher Wissenschaftlerpersönlichkeiten, die (nur aus Berliner Sicht 'provinzielle') Eigenart von Theoriebildungsprozessen und von Lehre an den einzelnen Universitäten gekannt hat. Dem 'westlichen', auf Standard-Literatur fixierten Blick ist dies meist verborgen geblieben, - oder aber es paßte nicht 'ins Bild' des Vorurteils.

Aufgabe des *Selbst*. Die *Maxime audiatur et altera pars* hatte schon früh ihre Geltung verloren: Proudhon war durch Marx zu lesen, Bakunin durch Marx, Helmholtz durch Engels. Keinen Ort mehr sollte die Beziehung zwischen logischem Empirismus und Marxismus im *Wiener Kreis* haben, kein Heimatrecht jene authentische Philosophie Lateinamerikas, in der ein autochthoner Positivismus - etwa durch Juan Bautista Alberdi oder später Carlos Octavio Bunge - dem 'positiven Sozialismus' José Ingenieros' und Juan B. Justos und einem Marxismus eigenen Profils den Weg gebahnt hatte.⁶⁴ Stimmen der 1930er Jahre wie die Antonio Casos wurden stumm: "Heute stellt der Marxismus [...] das dar, was man den Triumph der 'offiziellen Philosophie' nennen könnte. [...] beim Triumph eines einzigen philosophischen Systems steht die Philosophie perplex vor ihrer eigenen Niederlage. [...] Was man [...] verliert, das ist der kritische Geist."⁶⁵

Es hat in der DDR den Einspruch gegen diesen Verlust gegeben, - Sätze, für die es keiner 'Wende' bedurfte, Sätze über *Wissen und Verantwortung* und die *Freiheit zu denken*, wie sie - zu spät - beim letzten Philosophie-Kongreß der DDR Anfang November 1989 vielfach gesagt wurden. In meiner Übersetzung ging es um nicht weniger als dies: Im Konzept freier, selbstbestimmter Rationalität können Momente wiedervereinigt werden, die zuungunsten der Vernunft kognitiven Verhaltens getrennt wurden - *Wissen und Verantwortung* für die einzige Zukunft, die *wir* haben können: Zukunft aus Rationalität und Objektivität nach Menschen-

⁶⁴ Vgl. Fomet-Betancourt 1993.

⁶⁵ Caso 1975, 82. Zur heutigen lateinamerikanischen Marx-Rezeption im Horizont der Philosophie der Befreiung vgl. vor allem Dussel 1990.

maß. Diese Rationalität verlangt die Offenheit der Wissenschaft und die Toleranz und die Kompetenz derer, die sie schaffen.

Hans Jörg Sandkühler, Dr. phil., ist Professor an der Universität Bremen, Zentrum Philosophische Grundlagen der Wissenschaften.

Literatur (aus Platzgründen ohne Untertitel)

- Akademie für Gesellschaftswissenschaften (Hg.), 1978, Antonio Gramsci, Berlin.
 Akademie für Gesellschaftswissenschaften (Hg.), 1979, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR, Berlin.
 Akademie für Gesellschaftswissenschaften (Hg.), 1988, Philosophie für eine neue Welt, Berlin.
 Althusser, L., 1985, Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler. Schriften Bd. 4, Berlin.
 Becker, W., 1991, Philosophie in den neuen Bundesländern. Ein Gespräch mit Werner Becker, dem Geschäftsführer der "Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie" in Deutschland. In: Information Philosophie, H. 5.
 Burtin, J., 1991, Die Achillesferse der Marxschen Geschichtstheorie. In: Marx-Engels-Jahrbuch 13.
 Caso, A., 1975, La persona humana y el estado totalitario. In: Obras Completas, Bd. VIII, México.
 Dietzsch, S., 1991, Zum Stand der philosophischen Editionsarbeit in der (ehemaligen) DDR. In: editio 5.
 Dussel, E., 1990, El último Marx (1863-1882) y la liberación latinoamericana, México.
 Empfehlungen, 1992, Empfehlungen [des Wissenschaftsrates] zu den Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Drs. 812/92, Bremen, 3.7.1992.
 Erpenbeck, J., 1980, Psychologie und Erkenntnistheorie, Berlin.
 Erpenbeck, J., 1986, Das Ganze denken, Berlin.
 Erpenbeck, J., 1992, Wissenschaft und Weltanschauung - statt "wissenschaftlicher Weltanschauung". In: C. Burrichter/M. Knogler (Hg.), Transformation und Modernisierung, Erlangen [Inst. f. Gesellschaft u. Wissenschaft, Analysen u. Berichte, Nr. 2/1992].
 Erpenbeck, J., 1992a, "Philosophische Fragen der Psychologie" in der DDR. In: IGW-report über Wissenschaft und Technologie in den neuen Bundesländern [...], H. 1, Erlangen.
 Fomet-Betancourt, R., 1993, Marxismus und Positivismus in Lateinamerika. In: DIALEKTIK 1993/2 "Die Neue Welt und Europa", Hamburg.
 Gerlach, H.-M./R. Mocek, 1982, Bürgerliches Philosophieren in unserer Zeit, Berlin.
 Goldschmidt, W., 1992, 'Über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation'. In: ders. (Hg.), Zur Kritik der politischen Ökonomie. 125 Jahre *Das Kapital*, Hamburg [= DIALEKTIK 1992/3].
 Graham, L.R., Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaft in der UdSSR. 1. Tl., Frankfurt/M.
 Gropp, R.O., 1977, Geschichte und Philosophie, hg. v. W. Förster, Berlin.
 Gruhn, W., 1992, Die Transformation des ostdeutschen Wissenschaftssystems - eine annotierte Bibliographie zum Zeitraum 1990/91, Erlangen [= IGW, abg 1/1992].
 Henrich, D., 1991, Warnzeichen für die Wissenschaftspolitik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 2., Nr. 29.
 Henrich, D., 1992, Die Krise der Universität im vereinigten Deutschland. In: Dt. Zschr. f. Philos. 40, H. 11.
 Hobsbawm, E. (ed.), 1981, The History of Marxism, 4 Vol., Brighton.
 Hörz, H./K.-F. Wessel (Ltg.), 1985, Philosophie und Naturwissenschaften, Berlin.
 Kallscheuer, O., 1986, Marxismus und Erkenntnistheorie in Westeuropa, Frankfurt/M.
 Kapferer, N., 1990, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988, Darmstadt.
 Kapferer, N., 1991, Auch Wiedervereinigung der Philosophie in Deutschland? In: P. Braitling/W. Reese-Schäfer (Hg.), Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen, Frankfurt/M.
 Klenner, H., 1991, Was bleibt von der marxistischen Rechtsphilosophie? In: Neue Justiz, Jg. 45, H. 10.

- Kröber, G./H.-P. Krüger (Hg.), 1987, 1988, Wissenschaft. Das Problem ihrer Entwicklung. Bd. 1, Bd. 2, Berlin.
- Krüger, H.-P., 1990, Kritik der kommunikativen Vernunft, Berlin.
- Krüger, H.-P., 1990a, Moderne Gesellschaft und "Marxismus-Leninismus" schließen einander aus. In: INITIAL, H. 2.
- Krüger, H.-P., 1991, Rückblick auf die DDR-Philosophie. In: Frankfurter Rundschau, 23. 2. 1991.
- Krüger, H.-P., 1992, Demission der Helden, Berlin.
- Labica, G., 1984, Le Marxisme-Léninisme, Paris.
- Labica, G., 1985, Le Marxisme, Paris.
- Labica, G., 1990, Für eine kritische Bilanz des Marxismus. In: Art. 'Marxismus'. In: H.J. Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 3, Hamburg.
- Labriola, A., 1974, Über den historischen Materialismus, hg. v. A. Ascheri-Osterlow/C. Pozzoli, Frankfurt/M.
- Lepenies, W., 1992, Alles rechtens - nichts mit rechten Dingen. In: DIE ZEIT Nr. 51, 11. 12. 1992.
- Ley, H., 1966 ff., Geschichte der Aufklärung und des Atheismus, 5 Bde. in 8 TI. Bd., Berlin.
- Mocek, R., 1988, Neugier und Nutzen, Berlin und Köln.
- Mocek, R., 1993, Marxismus-Leninismus in der DDR. In: Neues Deutschland, 16. 2. 1993.
- Protokoll, 1953, Protokoll der philosophischen Konferenz über Fragen der Logik am 17. und 18. November 1991 in Jena. 1. Beiheft z. Dt. Zschr. f. Philos. Hg.: A. Baumgarten, E. Bloch, W. Harich, K. Schröter, Berlin.
- Racinaro, R., 1978, La crise del Marxismo nella revisione di fine secolo, Bari.
- Reich, J., 1992, Absturz im Container: Meine Bibliothek ist heillos veraltet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin Nr. 657, 1. 10.
- Röseberg, U., 1984, Szenarium einer Revolution, Berlin.
- Röseberg, U., 1985, Niels Bohr, Berlin und Stuttgart.
- Rokijanski, J., 1991, Der Marxismus: die Utopie, die Ideologie, die Wissenschaft. In: Alternativ denken. Hg. v. Zentralinst. f. Philos. [Materialien d. Symposiums zum 70. Geb. von J. Höppler], Berlin.
- Ruben, P., 1991, Epilog: Die DDR und ihre Philosophen. In: H.-Ch. Rauh (Hg.), Gefesselter Widerspruch, Berlin.
- Sandkühler, H.J., 1973, Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M.
- Sandkühler, H.J., 1984, Geschichte, gesellschaftliche Bewegung und Erkenntnisprozeß, Berlin und Frankfurt/M.
- Sandkühler, H.J., 1990a, In den Zeiten der Schwäche. Über die "Krise des Marxismus". In: Dt. Zschr. f. Philos. 38, H. 4.
- Sandkühler, H.J., 1991a, Die Wirklichkeit des Wissens, Frankfurt/M.
- Sandkühler, H.J., 1991b, Demokratie des Wissens, Hamburg.
- Schreier, J., 1988, Hermeneutik - Wahrheit und Verstehen, Berlin.
- Sève, L., 1980, Une introduction à la philosophie marxiste, Paris.
- Shaw, G.B., 1908, Vorwort zur deutschen Ausgabe. In: Wagnerbrevier, Berlin.
- Studienplan, 1981, Studienplan für die Grundstudienrichtung Marxistisch-leninistische Philosophie zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR. In: Dt. Zschr. f. Philos. 30, H. 1.
- Thom, M., 1980, Ideologie und Erkenntnistheorie, Berlin.
- Viehweg, K., 1992, Philosophie nach Parteibeschlüssen. In: Information Philosophie, H. 4.
- Wahsner, R., 1981, Das Aktive und das Passive, Berlin.
- Wahsner, R./H.-H. v. Borzeszkowski, 1992, Die Wirklichkeit der Physik, Frankfurt/M.
- Warnke, C., 1991, Über Parteipolitik in der DDR-Philosophie. In: Leviathan, H. 3.
- Wittich, D./H. Poldrack, 1990, Der Londoner Kongreß zur Wissenschaftsgeschichte 1931 und das Problem der Determination von Erkenntnisentwicklung. Sitzungsber. d. Sächs. Akad. d. Wiss. zu Leipzig. Philol.-hist. Kl., Bd. 130, H. 5, Berlin.
- Wöltgast, S., 1988, Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650, Berlin.

Jürgen Jünger (Leipzig):

Die ideologische Wende in der Wirtschaftswissenschaft

Die Ideologen sind tot, es leben die Ideologen. Vielleicht sind die ideologischen Verkrustungen nirgends so bestimmend, wie in der Wirtschaftswissenschaft, in der deutschen zumal. Das erklärt wohl ein Stück weit das Scheitern der Wirtschaftswissenschaft (nicht nur der Politik) vor der Aufgabe der Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft in ein modernes, funktions- und entwicklungsfähiges Wirtschaftssystem. Aus dem "Volkseigentum" in die "Privatwirtschaft", von der "Planwirtschaft" zur "Marktwirtschaft", von der "Hauptproduktivkraft" zum "freien Bürger", aus der "Diktatur des Proletariats" in die "freiheitlich demokratische Grundordnung", aus der "Sicherheit und Geborgenheit" in's "soziale Netz" - Ideologeme über Ideologeme. Erst an solch einem kritischen Punkt, wie ihn die deutsche Wirtschaft erreicht hat, wird für alle sichtbar, wie erschreckend defizitär das Erklärungs- und Gestaltungspotential der deutschen Wirtschaftswissenschaft ist. Die theoretischen Innovationen kommen nicht aus den universitären Studierstuben, sondern eher aus Management-Schulen oder unternehmensstrategischen Arbeitskreisen.

Will man einen Methodologievergleich der Wirtschaftswissenschaft vor und nach der Wende anstellen, fällt sofort eine Besonderheit ins Auge, die wohl die entscheidende für die DDR-Wirtschaftswissenschaft war: die Politische Ökonomie als eine Art Leitdisziplin innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Ganz allgemein hatte dies einen Vorteil und einen Nachteil. Der Vorteil bestand in der sozialwissenschaftlichen Perspektive, die zumal, zumindest der Wis-

senschaftstradition nach, eine kritische war. Der Vorteil bestand darüberhinaus in einem philosophisch fundierten Methodenapparat. Als Nachteil muß reklamiert werden, daß die Politische Ökonomie zugleich ideologische Schranke für eine eigenständige Theorieentwicklung von Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre darstellte, wie auch für einen Zugriff auf naturwissenschaftlich fundierte Methoden.

Neben diesem Sowohl-als-auch existieren Wissenschaftsergebnisse, die mit Recht einen Platz im Kontinuum der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften beanspruchen. Es ist dies nicht der Ort, um diese Resultate systematisch darstellen zu können. Immerhin jedoch will ich Richtungen andeuten: In der Politischen Ökonomie gibt es auf einer hohen Abstraktionsebene, wo sie politische Gestaltung und damit ideologische Geltungsansprüche nicht mehr tangierte (Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse, Aneignung und Entfremdung, Wert als Produktionsverhältnis, Plan als Produktionsverhältnis usw.) Resultate, die für eine ökonomische Theorieentwicklung interessant bleiben. Im verfahrenstechnischen Sinne der Betriebswirtschaft (Buchhaltung, Kostenrechnung, Statistik, Wirtschaftsmathematik, Planungsmethodik) verliefen die theoretischen Entwicklungen in Ost und West sehr parallel. In der Volkswirtschaftslehre gab es zumindest einige Ansätze pragmatischer Modelle der Gesamtwirtschaft, die praktisch-politisch Gestaltung zugänglicher sind, als die sich häufig selbst genügenden Modelle - Pareto-Optimum, Produktlebenszyklus u.ä. - westlicher Volkswirtschaftslehre.

1. Marx und die postmarxsche Ideologisierung der Ökonomie

Fragt man nach den theoretischen Defiziten bei Marx, ist die Antwort wenig spektakulär. Es ist der allgemeine Zeitgeist, genauer das Weltbild, das das 19. Jahrhundert beherrschte, in dessen Rahmen sich auch die Marxsche Theorie bewegt. Die Hegelsche Dialektik und die Marxsche Ökonomie bilden zweifelsfrei Höhepunkte innerhalb dieses Weltbildes, das durch die Newtonsche Mechanik bestimmt ist, und sie sind als solche bereits Anstoß für ein neues Weltbild, ohne dies selbst zu leisten. Hier aber darf bereits gesagt werden, daß dem Verständnis einer geschlossenen Welt das Verständnis einer offenen, kritischen Theorie gegenübersteht, das im Postmarxismus des "Marxismus-Leninismus" durch den Dogmatismus abgelöst wird. Im Folgenden möchte ich mich auf zwei Grundprobleme bei Marx beschränken, zum einen auf seinen strukturellen Monismus und zum anderen auf seinen evolutionären Determinismus.

Marx' Suche nach einer monistischen Erklärung der Struktur der modernen Gesellschaft führt ihn zur Ökonomie, deren strukturelle Dominanz in der Geschichte als signifikant gelten konnte. Danach ist die Gesellschaft für ihn ökonomisch formiert, d.h. diese ökonomische Formation ist die Basis der Gesellschaft in einem Sinne, daß sie Politik und Kultur als sekundären Überbau bestimmt. Nun bleibt zweifellos die Ökonomie die Basis der Gesellschaft, insofern die materiellen Bedürfnisse von existenzieller Geltung sind, und die Ökonomie bleibt gesellschaftsdominant, solange diese materiellen Bedürfnisse eine physische Existenznot begründen. Jedoch überfordert Marx die ökonomische Basisfunktion und verewigt sie darüberhinaus, zumindest im Kontext "kapitalistische Gesellschaftsformation". Sicher hängt dies auch zusammen mit Marx' Blick auf die aktuelle Gesellschaft

als "Arbeitsgesellschaft", in der eben die Aneignung des Weltganzen durch und für den Menschen als dominant arbeitsvermittelt gilt ("Naturaneignung", "Stoffwechsel"...). Hier ist vor allem der kritische Ansatz von Habermas bedeutsam, der dem Arbeitsparadigma den Dualismus Arbeit und Interaktion entgegensetzt [1]. Von da aus wird die Struktur der modernen Gesellschaft als eine Struktur relativ autonomer Subsysteme - Wirtschaft, Politik und Kultur - erklärbar, in der die Dominanz des Ökonomischen nicht zusammenfällt mit einem nur abgeleiteten Charakter von Politik und Kultur. Vielmehr werden Politik und Kultur begreifbar als Systeme originärer Struktur, Funktion, Ratio und Steuermedien, die ihrerseits Gesellschaft formieren, nicht nur ökonomisch dominiert sind, sondern auch in die Wirtschaft selbst hineinreichen - und dies zunehmend in dem Maße, wie der marktregulierte Industriekapitalismus an Geltung verliert.

Der ursprüngliche Ansatz von Marx, wie er ihn in den "Philosophisch-ökonomischen Manuskripten" und mit Engels gemeinsam in "Die deutsche Ideologie" entwickelt, ist ja ein universeller: Produktion und Kooperation heißen da die fundamentalen Ausgangsbegriffe, die erst später - und konsequent erst in "Das Kapital" - reduziert werden auf den Kontext der ökonomischen Gesellschaftsformation. Damit folgt Marx sicher wohl dem wirklichen Verlauf der Geschichte, aber auch seinem eigenen Forschungsprogramm, herauszufinden, worin "Das Bewegungsgesetz" als Struktur- und Entwicklungsgesetz der modernen bürgerlichen Gesellschaft besteht. Von hier aus wird die reduktionistische Strategie fortgesetzt, insofern Entwicklung auf Herrschaft und die zugrunde liegende Struktur auf Eigentum bezogen sind. Das Marxsche Forschungsprogramm findet

letztlich seine zweifellos geniale Einlösung in der Reproduktionstheorie, die innerhalb dieses Monismus überzeugend erklären kann, wie Kapitalprozesse immer wieder Mehrwert erzeugen und Mehrwert immer wieder Kapitalverhältnis reproduziert. Dieses in sich geschlossene System der Kapitalreproduktion generiert einen Prozeß der Selbstzerstörung, insofern es einerseits die Tendenz sinkender Profitraten in sich trägt, andererseits die emanzipatorische Potenz und Motivation eines per se revolutionären Fabrikproletariats produziert.

Damit sind wir bei dem zweiten Grundproblem der Marxschen Ökonomie: seine Entwicklungskonzeption. Hierin bleibt Marx ganz ein Kind des 19. Jahrhunderts, dessen Denken vom Newtonschen Weltbild beherrscht ist, einem "Weltbild der Ewigkeit und Allwissenheit", wie Prigogine sagt [2]. Wie dies, wenn sich Marx doch explizit von der durch die Newtonsche Mechanik geprägten Philosophie verabschiedet? Erstens wird das Newtonsche Weltbild wohl mit Hegel dialektisch gekontert - eine fraglos grandiose Leistung - tritt an die Stelle von Ewigkeit Geschichtlichkeit, jedoch nicht konsequent, denn Ewigkeit bleibt präsent in Gestalt historischer Stufen, ökonomischer Gesellschaftsformationen, die als geschlossene Systeme aus früheren entstehen, vergehen und durch spätere revolutionär ersetzt werden. So ist Ewigkeit nur destruktiv gewendet, d.h. alles strebt dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft zu, jede Kreation wird zur Destruktion der bestehenden Gesellschaft. Zweitens sucht Marx, ganz wie Newton in der Mechanik, nach den allgemeinen Gesetzen der menschlichen Gesellschaft, wenn er ihnen auch einen historischen Status zuerkennt, und folgt ansonsten der Physik in den diesbezüglichen Theoremen von Kausalität und Determinismus. In diesem Paradigma ist weder Platz für die Menschen als geschichtliche Akteure, sondern

nur als Personifikationen ihrer Verhältnisse, noch für die Alternativität von Entwicklung. Entwicklung ist gesetzmäßig. Das heißt drittens, Geschichte ist gerichtet auf einen objektiv bestimmten Zweck, der Kommunismus heißt, das Evolutionskonzept ist also letztlich teleologisch und unterscheidet sich vom Konzept des christlichen Paradieses wesentlich dadurch, daß der Telos nicht geglaubt, sondern gewußt ist. Viertens nämlich können die Menschen sich ihres Seins bewußt werden, indem sie die Gesetze dieses ihres Seins erkennen und den Notwendigkeiten gemäß handeln. Es ist dieser letzte Punkt, der für die SED-Funktionäre (auch innerhalb der Hörsäle) von besonderer Attraktivität war, denn auf seiner Grundlage konnte sich die SED-Führung als die zum Selbstbewußtsein gekommene Inkarnation der historischen Gesetzmäßigkeit darstellen, damit ihren Machtanspruch quasi-theoretisch begründend.

An dieser Stelle möchte ich sagen, daß die Kritik an Marx, die sicher höchst verknappt vorgetragen wurde und damit - hoffentlich - eine Reihe von Widersprechungen offenhält, ja provoziert, als Vorwurf nur enthält, daß Marx seiner Zeit nicht Jahrhunderte, sondern eben nur Jahre oder Jahrzehnte voraus war. Die ideologische Auflösung beginnt nicht mit Marx, sondern frühestens mit Lenin, denkt man an dessen Verteidigung des Marxismus gegen die moderne Physik in "Materialismus und Empirio-kritizismus", wobei man Lenin wenigstens ein ambivalentes Verhältnis zur Wissenschaft zugestehen sollte und seinem Selbstbild Rechnung tragen, eher Politiker als Wissenschaftler zu sein. Endlich der Marxismus-Leninismus als Ideologie, als Anti-Wissenschaft verfolgt nur mehr die Aufgabe, Marx gegen zwei Hauptfeinde so tapfer wie gnadenlos zu verteidigen: die moderne Wissenschaft und die Wirklichkeit.

Es ist eben die moderne Wissenschaft, die um die Jahrhundertwende, ausgelöst durch Einstein und Planck, einen Paradigmenwechsel vollzieht, der das bis dahin gültige Weltbild nun endgültig zerschlägt. Bezogen auf die o.g. Eckpunkte der traditionellen Evolutionstheorie lassen sich folgende Revisionen ausmachen, zumindest im Hinblick auf einen der führenden Evolutionstheoretiker der Jetztzeit, Ilya Prigogine [3].

Erstens wird das Theorem der Ewigkeit durch die Dualismen von Reversibilität und Irreversibilität, Destruktivität und Kreativität abgelöst. Danach läßt sich Entwicklung nicht mehr in einander abwechselnde Phasen von Fortschritt und Rückschritt zerlegen.

Zweitens begründen objektive Gesetze in Natur und Gesellschaft keinen deterministischen Kausalzusammenhang von Entwicklung. Sie determinieren stattdessen Entwicklung, die zugleich und gleichermaßen auch stochastisch ist.

Drittens ist von daher das Theorem der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, zulaufend auf einen Endzweck von Entwicklung, nicht zu halten. Zukunft ist offen und damit gestaltbar. Emanzipatorische Theoriemotivation kann sich nicht mehr an Telosprojektionen orientieren, sondern nur mehr an den Prozessen, an deren (z.B. radikal demokratischer) Gestaltung.

Viertens ist auch die Widerspiegelungstheorie (Lenins banal-materialistische Marx-Interpretation) nicht haltbar, nach der das Bewußtsein das Sein nur abbildet. Bewußtsein gilt in einem durchaus doppelten Sinne als Wissen über das Sein und als bewußte Gestaltung des Seins, eben als bewußtes Sein. Wahrheit als Medium der Steuerung der Wissensentwicklung behält diesen Status, wird jedoch auf eine weit radikalere Weise relativiert: Wahrheit ist al-

ternativ. Alternativität von Wahrheit bedeutet jedoch nicht - wie in Postmodernen Texten gelegentlich zu lesen - Beliebbarkeit.

In zumindest diesen vier zentralen Punkten gibt es einen Revisionsbedarf bezüglich Marx, der von den machtbewußten Funktionären des Marxismus-Leninismus als Revisionismus deklariert wurde und quasi unter Strafe gestellt. Trotzdem gab es diese Revisionsversuche in der DDR immer wieder, bedeutsame, wie von Bloch oder Bahro, und viele weniger bedeutsame. Der letzte große Ansatz war der des Projekts "Theorie eines modernen Sozialismus", das eine halblegale Existenz feierte. Die entscheidenden Arbeiten in den mehr als zwei Jahren seines Bestehens erfolgten jenseits der Legalität. Der zentrale Projektansatz war der Perspektivwechsel zur modernen Gesellschaft, die Frage, wie der Sozialismus systemisch geöffnet werden kann, um auf den Weg zu einer modernen, also offenen Gesellschaft zu kommen. Mein eigener Text, mit Unterstützung durch Wilfried Ettl geschrieben: "Ökonomische Grundlegung eines modernen Sozialismus", dessen vorsichtiges Konzept bereits zu meinem Ausschluß aus der SED reichte, war an verschiedenen Punkten sicher radikal (Autonomie der Wirtschaft, Eigentumsreform, Marktkoordination und Konkurrenz), insgesamt aber theoretisch inkonsistent und pragmatisch inkonsequent. Ähnliches läßt sich von den meisten Projekttexten sagen. Trotzdem gelang es uns im November 1989, ein Konzept für einen "dritten Weg" der DDR-Gesellschaft vorzuschlagen, das von allen Transformationskonzepten wohl das solideste gewesen ist. Der Mangel bestand allein darin, daß es zu dem Zeitpunkt noch nicht mehrheitsfähig war und kurz darauf schon nicht mehr.

2. Der missionarische Habitus der West-Ostdeutschen Wissenschaftserneuerung

Nun haben die Missionare der westdeutschen Wirtschaftswissenschaften die ostdeutschen Wissenschaftseliten - was hier in einem wirklich substantiellen, nicht hierarchischen Sinne gemeint ist - aus den Universitäten verdrängt oder mindestens marginalisiert und verheißten die neuen Wahrheiten liberalistischer Denktradition. Es kommt weder mit Studenten noch innerhalb der einheitsdeutschen scientific community zu einem Dialog, und damit wird nur konsequent fortgesetzt, was seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gilt: die Beziehung von Marxismus und Liberalismus zueinander bleibt eine monologische.

Die Oststudenten hörten zunächst mit begeisterungsbereiter Erwartung, bald schon mit wachsendem Frust und nun wohl mit sich stabilisierender Langeweile die Elaborate einer Wissenschaft, die genauso obsolet geworden ist, wie ihre meisten Vertreter gebrechlich. Die saturierte Selbstgenügsamkeit der Missionare ruht mitnichten in einem theoretischen Niveau, sondern in den Erfolgen westdeutscher Wirtschaftsrealität, die allerdings glücklicherweise anderen Akteuren zugerechnet werden können. Fragen wir nun nach den Defiziten liberalistischer Denktradition, möchte ich wiederum zwei Grundprobleme hervorheben, die ich wenigstens andeutungsweise beschreiben will: zum einen das positivistische, zum anderen das monistische Weltbild.

Der Grund positivistischer Wissenschaftshaltung ist wohl nicht einmal ein bewußt philosophischer Positivismus, sondern einfach die sozialwissenschaftliche und philosophische Abstinenz der westdeutschen Wirtschaftswissenschaften. Gerade die fehlende sozialwissenschaftliche Perspektive führt zu blutleeren, realitätsfremden Modellen, die in ihrer unkritischen Substanz in

doppeltem Sinne ohne Zukunft sind - sie haben keine und zeigen keine.

Nehmen wir das Freiheitsaxiom, durch das die beiden zentralen Institutionen der modernen Wirtschaft begründet sind - Privateigentum und Markt. Der liberalistisch tradierte Wirtschaftstheoretiker ist ja bereits im "Reich der Freiheit" angekommen, wenn das Recht des Einzelnen auf Vertrags- und Gewerbefreiheit fixiert ist. Er hat es wahrlich schwer, den Gedankenverläufen von Marx zu folgen, der Freiheit als Problem und in der Tradition klassischer Philosophie betrachtet. Die Relationierung von Freiheit in bezug auf Notwendigkeit wird aber überlebensnotwendig, insofern die genannten Zentralinstitutionen der Wirtschaft innerhalb der globalen Problemlagen in's Wanken geraten.

Nehmen wir eine zweite Konsequenz der fehlenden sozialwissenschaftlichen Perspektive. In der liberalistischen Traditionslinie gelten Wirtschaftssysteme und ihre Institutionen nicht als Sozialsysteme, sondern als mechanische Systeme - das Unternehmen als Maschine, die Volkswirtschaft als Megamaschine. Vor diesem Hintergrund, in welchem Menschen nur als Funktionselemente vorkommen, kann Entwicklung als Optimierung der Input-Output-Relation gedacht werden, als Rationalisierung. Interessanterweise nun erklärt sich das Verständnis ökonomischer Ratio im Kontext liberalistischer Theorietradition aus ebendieser Rationalisierung, statt umgekehrt. Die ökonomische Vernunft ist die Vernunft des homo oeconomicus, durch dessen "Trichter" alles fällt, was nicht aus der Perspektive der Rationalisierung bezogen ist [4]. Dieses traditionelle Denkmodell scheidet in der Praxis nicht nur an sich durchsetzenden emanzipatorischen Weltbildern aller wirtschaftlichen Akteure, son-

dem auch an den aktuellen und stärker noch perspektivischen Potentialen, auf die sich wirtschaftliche Erfolge gründen, die weniger in der Mechanik, viel mehr aber in den Menschen liegen.

Eine weitere Konsequenz der fehlenden sozialwissenschaftlichen Perspektive ist der fortgesetzte Auseinanderfall von Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre. Insofern Betriebe immer wirtschaften und Wirtschaft betrieblich institutionalisiert ist, ist die Trennung der beiden Gegenstandsbereiche aberwitzig. Wollen wir einmal nicht böswillig unterstellen, daß die Trennung künstlich aufrechterhalten wird, um die lukrativen Lehrstühle zu halten, liegt der substantielle Grund wohl in einer fehlenden Sozialökonomie, die in der Lage wäre, die gesamtwirtschaftliche und institutionelle Perspektive zu integrieren. Fatal sind die Folgen vor allen Dingen für die Volkswirtschaftslehre, die immer mehr zu Formelwerk und Kurvenkonstruktivismus verkommt, weil die wirklichen Handlungsebenen der Akteure verlorengehen. Für die Betriebswirtschaft ist das unentschiedener. Wurde die westdeutsche Nachkriegswissenschaft von der Gutenbergschen Produktionsfaktorentheorie beherrscht, die natürlich gänzlich im mechanischen Weltbild liberalistischer Denktradition verhaftet bleibt, so entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine Managementtheorie, die sowohl pragmatisch orientiert als auch sozialwissenschaftlich fundiert ist. Die Ergebnisse bleiben in der deutschsprachigen Betriebswirtschaftslehre nicht unreflektiert. Der entscheidungsorientierte Ansatz von Heinen und noch mehr der systemtheoretische Ansatz von Hans Ullrich führen betriebswirtschaftliches Denken aus dem Korsett liberalistischer Tradition heraus. Der am weitesten gehende Ansatz ist aber wohl der von Peter Ullrich, der auf der Grundlage des kommunikationstheoretischen Forschungsprogramms von Habermas eine

beeindruckende sozialwissenschaftliche Rekonstruktion der Betriebswirtschaftslehre liefert.

Der strukturelle Monismus der liberalistischen Traditionslinie ist durchaus dem des Marxismus ähnlich. Vielleicht aber ist er eher "extensiv", d.h. er spricht das Bewußtsein der Kolonisierung der Gesellschaft durch die Wirtschaft aus. Beispielsweise behandelt die Wirtschaftstheorie Güterknappheit als Axiom, kommt somit nie auf das dahinterliegende und ungleich differenziertere Problem begrenzter und unbegrenzter Ressourcen der Natur und der menschlichen Gesellschaft, baut ihr Theoriegebäude damit auf den falschen Voraussetzungen auf. Die globalen Problemlagen gelten als extern, und verhandelt wird höchstens ihre partielle Internalisierung, die aber als äußerstes Zugeständnis begriffen wird.

Wie der Marxismus aus der Perspektive der Herrschaftskritik zum Eigentum als Zentralproblem gelangt, so der Liberalismus aus der Perspektive der Sicherung von Handlungskoordination zum Markt. Die Einseitigkeit ist die gleiche. Gleich ist auch das - wenn auch bei Marx begrenzte - Vertrauen in die Regulationsfähigkeit der Marktgesetze. Wie Quesnay, der die Wirtschaft sah wie den Leib der Madame de Pompadour, als sich selbst regulierender Organismus, glauben alle liberalen Nachfahren an die wundersamen Selbstheilungskräfte des Marktes, die in der "invisible hand" liegen, von deren Existenz ihr Urvater Adam Smith berichtete. Wichtiges und aktuell unhaltbares Postulat der Liberalen ist darüberhinaus das Utilitarismus-Prinzip, der weitergehende Glaube, daß wenn jeder seinem Eigennutz folge, die invisible hand auch dafür Sorge, daß der Gemeinnutzen maximiert wird. Dogmatische Positionen der Verteidigung von Privateigentum und laissez faire sind nicht

einmal mehr genaue Beschreibung des status quo, geschweige denn substantiell begründbare Zukunftsmodelle für die sich verändernden Problemlagen. Sie verkommen stattdessen - vergleichbar dem Marxismus-Leninismus - zu banaler Ideologie.

Zu dem knapp umrissenen Dilemma der westdeutschen Wirtschaftswissenschaft kommt häufig noch die Drittklassigkeit ihrer Missionare hinzu, die unfähig sind, sich

3. Ökonomische Theorie jenseits von Ideologie und missionarischem Habitus

Die schon von Marx gestellte Aufgabe einer "bewußten Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft" bleibt über die unterschiedlichsten historischen Ansätze und Verläufe hinweg aktuell, auch als Aufgabe für die Wirtschaftswissenschaften. Die Rekonstruktion der Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre als ökonomische Theorie und die Rekonstruktion des historischen Materialismus als zeitgemäße Evolutionstheorie bleiben wohl erkannte, nicht aber eingelöste Forderungen [5]. Diese Rekonstruktionen sind durchaus als diskursiver Prozeß denkbar, wenn beide "Wissenschaftslager" auf ihre normativen Ansprüche verzichten, ihren Reduktionismus aufgeben zugunsten einer Offenheit der Perspektiven und der Themen und letztlich liebgewonnene Postulate aufgeben, die schon längst nicht mehr theoretisch ernstzunehmen sind, wie: die moderne Gesellschaft als ökonomische Gesellschaftsformation oder die Marktwirtschaft als historische Endlösung der Koordinationsprobleme moderner Wirtschaftssysteme; Privateigentum als Deus ex machina der Wirtschaft oder Ausbeutung als noch heutiges Grundproblem der modernen Gesellschaft; Utilitarismus oder revolutionäre proletarische Expropriation der Expropriateurs etc.

Diese Rekonstruktionen wirklich diskursiv - und das heißt explizit auch dialogisch -

über das übliche Wissenschaftsniveau zu erheben und mithin die ideologischen Muster zu sprengen. Sie können damit genau das nicht, was exzellente Persönlichkeiten der DDR-Wissenschaft konnten. Somit entstand für Studenten, die schon vor der Wende in der Noch-DDR studierten, das für Westakademiker kaum verstehbare Phänomen, daß die Wirtschaftswissenschaft West als geistig ärmer erlebt wurde, als zumindest die Elite die Wirtschaftswissenschaft Ost.

zu leisten, würde einschließen, daß sich eine solche - bisher nur in der Phantasie existierende - scientific community der ökonomischen Theorie einließe auf einen quasi doppelten Gegenstandsbereich: die Produktion als Aneignung der natürlichen und kulturellen Ressourcen innerhalb von permanenter Variation und selektiver (reproduktiver) Stabilisierung gesellschaftlicher Integrationsformen des Denkens und Handelns. Das Hauptthema dieser Rekonstruktion könnte im Anschluß an Peter Ullrich und angesichts realistischer postmoderner Transformationsperspektiven der modernen ökonomischen Gesellschaft lauten: die kulturelle Transformation der ökonomischen Rationalität. Hinsichtlich der strukturellen und prozessualen Implikationen eines solchen Themas will ich lediglich andeuten, in welche Richtungen die Entfaltung des Themas zu denken wäre.

Im strukturellen Sinne ließe sich fragen, wie man von klassisch hierarchischen zu herrschaftsfreien kommunikativen Architekturen wirtschaftlicher Institutionen gelangen kann. Intern wäre dies die Frage nach neuen Rollen- und Statusstrukturen der Akteure jenseits der privateigentümlichen Charaktere, wobei das, was Ullrich die Neutralisierung des Eigentums nennt [6], ja ohnehin ein Prozeß ist, der abläuft. Extern hieße das Wandel der Unternehmen als

traditionell geschlossene Systeme zu offenen Systemen, "quasi-öffentlichen Institutionen" [7]. Daraus nun resultieren eine ganze Reihe von gewissermaßen Anschlußthemen. Der Zusammenhang zwischen dem Übergang vom Primat Eigentum an Produktionsmitteln zum Primat Eigentum an Aufgaben und der Aktualisierung der menschlichen (kulturellen) Potentiale als entscheidender Entwicklungs- und Erfolgsfaktor wirtschaftlicher Leistung. Wie werden Unternehmen über die Durchsetzung kommunikativer Strukturen zu lernenden Systemen, in denen der permanente Wandel der formellen Strukturen an die Lernprozesse der Individuen gekoppelt ist und die klassisch marxistische Frage nach der Beziehung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen neu gestellt werden kann, jedoch im modernen evolutionstheoretischen Kontext, z.B. in Beziehung zu Selbstorganisationsprozessen. In diesem Rahmen der Fragestellungen würden zugleich funktionale und emanzipatorische Interessen angesprochen, so das unternehmerische Interesse an der Sicherung struktureller Flexibilität und Innovativität wie das fundamentalhistorische Interesse, wie Entfremdung in Aneignung gewendet werden kann.

Im prozessualen Sinne ließe sich fragen, wie unter den Bedingungen wachsender Komplexität die Integration zu gesellschaftlichen Ganzheiten möglich bleibt durch

den Wandel der Instrumente und Formen von Koordination. Das schließt von vornherein die kritische Relativierung der alten Heiligtümer ein: die Allwissenheit planerischer Vernunft und die Selbstheilungsfähigkeit des Marktes. Plan- wie Marktversagen sind so evident geworden, daß allein ihre sich immer wiederholende ideologische Gegenrechnung erschreckt. Zu fragen wäre stattdessen nach ihren Koordinationspotentialen und deren Gestaltung innerhalb eines pluralen Systems der Koordination. Auch hier gibt es Anschlußthemen, wie das der Möglichkeit rationalen strategischen Entscheidens und Handelns unter Unsicherheit. Oder, wie können angesichts der Ausdifferenzierung von Interessenlagen und der Angleichung der Geltungsansprüche Individuen und Institutionen auf dem Verhandlungsweg zu gemeinsamen Handlungszielen gelangen, unter deren Voraussetzung allein gesellschaftliches Handeln reproduzierbar bleibt [8].

Dieser Text enthält kaum Antworten, hoffentlich aber genügend Provokation.

Jürgen Jünger, Dr. oec., 1978 und 1988 jeweils aus der SED ausgeschlossen, bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der KMU Leipzig, jetzt tätig im Institut für berufliche Bildung und Sozialplanung GmbH Leipzig

Anmerkungen

- [1] J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt a. M. 1973
- [2] I. Prigogine, Natur, Wissenschaft und neue Rationalität, DIALETIK 12, S. 17 f
- [3] Ebenda, S. 26 ff
- [4] P. Ullrich, Transformation der ökonomischen Vernunft, Bern und Stuttgart 1987, S. 195 ff
- [5] W. Ettl, J. Jünger, Kritische Sozialökonomie, Das Argument 4/1990
- [6] P. Ullrich, a. a. O., S. 371 ff.
- [7] Ebenda, S. 394
- [8] K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968

Burchard Brentjes (Berlin):

Produktionsweise, Geschichtsdetermination oder politische Argumentation Zum Theorienstreit in der Geschichtswissenschaft der DDR

"Denn das wertvollste dürfte dies sein, uns gegen unsere heutige Erkenntnis äußerst mißtrauisch zu machen, da wir ja aller Wahrscheinlichkeit nach so ziemlich am Anfang der Menschheitsgeschichte stehen, und die Generationen, die uns berichtigen werden, wohl viel zahlreicher sein dürften als diejenigen, deren Erkenntnis wir - oft genug mit beträchtlicher Geringschätzung - zu berichtigen im Falle sind."

Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* (1878). Nach: Marx-Engels-Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 80

Dem Wunsch der Redaktion nach kritischer Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit folgend, wird der Verfasser versuchen, die Voraussetzungen und Grundlagen einer lange währenden Diskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR darzulegen. Es wird ein persönlich gehaltener Beitrag, da der Verfasser selbst an der Diskussion beteiligt war, wenn auch in extremer Position, er aber zugleich wie wohl die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an jenem Streit die Hochschule infolge der "Neuordnung" verlassen mußte. Er sieht daher keine Notwendigkeit, die Polemik gegen Einzelne weiterzuführen und wird Namen nur im Ausnahmefall erwähnen. Einer meiner Grundsätze war stets "Von einer gefällten Eiche ist leicht Holz zu holen"... Zugleich liegt mir jede Tendenz fern, mich in die Kategorie der "Opfer" einreihen zu wollen, dort drängen sich schon zu viele.

Die miterlebten Konflikte hatten ihre Spezifik, doch die Kenntnisse internationaler Hochschulverhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart läßt die Aussage zu, daß sie sich im Prinzip und Ziel überall gleichen, so variabel auch die Argumente sind.

1. Gegenstand des Streits

Gemeint ist hier die durchaus nicht auf die DDR beschränkte Diskussion [1] über die "historische Periodisierung" oder die Frage nach der Abfolge der Produktionsweisen im Laufe der Geschichte, die vor allem von Orientalisten, Archäologen, Althistorikern und "reinen" Theoretikern geführt wurde. Sie begann in der DDR nach 1953 und erreichte einen ersten Höhepunkt, als

die Redaktion der "Ethnographisch-archäologischen Zeitschrift" 1968 [2] die Seiten ihres Blattes für eine Diskussion "Die Ur- und Frühgeschichte und das Problem der historischen Periodisierung" zur Verfügung stellte. Dort finden sich auch für die Folgezeit recht ausführliche bibliographische Nachweise der in anderen Journalen erschienenen Studien zu dieser Pro-

blematik. Sie sind so umfangreich, daß Interessenten auf diese Zusammenstellungen verwiesen werden können.

Der Verfasser, der sich seit 1965 zu diesen Problemen geäußert hat, beteiligte sich seit dem Aufruf der drei Redakteure an der Diskussion und entwickelte daher seine Haltung zu diesen Fragen in Etappen zu der hier dargelegten Auffassung, die er nicht als die allgemeine oder auch nur vorherrschende Meinung der Diskussions Teilnehmer bezeichnen kann. Hierbei muß er einräumen, daß er als junger Student "reinen Herzens" zu dem Geschichtsbild gegriffen hatte, das ihm als Gegensatz des durch den Krieg und die Erfahrung des Faschismus geprägten Nazi-Geschichtsbildes erschien. Das im "Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU" dargelegte "Fünfstufen-Schema" (Urgesellschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus) erschien so klar und optimistisch, zumal es als "marxistisch" ausgegeben wurde. Am Ende jeder Produktionsweise habe eine Revolution der jeweils unterdrückten und ausgebeuteten Klasse die alte herrschende Klasse gestürzt und erstere sei selbst zur Herrschaft aufgestiegen.

Es vergingen einige Semester vorwiegend ur- und althistorischer Studien, die zu ersten Zweifeln an der Gültigkeit des Schemas führten. An der Ausarbeitung der ersten Schulbücher für alte Geschichte beteiligt, ergaben sich vor allem drei Probleme: die Sozialstrukturen des Orients im Vergleich zur Antike, die angebliche Revolution der Sklaven und Kolonen und die angeblich tragende Rolle der Sklaven im Altertum in allen Regionen der Klassengesellschaft. Die zugänglichen Tatsachen ließen sich nicht mit dem "glatten" Verlauf der "Geschichte", wie er nach dem "Kurzen Lehrgang" gewesen sein sollte, vereinigen. Hinzu kamen politische Verwicklungen, als nach der Auflösung der sowjeti-

schen Militäradministration in Österreich der Oberstleutnant Leo Stern nach Halle kam und nach der Macht an der Universität in Halle griff. Da er Schwager des damaligen Staatssicherheitsministers Zeisser war, hatte er Erfolg, und der Verfasser verdankt es nur dem Direktor des Instituts für orientalische Archäologie, Heinz Mode, daß er seine Arbeit an der Hochschule fortsetzen konnte.

Die folgenden Jahre gaben Gelegenheit, sich dem Studium auch dieses Problems zuzuwenden. Das erste sogenannte "AHA"-Erlebnis kam bei der Suche nach Äußerungen von Marx und Engels über den Orient, als unter dem Schlagwort "Auszug der Juden aus Ägypten" in der vierbändigen Ausgabe des Briefwechsels zwischen Marx und Engels [3] im Brief vom 30. Juni 1862 aus der Feder Marx' eine jener rassistisch-wütenden Injurien über Ferdinand Lassalle erschien, die mit Sicherheit vom Urheber nicht als wissenschaftliche Aussage, sondern als Beschimpfung gedacht war. Von diesem Moment an war der "fundamentalistische" Glaube an die Wahrheit jedes "Klassiker"-Zitats schlechthin erledigt, und ich begriff Engels und Marx als denkende, leidenschaftliche Menschen, die sich selbst das Recht des Irrtums einräumten und nach einer Äußerung von Engels selbst erkannten, erst am Anfang wissenschaftlicher Erkenntnis der Welt zu stehen, und daß es zahllosen nachfolgenden Generationen überlassen sei, über sie hinauszuschreiten.

Der herrschende "Fundamentalismus" war damit aber nicht erledigt. Zwar erhielt er nach dem Tode Stalins einen wesentlichen Stoß und als schließlich der "Kurze Lehrgang" zurückgezogen wurde, erschien der Weg frei. Zuerst kam ein Rückgriff auf Marx, als andere Wissenschaftler, wie beispielsweise die erfolgreiche Romanschriftstellerin und Althistorikerin Wel-

skopf [4], die orientalische (oder "asiatische") Produktionsweise wieder vertraten. Hieraus und aus anderen Äußerungen kam es zu der eingangs erwähnten Diskussion, in der besonders eine Gruppe bei dem "Fünfstufen-Schema" blieb, eine andere den gesamten Orient mit der "asiatischen" Produktionsweise zu erklären versuchte und in erster Linie Sinologen bereits nach regionalen Gesellschaftsformationen suchten.

Dem Verfasser dieses Beitrags war das eine wie das andere nicht mit dem ihm bekannten Material in Übereinstimmung zu bringen. Die "asiatische Produktionsweise" wurde als Gesellschaft ohne privates Grundeigentum, mit kommunistisch wirtschaftenden Dörfern und einem darauf lastenden recht- und gesetzeslosen Staat, einer Despotie definiert, doch gab es Tausende Verkaufs-, Pacht- und Schenkungsurkunden z.B. aus dem alten Mesopotamien. In China tritten sich die "Marxisten", ob der Feudalismus im 4. Jahrhundert v.Ch. oder wie in Europa im frühen Mittelalter ausgebrochen sei. Selbst im Römischen Imperium, dem klassischen Sklavenhalterstaat, waren nur regional und zeitlich beschränkt Sklaven die Hauptproduzenten gewesen, während andererseits die Sklaverei als ökonomisch wesentliche Erscheinung als Sozialordnung der mittelamerikanischen Zuckerrohr- und der nord-

2. Die "orientalische" (oder "asiatische") Produktionsweise

Diese Frage ließ sich u.a. mit Hilfe der Arbeiten Koeblers und Stelling-Michauds [9] und einigen Nacharbeiten relativ leicht beantworten, blieb aber völlig unbeachtet [10]. Der Ansatz zum Verständnis nicht nur des Orientbildes von Karl Marx, sondern seines gesamten Weltbildes ergab sich daraus. Marx war Hegelschüler und tief von Hegel in seinem Denken geprägt. Hegels Geschichtsverständnis galt nicht der Erkenntnis der real abgelaufenen Ge-

amerikanischen Baumwollplantagen vom entstehenden Kapitalismus nicht zu trennen war. Daher vertrat ich meine Position u.a. mit den Beiträgen "Zur Stellung der Produzenten materieller Güter im Orientalischen Altertum" [5], "Grundeigentum, Staat und Klassengesellschaft im Alten Orient" [6], "Die Sklaverei im nachantiken Europa" [7] und "Zur Einheit der vorkapitalistischen Klassengesellschaft" [8] und an anderer Stelle. Versuche, meine Position in die "Weimarer Beiträge" und in die "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" hineinzutragen, stießen auf Ablehnung. Nach Beschwerden beim ZK der SED erhielt ich den Bescheid, auf die dort eingereichten Beiträge besser zu verzichten und meine Meinung in wissenschaftlichen Publikationen zu vertreten. Dieser Bescheid von wohlmeinender Seite (Herrmann Axen) war nicht Anlaß, in mich zu gehen, sondern einiges in mehreren Richtungen nachzuprüfen:

1. Warum war die Partei in dieser Frage empfindlich?
2. Woher kam der Begriff der "asiatischen Produktionsweise"?
3. Wie standen Marx und Engels selbst zu dieser Frage?
4. Wieso war er mit dem "Kurzen Lehrgang" verdrängt worden?

Die Antwort auf die erste Frage mußte sich aus den anderen drei Fragen ergeben.

schichte, sondern dem, was er "Philosophie der Geschichte" nannte, einer "Geschichtstriade", die er nicht erfunden, sondern bei dem mittelalterlichen Mönch und Visionär Joachim di Fiore entlehnt hatte.

Der Mönch hatte im frühen 13. Jahrhundert aus der Bibel abgeleitet, das noch zu seinen Lebzeiten anbrechende Jahrhundert des "Anti-Christes" sei die Überleitung zum dritten Weltalter, der des "3. Reichs", der

Zeit des "Heiligen Geistes", in dem das wahre Christentum verwirklicht wäre. Vorangegangen seien das Zeitalter des Gottvaters (des Alten Testaments) und die Zeit des Gottessohnes (des Neuen Testaments), die Stufen auf dem Weg zur Verwirklichung des Paradieses gewesen seien (Am Rande bemerkt sei, daß Rosenberg von Joachim di Fiore die "Lehre" vom "Tausendjährigen 3. Reich" entlehnte).

Hegel übernahm dieses dreistufige Geschichtsbild, benannte und definierte die Stufen je nach Veröffentlichung verschiedenen und sah offensichtlich in der Französischen Revolution den Umschlag vom Reich des "für-sich-seienden Geistes" (nach Vorangang des "an-sich-seienden Geistes") in das des an-und-für-sich-seienden Geistes". Er dehnte diese Triade auf die Geschichte aus, die sich nach seiner Auffassung von dem bewegungslos verharrenden "Orient" über das sich entwickelnde Europa der Antike und des Mittelalters zur Gegenwart bewegt habe.

Marx entlehnte diese Idee einer fortschreitenden Entwicklung und offenbar auch die der Revolution als "Schaltstelle" der Geschichte und suchte in der Ökonomie der Gesellschaftsordnungen die Erklärung der historischen Entwicklung. Er übernahm außerdem beispielsweise das Orientbild Hegels (s. dazu [11]), ohne zu überprüfen, woher diese Bild stammte. Es war den Werken von Montesquieu und seiner Zeitgenossen entnommen, die (um der Zensur zu entgehen) die Kritik an der Willkür der französischen Monarchie in Polemiken gegen die "Despotien des Orients" kleideten. Selbst die Grundthese der "asiatischen Produktionsweise", das Obereigentum des Königs an allem Hab und Gut der Untertanen, geht auf diese Literatur zurück, genauer gesagt, auf das zur Polemik genutzte Testament Louis' XIV., das einen solchen Anspruch verkündete.

Die Monarchisten folgten den Kritikern der absoluten Monarchie auf diesem Wege und denunzierten die Monarchien des Ostens als Depotien. Sie rechtfertigten damit die französische Königsherrschaft als gesetzmäßig geregelten "Rechtsstaat". Einer der Repräsentanten dieser Richtung war Francois Bernier, auf den sich Marx 1853 berief, als er jene Briefe an Engels schrieb, aus denen später die Lehre von der "asiatischen Produktionsweise" auf dem Wege traditioneller Textexegese gewonnen wurde.

Marx war auf diese Problematik durch den großen antienglischen Aufstand Indiens gestoßen, den er, um zu etwas Geld zu kommen, für eine amerikanische Zeitschrift kommentierte. Er hat sich aber bald darauf wieder seinem Hauptthema, dem Kapitalismus, zugewandt. Er wußte zwar, daß das Indienbild Berniers von englischen Autoren abgelehnt wurde, übersah aber damals völlig, daß Bernier schon vor der französischen Revolution von einem profunden Indienkenner als Verteidiger des Kolonialismus und Fälscher entlarvt worden war, von Anquetil du Perron in seiner "Legislation Orientale...", erschienen in Amsterdam 1778. Marx ließ bis in die späten sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts den Orient beiseite. Zudem paßte das Orientbild der Autoren Bernier, Montesquieu, Hegel und anderer zu den orientfeindlichen Schriften der Antike, vor allem des von Marx hochgeschätzten Aristoteles, und den antiosmanischen Schriften des 16. und 17. Jahrhunderts.

Diese mehr zufälligen Äußerungen zum Orient aus den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bildeten die Grundlage der Ausbildung der Lehre von der "asiatischen Produktionsweise", obwohl Marx sich in den siebziger und frühen achtziger Jahren von diesem Orientbild löste und sich höchst sarkastisch über jene "Orientalisten" äußerte, die an der Legen-

de vom fehlenden Grundeigentum festhielten oder an den Feudalismus in Asien glaubten. Diesen Wechsel, bzw. die Entwicklung des Orientbildes Marx', bewirkte die politische Praxis.

Zu Ende der sechziger Jahre strömten russische Revolutionäre in wachsender Zahl nach Westeuropa und berichteten von der kommenden Revolution im Zarenreich. Diese Erfahrung muß für Marx, der auf die Revolution in Westeuropa hoffte und für den Rußland der "Osten" schlechthin war, wie ein Schock gewesen sein. Er brach 1869 die Arbeit am "Kapital" ab, lernte russisch und studierte jahrelang alle verfügbaren Akten über die Agrarstruktur Rußlands und die Agrarreform von 1861. Er las auch erneut Studien über Indien und andere orientalische Staaten und regte 1875 den jungen Russen Kowalewskij zu einer vergleichenden Studie über die Dorfgemeinden in Indien, Ägypten, Algerien und Altamerika an, die 1879 erschien [12]. Marx erhielt ein Exemplar und fertigte einen kommentierten Exzerpt an, der sich fast nur mit den Formen des kommunalen und besonders des privaten Grundeigentums befaßte.

Unter diesem Eindruck fuhr Marx nach Algier mit der Absicht, einen Erholungsurlaub mit der Erkundung der Grundbesitzverhältnisse zu verbinden. Krankheit und Wetterverhältnisse verhinderten die Ausführung dieses Vorsatzes. Bald nach seiner Rückkehr nach England ist Marx verstorben, ohne seine nach 1869 entstandenen Vorstellungen publiziert zu haben. Nur in den Entwürfen einer Antwort auf eine Anfrage der russischen Revolutionärin Vera Zasulic [13] wird das Suchen nach einem realen Bild der vielfältigen Weltgeschichte deutlich. Es differenzierte nach Zeit und Region und beschränkte den im "Kapital" beschriebenen Entwicklungsweg vom Feudalismus zum Kapitalismus auf Westeuropa. Leider blieben diese Entwürfe

ebenso unbekannt wie die Exzerpte und Notizen dieser zweiten Orientphase des Ökonomen und Sozialkritikers, dessen gedrucktes Werk in der Folgezeit einer Exegese unterworfen wurde, die der christlichen Tradition Europas entlehnt ist. Die Aussagen Marx', zum Teil nur einzelne Sätze, wurden von dem konkreten Material getrennt und zum "Marxismus" geformt. Karl Marx sah das anscheinend schon zu seinen Lebzeiten kommen, als er in seiner sarkastischen Weise in einem Leserbrief an die "Otetschestwennye Sapiski" [14] schrieb: "Er (ein Kritiker) muß durchaus meine historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden, die mit dem größten Aufschwung der Produktionskräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert... Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein."

Aber genau dies ist geschehen, und der "Kurze Lehrgang" präsentierte den "historischen und dialektischen Materialismus" als den "Universalschlüssel" zur Geschichte. Zuvor hatte Lenin nicht um die Orientthesen der siebziger und achtziger Jahre gewußt, die ihn vielleicht zu Modifikationen seiner Ostpolitik veranlaßt hätten, falls das real möglich gewesen wäre. In der jungen UdSSR wurde die Dialektik und der ökonomische Materialismus in der vorherrschenden Pokrovski-Schule in der Geschichte

bis zu der "Theorie" entwickelt, die schließlich alle Veränderungen aus den Produktionskräften erklärte, einschließlich der Sprache.

Daneben lief die Tradition der "asiatischen Produktionsweise" weiter, bis Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts die Krise der revolutionären Entwicklung in China zur Suche der chinesischen Kommunisten nach eigenen Strategien führte und das mit der Formulierung des Monopolspruchs der Stalinschen Führungsgruppe in der kommunistischen Weltbewegung beantwortet wurde.

Die zumeist mit China vertrauten Anhänger einer "asiatischen Produktionsweise" (und damit Vertreter anderer politischer Methoden bei der Revolutionierung des Ostens) wurden - zum Teil physisch - ausgeschaltet und jenes anfangs erwähnte Fünfstufen-Schema als Glaubenssatz formuliert. Es schrieb eine simplifizierte Formel für den westeuropäischen Entwicklungsweg (jenen "Universalschlüssel" als ideologische Begründung des absoluten Führungsanspruches der Moskauer Regierung fest) - und so beantwortete sich für den Verfasser die oben gestellte Frage nach der Abstinenz der eigenen Partei gegenüber dem wahren Erbe von Karl Marx. Versuche, das Berliner "Institut für Marxismus-Leninismus" zum außerplanmäßigen, weil vordringlichen Nachdruck der ausgezeichneten Herausgabe des Marxschen Exzerptes aus Kowalewskij [15] zu bewegen, wurden schroff abgelehnt, und auch nach der Zurückziehung des "Kurzen Lehrgangs" ging die weitere Herausbildung des "Universalschlüssels" eifrig weiter. Ihren letzten Höhepunkt fand sie in der Tagung und dem Protokoll gleichen Titels "Familie, Staat und Gesellschaftsformation" [16], die 1985 in Dresden stattfand und auf der der Verfasser nur in einer Randveranstaltung reden konnte und in seiner Nachbemerkung erklärte: "Ich bin der Zita-

te müde". Er kündigte an, daß er sich von nun an "der konkreten Forschung" zuwenden und einen "Sammelband mit internationaler Beteiligung über die Entwicklung des Grundeigentums in Mesopotamien von den Sumerern bis zu den Osmanen" herausgeben werde. Das ist unterdessen geschehen. [17] Der Band sollte der erste einer Folge von konkreten Studien werden, doch bereits der zweite über den Handel in Mesopotamien fiel dem Zusammenbruch der DDR zum Opfer [18].

Der Zusammenbruch des Staates des "realen Sozialismus" brachte den Ausschluß der Diskussionsteilnehmer aus der Akademie und den Universitäten und beendete weitgehend die Diskussion über Marx und die marxistische Sozialtheorie insgesamt. Es wäre jedoch für die Neuformulierung einer emanzipatorischen Politik erforderlich, nicht nur die Abhängigkeit des Orientbildes Marx' zu erörtern, sondern auch die auf Hegel zurückgehende Entwicklungslinie der Revolutionstheorie und der Gesellschaftsentwicklung zu analysieren. Hierbei kann man von Marx'Aussage ausgehen: "Die sogenannte historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte (Gesellschafts-)Form die vergangenen als Stufen zu sich selbst betrachtet und, da sie selten und nur unter ganz bestimmten Bedingungen fähig ist, sich selbst zu kritisieren... sie immer einseitig auffaßt" [19]. Die Wahrheit nicht nur dieses Satzes hat die Geschichte der DDR wie auch die Gegenwart der BRD bewiesen.

Die Theorie der "asiatischen Produktionsweise" war eine politische Propagandatheorie, die zu einem "überhistorischen" "Universalschlüssel" wurde, zum Teil einer von den konkreten Entwicklungen gelösten Theorie, die als "Marxismus" sich von dem Streben Marx' nach der Erforschung der Geschichte löste. Marx führte zugleich die Tradition der utopischen Hoffnung auf eine bessere Welt weiter, glaubte

an sozialistische Zukunft durch die Revolution der Arbeiterklasse, doch für die folgen-

den Entwicklungen im 20. Jahrhundert ist er nicht verantwortlich zu machen.

3. Politische und wissenschaftliche Fragestellungen

Eine Wertung der Intentionen der Veranstalter der Dresdener Engels-Konferenz muß hypothetisch bleiben. Unterlagen oder Aussagen stehen mir nicht zur Verfügung. Überschätzen sollte man den "tieferen" Sinn nicht. Es war eine repräsentative Selbstdarstellung der Leitung des Zentralinstituts im Selbstbewußtsein, gute Marxisten zu sein und den Marxismus durch den Rückgriff auf die Hegelsche Triade weiterentwickelt zu haben. Die Mehrheit der Teilnehmer beugte sich wie stets der direktoralen Autorität und paßte ihre Beiträge entsprechend an. Weniger wünschenswerte Aussagen wie mein Versuch, nochmals für ein Primat der konkreten Forschung gegenüber den Verallgemeinerungen geschichtsphilosophischer Kategorien zu wirken, wurden in Nebenveranstaltungen unwirksam gemacht. Ich bin auch nur noch zur Demonstration nach Dresden gefahren und gab am Schluß meines Beitrags jene Erklärung ab, die Diskussion einzustellen. Es war vergeblich, gegen ein Schema aufzutreten, das mit der gesetzmäßigen Abfolge von Kapitalismus und Sozialismus das Selbstbewußtsein stärkte, während mir die Weltrevolution, das Vehikel dieses postulierten Übergangs, längst unglaubwürdig geworden war. Mich bewegte seit langem viel mehr die Entwicklung jener großen Mehrheit der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die man als "Völker der dritten Welt" bezeichnet, um eine Analyse ihrer wirklichen Lage zu erschweren. Sie waren und sind von der "ersten Welt", den kapitalistischen Zentren, abhängig, und jeder Versuch, durch und nach den antikolonialen Befreiungskriegen auf nichtkapitalistischen Bahnen eine ökonomische Unabhängigkeit zu erzielen, wurde entweder im Keim erstickt

und blutrünstige Diktatoren eingesetzt (Mobutu), oder den Ländern wurden Bürgerkriege aufgenötigt wie in Angola oder Mocambique. Das Aufbrechen der absoluten Vormacht der alten Kolonialmächte und der USA in Asien und Afrika förderte die UdSSR im "kalten Krieg", so daß die "heißen Kriege" des 3. Weltkrieges als Stellvertreterkriege Massenelend produzierten.

Auf meinen Reisen durch Afrika und Asien lernte ich die Probleme an Ort und Stelle kennen, die allgegenwärtige Korruption örtlicher Machthaber, gleich welchen politischen Bekenntnisses, das allgemeine Durchsetzen kapitalistischer Strukturen bei der Variabilität lokaler Formen und dem teilweise erzwungenen Scheitern nichtkapitalistischer Entwicklungswege.

Deutlich wurde die Sonderrolle Westeuropas (und von hier aus übertragen - USA - bzw. nach diesem Vorbild entwickelt - Japan). Marx hatte, wie oben ausgeführt, die Entwicklung des Kapitalismus als westeuropäischen Vorgang erkannt und das Unterliegen Indiens (1853 - 1854) mit der "asiatischen Produktionsweise" (Fehlen des Grundeigentums, kommunistische Dorfgemeinden unter einem darüberstehenden despotischen Staat) zu begründen geglaubt. Er hatte diese Hypothese 1880 - 1881 fallen lassen, aber das war von "Marxisten" nie berücksichtigt worden, und so blieb die falsche Antwort bis in die dreißiger Jahre Lehrmeinung, bis sie durch die Behauptung, dem Kapitalismus sei weltweit der Feudalismus vorangegangen, ersetzt wurde. Wenn nun jedoch der Kapitalismus gesetzmäßig aus dem Feudalismus hervorgegangen sein sollte, aber diese Entwicklung auf Westeuropa beschränkt war, konnte auch diese Theorie nicht stim-

men. Diese Frage im Verein mit der Ablehnung der Sklaverei als Formation und der "Revolution der Sklaven und Kolonen" stellte nicht nur das "Fünfstufenschema" in Frage, sondern das Prinzip der Formationsfolge überhaupt und damit dessen Kernstück, die Behauptung, der Kapitalismus werde gesetzmäßig in den Sozialismus übergehen, eine Schlußfolgerung, die sich aus dem Ausbleiben der Revolution in Westeuropa und dem Fehlen jeder Wahrscheinlichkeit eines revolutionären Umsturzes in den kapitalistischen Zentren schon früh ergab. Diese Konsequenz ist mit Sicherheit der Mehrheit der Diskussionsteilnehmer nicht bewußt geworden, wahrscheinlich auch nicht den Veranstaltern der Dresdener Konferenz.

Die Verwerfung der Determination des Geschichtsablaufs hin zum weltweiten Sieg des Sozialismus stellte mich vor die Frage, woher die in Dresden dominierende Geschichtsphilosophie der "großen Geschichtstriade" kam, die mit ihren drei Phasen ja noch stärker vereinfachte, als dies das "Fünfstufenschema" tat.

Es war Hegels Geschichtsphilosophie, die auch Karl Marx den Rahmen seines Geschichtsbildes gegeben hatte. Hegel hatte die Geschichte philosophisch in drei Phasen gegliedert, die er verschieden benannte, primär jedoch als "Gott-Vater", "Gottes-Sohn" und "Heiliger Geist" bezeichnet hat. Er wollte nicht Geschichte schreiben, sondern die Geschichte erklären. Diese Philosophie der Geschichte hatte die Verwirklichung des Geistes in der Geschichte zum Inhalt. Hegel sah als erste Phase den "Geist an sich", der durch die Revolution des Christentums in die zweite Phase, den "Geist für sich" verwandelt worden sei. Die Französische Revolution sei die Widerspiegelung des neuen Umschlags des Geistes, der nun in die Phase des "Geistes an und für sich" umgeschlagen sei. Marx hatte diese Lehre des Umschlagens in

neue historische Etappen übernommen und materialistisch aus den Sozialordnungen zu erklären versucht, aber nicht die Grundthese in Frage gestellt. Auch er stand unter dem Einfluß der Französischen Revolution und sah in den Folge revolutionen in Paris die Vorboten der großen Revolution, die die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung bringen sollte, ähnlich wie Hegel im Zeitalter des "Geistes an und für sich" die Lösung aller Probleme sah.

Marx und seine Nachfolger stellten nicht die Frage, woher Hegel diese optimistische Sicht der Geschichte nahm. Hegel hat seine Quelle nicht verschwiegen, es war der italienische Mönch Joachim di Fiore. Er entwickelte aus der biblischen Lehre der Abfolge der Weltreiche und den Prophezeiungen des Neuen Testaments im frühen 13. Jahrhundert eine mystische Geschichtsphilosophie. Sie sah als erste Phase die Zeit "Gott-Vaters", die Zeit der Gültigkeit des Alten Testaments, als zweite die Zeit des "Gottes-Sohnes" mit der Führung der Kirche, die Zeit des "Neuen Testaments", und nun nahe das verheißene Zeitalter des "Heiligen Geistes", das "dritte, das 1000jährige Reich" des "Heiligen Geistes", in dem die Heiligen auferstehen und ideale Ordnung entstehen, die zum ewigen Paradies überleite. Vorher gehe das des Antichrists, den Joachim di Fiore in Friedrich II. von Hohenstaufen sah. Selbst die Kirche werde vernichtet und eine neue Welt der göttlichen Gerechtigkeit käme.

Diese Mystik war nicht nur die Grundlage der Hegelschen Geschichtsphilosophie und damit der Marxschen Revolutionstheorie, seiner Utopie einer kommenden kommunistischen Erlösung, sondern auch des "Mythus des 20. Jahrhunderts" Rosenbergs, aus dem die Hitlersche Floskel des "Dritten, des tausendjährigen Reiches" stammt. Man muß in der Tat im Werk von Marx zwei Grundzüge unterscheiden: die

utopische Hoffnung auf die bessere Welt, die heute noch weniger in Sicht ist als zuvor, und die von ihm betriebene Analyse ökonomischer und sozialer Strukturen, die auf Adam Smith und die Nationalökonomie zurückgeht. Beide Stränge waren bei Marx miteinander verflochten, und er suchte seine Erlösungshoffnung mit der Wissenschaft zu begründen.

An die Erlösung kann man heute kaum noch glauben. Sie ist ein Glaubensartikel, keine wissenschaftliche beweisbare Zukunft. Das war aber das Ziel der "Formationslehre". Heißt aber nun deren Überwindung, daß sozialgeschichtlich-ökonomisch-historische Studien als "unwissenschaftlich" zu unterbleiben haben und bspw. Orientwissenschaften nur noch als Philologien betrieben werden dürfen?

Das dürfte dem flachen Pragmatismus der gegenwärtigen Politiker und Medienprediger entsprechen, daß "der Markt" alle Probleme der Welt regeln werde, und hieße, auf die Analyse der unterschiedlichen Verhältnisse zu verzichten. Die Orientwissenschaften nur auf die Philologien zu beschränken, heißt, sie zu bedeutungslosen Antiquitätenschilderungen herabzudrücken, und hieße, auf die Erkenntnis der Entwicklungsbedingungen der jeweiligen Gesellschaften zu verzichten und damit selbst das Verstehen der Ästhetik jener Zeiten und Regionen nicht einmal zu versuchen. Darüber hinaus würde die Sonderrolle Westeuropas zu einem "Wunder", das dann vielleicht wieder aus der Rasse oder dem Klima "erklärt" werden würde. Die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der 80 - 85 Prozent der Menschheit, die nicht der Gnade der späten Geburt

in Westeuropa teilhaftig werden, blieben exotisches Beiwerk ihres Elends unter Bevölkerungsexplosionen, Erosion und Unterentwicklung, das sie Europa, den USA und Japan zu Füßen legt. Zu einer Erkenntnis der historischen Ursachen würde eine derartige Orientwissenschaft nicht beitragen, nicht einmal zu einer realistischen Wirtschaftspolitik gegenüber dieser Mehrheit der Menschheit durch die Minderheit. Aber vielleicht ist diese Fragestellung bereits wieder Utopie, angesichts der in vielen Ländern ausgebrochenen Katastrophe.

In dem Prozeß der Analyse sozialökonomischer Strukturen wird man zweifellos wieder durch Vergleiche zu ordnenden Begriffen kommen, die an die "Formationen" erinnern. Aber man überlasse sie nicht utopischen Denkern oder den Geschichtsphilosophen, die dann wieder beanspruchen, der Forschung Kategorien vorgeben zu können. Das bedeutet nicht, daß auf die Sozialgeschichte verzichtet werden kann, sondern verlangt vielmehr eine Ausdehnung sozialökonomischer Studien vom Altertum bis zur Gegenwart, um den Menschen die Mittel in die Hand zu geben, ihre Lage zu verstehen. Allerdings ist die Realisierbarkeit dieser Forderung vermutlich eine Illusion. Sie verlangt die Aufgabe aller Schemata, dafür aber die konkrete Arbeit, nicht nur im Elfenbeinturm reiner Philologie, sondern auch mit der Hinwendung zur Realität, so abstoßend sie in vielen Zügen auch ist.

Burchard Brentjes, Prof. Dr. phil., bis 1992 Professor für Orientarchäologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, lebt in Berlin

Anmerkungen:

[1] s. u. a. Jan Pecirka: Von der asiatischen Produktionsweise zu einer marxistischen Analyse der frühen Klassengesellschaften (Randbemerkungen zur gegenwärtigen Diskussion in der UdSSR). In: Eirene, Vol. 6, Prag 1967, 141-175 und P. Salnik Und T. Pokora: Beginning of the Discussion about

the Asiatic Mode of Production in the USSR and the People's Republic of China. In: Eirene, Vol. 5, Prag 1966, S. 179-187

[2] G. Guhr, K.-H. Otto und H. Grünert: Diskussion. Die Ur- und Frühgeschichte und das Problem der historischen Periodisierung. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, Bd. 9, Berlin 1968, S. 31-44

[3] K. Marx an F. Engels, 1862, Jule 31. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Briefwechsel, III. Band, 1861-1867, Berlin 1950, S. 100-102

[4] E.C. Welskopf: Probleme der Periodisierung der Alten Geschichte. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 5, Berlin 1957, S. 296-313

[5] EAZ, Bd. 9, Berlin 1968, S. 45-68

[6] EAZ, Bd. 9, Berlin 1968, S. 245-266

[7] EAZ, Bd. 12, Berlin 1971, S. 541-555

[8] EAZ, Bd. 14, Berlin 1973, S. 277-284 und 287-293

[9] R. Koebner: Despot and Despotism: Vicissitudes of a political term. In: Journal of the Warburg and Courtauld Institutes, Bd. XIV., London 1951, S. 275-302

S. Stelling/ Michaud: Le mythe du despotisme oriental. In: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte. Bde. 18-19, Bern 1960/61, S. 328-346

[10] B. Brentjes: Zur Geschichte des Begriffs der "asiatischen Despotie". In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. XXVIII, 1, Halle 1979, G. Reihe, S. 15-20

[11] B. Brentjes: Marx und Engels in ihrem Verhältnis zu Asien. In: Karl Marx und Friedrich Engels zur Geschichte des Orients. Halle/S. 1983, S. 3-30

[12] M. M. Kovalevskij: Obcinnoe semlevladennie, priciny, chod i posledstvija ego razlozenija. Moskau 1879

[13] K. Marx: Entwürfe zur Antwort auf den Brief von V. I. Sasulitsch. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 384-406

[14] in Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 107-112

[15] s. H. P. Harstick: Karl Marx über die Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums. Frankfurt/Main und New York 1977

[16] Akademie-Verlag, Berlin 1988

[17] B. Brentjes (Herausgeber): Das Grundeigentum in Mesopotamien. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1987, Berlin 1988

[18] Die eingegangenen Beiträge werden als Einzelartikel in den Zeitschriften "Altorientalische Forschungen" und "Afrika, Asien, Lateinamerika" erscheinen.

[19] K. Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 636-637

THEMA II: Institution Hochschule und Landeshochschulrecht - Teil 1

In Brandenburg und Thüringen sind bereits HRG-konforme Landeshochschulgesetze verabschiedet worden. In Berlin war ein solches schon vorhanden. Ein Ergänzungsgesetz zum BerlHG regelte das Hineinquetschen der Ost-Hochschulen in den vorgegebenen Rahmen. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen wird derzeit an Landeshochschulgesetzen gearbeitet, um bis zu dem vom "Einigungsvertrag" gesetzten Datum (2. Oktober d.J.) zu HRG-konformen Regelungen zu kommen. hochschule ost begleitet die Diskussionen mit einigen speziellen Artikeln zum Thema.

Hans Joachim Meyer (Dresden):

Das neue Sächsische Hochschulgesetz

Der Einigungsvertrag sieht vor, daß bis zum 3. Oktober 1993 in den neuen Bundesländern Hochschulgesetze in Kraft treten, die mit dem Hochschulrahmenrecht der Bundesrepublik übereinstimmen. Die dreijährige Frist entsprach dem Zeitraum, der auch in der alten Bundesrepublik den Ländern für die Anpassung ihrer Hochschulgesetze an die entsprechende Bundesgesetzgebung eingeräumt worden war. Sie sollte den neuen Ländern ermöglichen, durch eine Reform der Hochschulen die Voraussetzungen für die durch die SED zerstörte akademische Autonomie zu schaffen und den durch die Verfassungsordnung garantierten Raum der Kulturhoheit eigenständig zu füllen. Die hochschulpolitische Debatte, die in Deutschland seit etwa zwei Jahren mit wachsender Intensi-

tät geführt wird, gibt den neuen Ländern die faszinierende Chance, bei der Erarbeitung der neuen Gesetze zugleich die Vorschläge und Anregungen zu berücksichtigen, die in den letzten Monaten - zum Teil mit einem hohen Maß an Konsens - formuliert worden sind. Allerdings erfordert dies auch einen Balanceakt, denn einige dieser Vorschläge benötigen für ihre wirkungsvolle Umsetzung auch eine Änderung des bundesrechtlichen Rahmens oder den Verzicht auf eine bundesrechtliche Regelung. Solche Änderungen sind vor Ablauf der dreijährigen Frist nicht zu erwarten. Landesgesetze in Kraft zu setzen, die mit dem Rahmenrecht im offenen Konflikt stehen, verbietet sich aus naheliegenden Gründen. Diese Tatsache macht die neuen Länder jedoch keineswegs bewe-

gungsunfähig. Abgesehen davon, daß auch die Hochschulgesetze der alten Bundesländer eine erhebliche Variationsbreite aufweisen, zeigt eine Analyse des Hochschulrahmenrechts, daß die Grenzen des Bewegungsraums durchaus noch nicht erschöpft sind. Dennoch ist es in einer Reihe von Fällen derzeit nur möglich, Tendenzen zu signalisieren, die erst in einem geänderten oder erweiterten Rahmen zur vollen Wirkung kommen können. Der Entwurf des neuen Sächsischen Hochschulgesetzes wurde jedenfalls mit der Absicht erarbeitet, die konstruktiven Ergebnisse der hochschulpolitischen Diskussion soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Ein relativ breites Maß von Möglichkeiten besteht dafür, die Vorschläge für eine klare Gliederung des Studiums und für eindeutige Prüfungsbestimmungen in gesetzliche Bestimmungen umzusetzen. Sowohl in der Untergliederung der Studiengänge in Grund- und Hauptstudien als auch in bezug auf die Unterscheidung des Studiums in eine berufsorientierte Phase und eine forschungsorientierte Phase bei durchgängiger Beachtung des Prinzips der Bildung durch Wissenschaft können Erfahrungen aus der DDR verwertet werden - positive wie negative. Auch die deutliche Trennung zwischen grundständigen Studiengängen, die mit dem Diplom oder mit dem Magistergrad abgeschlossen werden, einerseits und Aufbaustudien und anderen Weiterbildungsstudien der Hochschule andererseits kann im Gesetz verankert werden. Entsprechendes gilt für Prüfungsordnungen mit eindeutigen Fristen von Prüfungen und Pflichten der daran Beteiligten, seien es Prüfungskandidaten oder Prüfern, sowie für die Verpflichtung der Hochschulen zur Aufstellung von Studienordnungen. Letztere müssen nach dem Gesetzentwurf künftig einen Studienablaufplan als Empfehlung für die zeitliche Abfol-

ge der für die Prüfungen notwendigen Lehrveranstaltungen enthalten - eine Festlegung, die Lernenden und Lehrenden als Bezugsrahmen dienen soll. Schließlich werden regelmäßige Lehrberichte wie auch Forschungsberichte den Hochschulen verpflichtend vorgeschrieben. Diese und andere Bestimmungen scheinen uns unverzichtbar, um mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß die Lehre den ihr gebührenden Stellenwert erhält und daß die Hochschulen nicht zu Lasten der Nachrückenden als Wartesaal oder Parkplatz mißbraucht wird. Zugleich sind wir uns dessen wohl bewußt, daß für einen ordnungsgemäßen Studienbetrieb den Arbeitsbedingungen für Lehrende und Lernende sowie dem Wohnangebot für Studenten eine überragende Bedeutung zukommt. So naiv die Auffassung wäre, man könne solche Einsicht aus dem Feld der Politik in das der juristischen Normierungen übernehmen, so borniert wäre es, die Fülle von Schwierigkeiten zu übersehen, die sich hinter der abstrakten Entlastungsformel des Gesetzes "aus von dem Studenten nicht verantwortbaren Gründen" konkret verbergen können. In diesem Punkte, wie natürlich auch in anderer Hinsicht kann das Hochschulgesetz wie jedes andere Gesetz nur im Spannungsfeld der praktischen Politik und im Kontext der Wirklichkeit begriffen und mit Leben erfüllt werden. Ein Hochschulgesetz kann Hochschulpolitik nicht ersetzen, noch ist ein Wundermittel gegen finanzielle Zwänge.

Viel enger und den vielfältigen Reformüberlegungen geradezu entgegenstehend ist dagegen das geltende Hochschulrahmenrecht wie auch der Staatsvertrag zwischen den Ländern in Bezug auf den Hochschulzugang. Hier ist dringend eine bundesgesetzliche Änderung geboten, um der derzeitigen jedem Wettbewerbs- und Leistungsgedanken hohnsprechenden Stu-

dentenverteilung auf der Basis von Durchschnittszensuren ein Ende zu bereiten. Vorerst kann hier ein Landesgesetz im wesentlichen nur im Blick auf künftige Entwicklungen die Möglichkeit schaffen, bestimmte Fächer im Rahmen der allgemeinen oder der fachgebundenen Hochschulreife als für einen konkreten Studiengang notwendig zu definieren sowie die Feststellung vom Abitur nicht erfaßter Leistungsdispositionen durch die Hochschulen zu ermöglichen. Immerhin könnte die erstgenannte Bestimmung jedenfalls bei den nicht über die ZVS laufenden Studiengänge ermöglichen, wenigstens auf Landesebene die offenbar längst vergessene Soll-Vorschrift des Staatsvertrages über die Gewichtung der Abiturnoten neu zu beleben. Aber das entscheidende bleibt hier auf der gesamtdeutschen Ebene noch zu tun. Die Einführung eines wettbewerbsorientierten Modells des Hochschulzugangs ist eines der wesentlichen Elemente, wenn nicht das wesentliche Element für die Gesundung der Hochschule im größeren Teil Deutschlands. Für Sachsen ist dies vorerst kein aktuelles Problem, weil wir unsere Studentenzahlen nicht erhöhen können und wollen, doch wäre es kurzfristig, sich nicht rechtzeitig um eine Veränderung zu bemühen, zumal sich die Forderung nach einer Erhöhung der Verantwortung der Hochschule für die Auswahl unter den Studienbewerbern in fast allen Reformvorschlägen findet.

Deutlicher als auf dem Gebiet von Forschung und Lehre sind die Grenzen des geltenden Hochschulrahmenrechts auch im dienstrechtlichen Teil des Gesetzesentwurfs. Zwar werden hier unsere Bemühungen deutlich, im Gegensatz zum Hochschulrahmenrecht und zu den Hochschulgesetzen der alten Bundesländer keine Präferenz für den beamtenrechtlichen Status der Hochschullehrer wie auch des

übrigen Hochschulpersonals festzuschreiben, sondern generell alle rechtlichen Möglichkeiten von der Verbeamtung bis zum befristeten Angestelltenverhältnis vorzusehen, um der Hochschulpolitik flexible Entscheidungen zu ermöglichen. Dennoch wird dadurch die Forderung nach einem speziellen Dienstrecht für den akademischen Bereich, daß sachgemäßere und vor allem stärker leistungsorientierte Entscheidungen ermöglicht, nicht gegenstandslos. Wegen der unübersehbaren Rolle von Besitzständen im akademischen Leben kann es hier keinen Sonderweg für ein einzelnes deutsches Bundesland geben. Die Chance, die sich aus dem vorhersehbaren umfangreichen Wechsel innerhalb der deutschen Professorenschaft während eines relativ kurzen Zeitraums ergibt, kann nur durch ein gesamtdeutsches Dienstrecht genutzt werden. Dagegen ist es landesgesetzlich durchaus möglich, die Aufgaben des Hochschulpersonals präziser und damit auch kontrollierbarer zu definieren. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der künftigen Stellung des Mittelbaus. Allerdings ist "Mittelbau" genau genommen ein Oberbegriff für befristete und unbefristete Hochschulmitglieder, die nicht Hochschullehrer sind. Es erscheint nicht sinnvoll, die beträchtlichen Unterschiede in der Interessenlage und Lebensperspektive zu übersehen, die zwischen den befristeten Assistenten und Oberassistenten einerseits und den auf unbefristeten Funktionsstellen tätigen wissenschaftlichen Mitarbeitern andererseits bestehen, zu ignorieren oder gar planmäßig zu nivellieren. Auch kann nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden, daß die zeitliche Befristung der Assistenz und der Oberassistenz eine wesentliche Bedingung für die Entwicklungsfähigkeit der Hochschulen ist und bleiben muß. Das wesentliche Motiv der Assistenten und Oberassistenten ist notwendigerweise die

persönliche Qualifikation als Vorbereitung auf eine spätere Tätigkeit - sei es als Hochschullehrer, sei es außerhalb der Hochschule -, d.h. für ein Ziel nach dem Ablauf des befristeten Dienstverhältnisses. Daran empfängt die Hochschule einen wesentlichen Teil ihrer inneren Bewegungskraft. Wer diese Befristung beseitigt, verwandelt die Hochschule - ob er es will oder nicht - in einen zunehmend erstarrenden Apparat. Eine völlig andere Frage ist es dagegen, ob wissenschaftlich ausgewiesene, lehr- und lebenserfahrene Mitarbeiter neben den Hochschullehrern eine für den Erfolg der akademischen Lehre sinnvolle oder gar notwendige Funktion erfüllen, die dann zweckmäßigerweise in einem unbefristeten Dienstverhältnis erfolgt. Die Erfahrungen aus der DDR sprechen eindeutig für eine gewisse Anzahl solcher unbefristeter Mitarbeiter. Allerdings deutet die gelegentlich mit dem Eifer von Glaubenskriegen geführte Debatte über den Sinn von unbefristeten Mitarbeitern auch darauf hin, daß sich hier nicht nur sehr unterschiedliche persönliche Auffassungen, sondern auch durch die Erfordernisse des jeweiligen Studienfachs bedingte Einsichten manifestieren. Jedenfalls täte eine Entideologisierung der Auseinandersetzung dringend not. Man wird schwerlich übersehen können, daß es unrealistisch ist, die Zahl der Professoren proportional zur Zahl der Studenten zu erhöhen. Da dies unvermeidlich zu einer Ausdifferenzierung der Forschungsgebiete führt, erweitern sich zwangsläufig die Lehrangebote pro Studiengang, was der unerläßlichen Begrenzung der Studienzeiten diametral entgegensteht. Primär ist dies jedoch keine Frage des Hochschulrechts, sondern der Hochschulpolitik und der finanziellen Möglichkeiten, vorausgesetzt, man schafft nicht völlig neue Personalkategorien wie den Lehrprofessor, was m.E. ein Irrweg wäre. Stattdessen flexibilisiert der sächsische

Gesetzentwurf die dienstrechtliche Stellung der unbefristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Weise, daß er in begründeten Fällen auch die Übertragung von selbständig wahrzunehmenden Aufgaben in Lehre und Forschung und in gesetzlich genau definierten Ausnahmen die Übertragung von Hochschullehrerrechten möglich macht.

Der Entwurf des Sächsischen Hochschulgesetzes hält an der bereits durch das Hochschullehrerergänzungsgesetz eingeführten verfaßten Studentenschaft fest und berücksichtigt die bisher damit gesammelten Erfahrungen. Die Veränderungen bewegen sich in diesem Rahmen. Einerseits wurden die Bestimmungen vereinfacht und dadurch insbesondere für die Studenten kleinerer Hochschulen handhabbarer gemacht. Andererseits wurden jene Elemente weiterentwickelt, die für die Studentenräte in Sachsen charakteristisch sind und sich in den beiden letzten Jahren bewährt haben. Das sind erstens die Bildung des Studentenrates aus den Fachschaftsräten heraus und zweitens die enge Beziehung zwischen den Gremien der Studentenschaft und den studentischen Vertretern in den Hochschulgremien. Durch beide Elemente wird die Wirksamkeit der studentischen Interessenvertretung und der studentischen Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen in der Hochschule erhöht.

Auch die Bestimmungen für die Wahlen knüpfen an die bisherigen Erfahrungen an. Zur Wahl stellen sich grundsätzlich Persönlichkeiten, entweder auf Einervorschlägen oder auf Listenvorschlägen. Auch im Fall von Listen bestimmt der Wähler den Kandidaten, der seine Stimme erhalten soll. Durch die Festlegung, daß jeder Wähler über drei Stimmen verfügt, wird ein differenzierendes Wahlverhalten ermöglicht.

Um die Autorität der Hochschulwahlen zu erhöhen, sieht der Entwurf nur eine Direktwahl vor, nämlich des Fakultätsrates bzw. für die Studenten des Fachschaftsrates, der seinerseits die studentischen Vertreter im Fakultätsrat wählt. Die Gesamtheit der Mitglieder der Fakultätsräte, deren Zahl von der relativen Größe der Fakultät abhängig ist, bilden das Konzil, das seinerseits den Rektor, die Prorektoren und die Gruppenvertreter im Senat wählt. Durch diese Modell sollen Gruppenprinzip und Fachprinzip sinnvoll ineinander integriert und die Bedeutung der Hochschulwahlen und der aus ihr direkt oder indirekt hervorgehenden Hochschulgremien für die Angelegenheiten der Hochschule und ihrer Mitglieder verstärkt und für jeden deutlich gemacht werden. Dem entspricht die Bestimmung, daß die Amtszeit des Rektors und der Prorektoren sowie der Dekane und der Prodekane mit den Wahlperioden der Hochschulgremien übereinstimmen muß.

Die tragenden Säulen der Hochschule sollen die Fakultäten bzw. in den Fach- und Kunsthochschulen die Fachbereiche sein. Damit soll zugleich der Atomisierung der Hochschule in einzelne Fachgebiete entgegengewirkt werden. Allerdings ergibt sich daraus unvermeidlich ein unterschiedlicher Homogenitätsgrad der Fakultäten. Daher gibt der Gesetzentwurf den Fakultäten, die mehrere Fachrichtungen (Fächerkomplexe) umfassen, die Möglichkeit zur Bildung entsprechender Fachausschüsse, die dem Fakultätsrat zugeordnet sind. Der Gesetzentwurf verwirklicht die in der Hochschuldebatte vielfach erhobene Forderung nach "starken Dekanen", in dem diesen klare Haushalts- und Personalkompetenzen zugewiesen sind und für sie eine dreijährige Amtszeit mit anschließendem Forschungsfreiemester und eine unterstützenden Verwaltungskraft vorge-

sehen werden. Konsequenterweise haben auch alle Dekane Sitz und Stimme im Senat.

Ein weiteres Charakteristikum des sächsischen Gesetzesentwurfs ist eine klare Kompetenzverteilung zwischen Senat und Rektoratskollegium. Der Senat ist direkt oder im Zusammenwirken mit den Fakultäten für alle Fragen zuständig, die mit der Qualität und der Organisation der Lehre und Forschung zusammenhängen, bis hin zur Stellungnahme zu Berufungsvorschlägen und zur Bestätigung von Fakultätsordnungen. Das Rektoratskollegium ist dagegen für die gesamte Haushalts-, Investitions- und Personalplanung zuständig bis hin zur Neuzuweisung freier Professuren in der Hochschule. Es besteht aus dem Rektor und den auf dessen Vorschlag gewählten Prorektoren ("der Rektor und seine Mannschaft"), die unterschiedlichen Fakultäten angehören sollen. Dazu tritt der mit wichtigen Vollmachten ausgestattete Kanzler, der vom Minister mit Zustimmung des Rektoratskollegiums und nach Anhörung des Senats für eine längere Amtszeit bestellt wird. Während also der Senat als ein akademisches Gremium gedacht ist, das zur Entscheidung von inhaltlichen Fragen das Fachprinzip und das Gruppenprinzip miteinander verbindet, könnte man das Rektoratskollegium mit dem Vorstand eines Unternehmens vergleichen, das sich in seinen Entscheidungen am Gesamtinteresse der Hochschule orientieren kann. Die Analogie könnte fortgesetzt werden in bezug auf das im Gesetzentwurf vorgesehene Kuratorium, das eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Aufsichtsrat aufweist. Im Unterschied zu bestehenden Hochschulkuratoren in Deutschland soll es nicht aus Interessenvertretern oder Partei- und Verbandsrepräsentanten, sondern ausschließlich aus unabhängigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft oder Verwal-

tung bestehen, die Erfahrungen im Hochschulleben haben, sich mit dieser Hochschule verbunden fühlen, ihr aber nicht oder nicht mehr angehören. Die Kuratoren werden vom Minister im Einvernehmen mit dem Rektoratskollegium und nach Anhörung des Senats ernannt. Das Kuratorium hat in erster Linie beratende und bewertende Funktion, in dem es das Rektoratskollegium in der Wahrnehmung seiner Aufgaben unterstützt und auf die Durchführung und Auswertung interner und vor allem externer Evaluationen achtet. Es kann aber auch, wenn es dies für notwendig erachtet, den vom Rektoratskollegium erarbeiteten Haushaltsplan nach Anhörung von Senatsvertretern zurückweisen und den Minister zur Entscheidung anrufen. Diese Bestimmung erhält ihren Sinn in dem Versuch des Gesetzentwurfes, trotz der schwierigen Haushaltslage soweit wie möglich den Vorschlägen zur Flexibilisierung des Hochschulhaushaltes zu folgen und darüber hinaus Experimentierklauseln vorzusehen, die für einzelne Hochschulen weitergehende Modelle zur Erprobung ermöglichen.

Wer heute in Deutschland den Entwurf eines Hochschulgesetzes vorlegt, muß sich mit der Frage der Paritäten auseinandersetzen. Diese Thema wird seit mehr als zwanzig Jahren über Gebühr strapaziert und gilt fälschlicherweise als Testfall für Demokratieverständnis. Der Gesetzentwurf geht von der durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Professorenmehrheit aus, weil dies der vom Grundgesetz garantierten Freiheit von Lehre und Forschung entspricht und weil eine Universität oder Hochschule, deren Professoren nicht aufgrund ihrer persönlichen und fachlichen Eignung eine besondere Verantwortung übertragen werden kann und muß, den Einsatz öffentlicher Gelder nicht lohnt und besser geschlossen werden

sollte. Das hat überhaupt nichts mit der immer wieder behaupteten Rückkehr zur Ordinarienuniversität zu tun. Ein solches Argument kann nur für den glaubwürdig sein, der die Beziehungen zwischen den Hochschulgruppen in marxistischen Klassenkampf begriffen interpretiert. Die alltäglich in jeder Hochschule unschwer zu beobachtende Wahrheit ist dagegen, daß die Hochschullehrer diejenige Gruppe sind, die in Gremien die geringste Geschlossenheit aufweist. Wahr ist allerdings auch, daß Professoren in der Versuchung stehen, motiviert durch Erkenntnisinteresse und Wunsch nach Anerkennung in der scientific community, ihr Engagement in der Forschung über das in der Lehre zu setzen. Dagegen helfen aber keine Gremienparitäten, wie alle Erfahrung lehrt, sondern konkrete Schritte im Interesse der Lehre. Diesem Ziel dienen eine Reihe von Regelungen im sächsischen Gesetzentwurf. Es sind dies erstens neben der bereits erwähnten präzisen Definition der dienstlichen Aufgaben und Verpflichtungen Vorschriften zur Erhöhung des Stellenwertes der Lehre bei Habilitationen und Berufungen, insgesamt also Regelungen, die sich auf den einzelnen Hochschullehrer beziehen. Es ist dies zweitens die Bildung von drittelparitätisch zusammengesetzten Studienkommissionen für jeden Studiengang, die der Erarbeitung und ständigen Kontrolle der Studienablaufpläne und der konsensorientierten Erörterung aller Fragen dienen, die mit dem ordnungsgemäßen Studienangebot zusammenhängen. Hier soll auch die Erarbeitung der vom Fakultätsrat zu beschließenden Lehrberichte erfolgen, wobei die Einbeziehung der Ergebnisse von Befragungen der Studenten über die Qualität der Lehrveranstaltungen ausdrücklich erwähnt wird. Studiendekane als Beauftragte des Dekans, die für ihr Wirken eines besonderen Vertrauensverhältnisses zur Studentenschaft

bedürfen, verantworten im Zusammenwirken mit den Studienkommissionen die begleitende und beratende Unterstützung der Studenten im Studienprozeß. Die Studenten haben das gesetzlich garantierte Recht, sich in Fällen eines nicht ordnungsgemäßen Lehrangebots und Studienbetriebes beschwerdeführend an den zuständigen Studiendekan zu wenden und die Beratung ihrer Beschwerde in der Studienkommission zu beantragen. Die Einrichtung der Studiendekane und der Studienkommissionen sollen die gesetzlich fixierte Verantwortung des Dekans und des Fakultätsrates durch ihre sich an den konkreten Studienproblemen orientierende Arbeit studentennah untersetzen.

Ziel des neuen Sächsischen Hochschulgesetzes ist die Wiederherstellung der akademischen Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Universitäten und Hochschulen als die der Freiheit von Lehre, Studium und Forschung angemessene rechtliche Ordnung. Dies ist bereits in sich ein großer Wert, doch reicht ein solches Ziel nicht aus, um den Herausforderungen, denen sich die Hochschule in unserer Zeit gegenüber sieht, gerecht zu werden. Um der akademischen Autonomie einen Sinn zu geben, bedarf es der Kriterien der Handlungsfähigkeit und Studienfreundlichkeit. Die Hochschule muß durch ihre Struktur handlungsfähig sein, um ihre Eigenverantwortung auch wahrnehmen zu können. Wer das Recht von Minderheiten, Entscheidungen von akademischen Gremien nach ideologischen Prinzipien blockieren zu können, für ein Kriterium von Hochschul-

demokratie hält, entzieht der Hochschulautonomie den Boden und fördert faktisch die Einengung ihrer Freiräume durch Verechtlichung und Bürokratisierung. Die Hochschule muß stets beachten, daß sie innerhalb weniger Jahre über die Lebenschancen von Millionen junger Menschen entscheidet. Deren Erwartung lautet: Bildung durch Wissenschaft für künftige Aufgaben und Chancen. Dieser Erwartung können und sollen natürlich auch Gremienbeschlüsse dienen. Verwirklichen kann sich eine solche Erwartung nur im Hörsaal, im Labor, im Seminarraum. Es ist töricht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen den konkreten Zwecken eines Studiengangs und der Hochschule als Ort geistiger Auseinandersetzung, genau wie es töricht ist, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen der konkreten Forschung und dem menschlichen Erkenntnisdrang. Nur diejenige Hochschule wird als geistiges Zentrum der Gesellschaft eine Rolle spielen können, die sich durch ihre Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung Ansehen erworben hat. Weder der geistige Rang einer Hochschule noch die Qualität ihrer Lehre und Forschung kann durch ein Hochschulgesetz installiert werden. Aber das Gesetz kann ein fördernder Rahmen oder ein beengendes Reglement oder aber auch eine wohltonende Handreichung für die Herbeiführung des Chaos sein. In der Wahl zwischen diesen Möglichkeiten liegt seine Bewährungsprobe.

*Hans Joachim Meyer, Prof. Dr. phil.,
Anglist, ist Sächsischer Staatsminister für
Wissenschaft und Kunst*

Finanzautonomie in NRW

Erste Erfahrungen an der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal

1. Deregulierung und Finanzautonomie

Das enorme Anwachsen der Studierendenzahlen seit Ende der 70er Jahre und die wissenschaftspolitische Entscheidung des Offenhaltens der Hochschulen hat zu einer Überlast des tertiären Bildungssystems geführt, die einen weiteren Ausbau in sächlicher und personeller Hinsicht unbedingt erforderlich macht. Angesichts der Finanznöte bei den öffentlichen Haushalten sind aber auch Anstrengungen zur Erhöhung der Effektivität der vorhandenen Ressourcen notwendig, denn die Hochschulen als Großorganisationen haben diesem Gesichtspunkt in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Verursacht wurde dies u.a. dadurch, daß sie eine spezifisch dezentrale Binnenstruktur und Leistungsmerkmale aufweisen, die für die herkömmlichen Kriterien der Wirtschaftlichkeit schwer zugänglich sind. Außerdem schafft die weitestgehend staatliche Finanzierung auf der Grundlage der kame-

ralistischen Haushaltsführung keine Anreize zu einer möglichst effektiven Mittelverwendung in den Bereich mit den dringenden Bedarfen. Hinzu kommt, daß die zunehmenden Verrechtlichungen der öffentlichen Angelegenheiten und damit auch der Hochschulen, selbst dann, wenn effektive Mittelverwendungen angestrebt werden, erhebliche Dispositionsschranken darstellen. Daher bedarf es nachhaltiger Deregulierungen im Hochschulwesen im Bereich der Rechtssetzungen und der Haushaltsführung, die erst dann ihre Wirksamkeit entfalten können, wenn sie parallel betrieben werden. In einigen Bundesländern hat eine Deregulierungsdiskussion in ersten Ansätzen begonnen, die auf der Haushaltsseite zunächst auf Modellversuche für mehr Finanzautonomie hinauslaufen. Eine vergleichsweise weitgehende Variante wird in Nordrhein-Westfalen praktiziert.

2. Der Modellversuch "Hochschule und Finanzautonomie" in Nordrhein-Westfalen

Seit Jahresbeginn 1992 läuft an der Ruhr-Universität Bochum und der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal ein auf fünf Jahre befristeter Modellversuch "Hochschule und Finanzautonomie". In dem etwa einjährigen Diskussionsvorlauf hatte vor allem der Finanzminister seine Bedenken gegenüber einem erweiterten autonomen Handlungsspielraum der

Hochschulen artikuliert. Die beiden Hochschulen können nunmehr in diesem Zeitraum selbständigere finanz- und personalwirtschaftliche Entscheidungen treffen, die an jedem Standort innerhalb der einheitlichen Rahmensetzungen individuell ausgestaltet werden können. Dadurch soll erreicht werden, daß ausreichende Erfahrungen über die Wirkungsweise der Fi-

nanzautonomie bei der nach fünf Jahren vorgesehenen Übertragung der Finanzautonomie auf alle Hochschulen in NRW vorliegen.

Die beiden Hochschulen erhalten auch während der Versuchsdauer ihren vollen Etat und partizipieren weiterhin wie alle anderen Hochschulen an den, z.B. tariflich bedingten Erhöhungen und Sonderzuweisungen. Allerdings ist die Übertragbarkeit von Finanzmitteln auf das nächste Haushaltsjahr vom Finanzminister nicht akzeptiert worden. Dennoch ergeben sich eine Reihe von autonomen Finanzentscheidungen innerhalb der Hochschulen:

(a) Im Rahmen des Modellversuchs besteht zwischen den einzelnen Titeln eine weitgehende Deckungsfähigkeit. Insbesondere kann zwischen den Titelgruppen 4, 5, und 8 fast durchgehend umgeschichtet werden. Baumaßnahmen und die Bibliotheksmittel sind nicht einbezogen.

(b) Die Deckungsfähigkeit besteht auch für die Personalausgaben. Für unbesetzte Stellen wird der Hochschule ein pauscha-

ler Betrag zugewiesen, den sie im Rahmen der erweiterten Deckungsfähigkeit verwenden kann.

(c) Bei der Verwendung von eingesparten Mitteln aus dem Personal- und Sachbereich können auf fünf Jahre befristet 5% mehr temporäre Personalstellen geschaffen werden und ebenso können aus den Personalmitteln Sachausgaben getätigt werden.

(d) Die Mehreinnahmen, die die Hochschule - z.B. Gasthörergebühren, Hörsaalvermietung - erwirtschaftet, müssen nicht mehr an das Land abgeführt werden, sondern verbleiben der Hochschule zur eigenen Disposition.

(e) Die Haushaltsführung auf Landesebene wurde durch Zusammenlegung der Titel auf einige wenige vereinfacht, d.h. "Rumpfkapitel" gebildet und durch Beilagen ergänzt. Um die Vergleichbarkeit mit anderen Hochschulen zu sichern und die Veränderungen der Finanzströme beobachten zu können, wird auf Hochschulebene das bisherige, stark gegliederte Titelgerüst verwendet.

3. Erste Erfahrungen mit der Finanzautonomie in Wuppertal

An der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal wurden bereits in der Vorlaufphase während des Jahres 1991 die mögliche Handhabung des Modellversuchs innerhalb der Hochschule eingehend diskutiert und interne Durchführungsgrundsätze erarbeitet. Diese waren bei den abschließenden Verhandlungen mit dem MWF von Bedeutung, weil aufgrund fehlender Erfahrungen erst dadurch absehbar war, welche Veränderungen im Entscheidungsverhalten der Gremien und bei den Finanzströmen eintreten könnten. Beispielsweise war nicht einschätzbar, ob die Entscheidungsfreiheit zur Nichtbesetzung von Stellen führt und dafür verstärkte Gerätebeschaffungen erfolgen oder um-

gekehrt. Weiter war vorab zu berücksichtigen, in welchen Umfang die Fachbereiche und Zentralen Einrichtungen ihre Ausgabengestaltung kurzfristig oder auf längerfristige Projekte orientieren, die über mehr als ein oder zwei Jahre sukzessive zu finanzieren sind. Außerdem war die Aufteilung der Mittel, die aus der Pauschalzuweisung für unbesetzte Stellen zufließen, zwischen Fachbereichen bzw. Zentralen Einrichtungen und dem Rektorat festzulegen. Damit entstand auch für das Rektorat die Frage, unter welchen Bedingungen aus der entstehenden Rektoratsreserve Projekte der Fachbereiche mitfinanziert werden sollen oder hochschulübergreifende Projekte, die wiederum kurz- oder mittelfri-

stig sein können, realisiert werden sollen. Und schließlich war einzuschätzen, ob die Verwaltungskapazitäten auf allen Ebenen der Hochschule dem bereits absehbaren zusätzlichen Abwicklungsaufwand bewältigen können.

Aufgrund der Antizipation dieser potentiellen Veränderungen wurden in allen Gremien die Durchführungsgrundsätze diskutiert und gemeinsamen mit Ausführungshinweisen den Fachbereichen und Zentralen Einrichtungen als Dispositionsrahmen vorgegeben. Im abgelaufenen Jahr, das - nicht zuletzt wegen des erst im März 1992 erfolgten faktischen Anlaufens - teilweise noch als Anlaufphase zu betrachten ist, ergaben sich folgende Erfahrungen:

(a) Eine generelle Bewegung der bisherigen Finanzmittel von den Personalausgaben zu den Sachausgaben ist nur in geringem Umfang feststellbar, d.h. es ist keine erkennbare Grundtendenz zur Nichtbesetzung von Stellen vorhanden. Die Schaffung von zusätzlichen temporären Stellen bewegt sich noch deutlich unter der vorgegebenen Grenze von 5% der gesamten Planstellen.

(b) Aufgrund der Ausfinanzierung der unbesetzten Stellen mit Pauschbeträgen, werden die dadurch verfügbaren Mittel vorwiegend für bestehende Engpässe bei den Hilfskraftstellen und in geringerem Umfang für Sachmittelausgaben, insbesondere im DV-Bereich getätigt. Die Ausgaben erfolgen vorwiegend zur Verbesserung der Lehrbedingungen.

4. Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten

Der Modellversuch hat sich - soweit dies nach dem ersten Jahr beurteilt werden kann - fast durchgehend bewährt. Das weitaus wichtigste Defizit ist die Nicht-Übertragbarkeit der Mittel in das nächste Haus-

(c) Der Aufwand der zentralen Hochschulverwaltung für die Abwicklung des Modellversuchs nimmt vor allem im Haushaltsdezernat und auch im Personaldezernat erheblich zu. Daher mußten - teils ohnedies bestehende - Personalengpässe durch die Schaffung von zusätzlichen temporären Verwaltungsstellen vermindert werden.

(d) Die Fachbereiche haben ihre Ausgabenstruktur vor allem zur Beseitigung von akuten Engpässen verändert. Längerfristige Projekte wurden nur in Ausnahmefällen und zunächst nur bei finanzieller Unterstützung durch zusätzliche Rektorsmittel in Angriff genommen.

(e) Das Rektorat konnte durch die restriktive Haltung bei der Mitfinanzierung von kleineren Fachbereichsprojekten einige größere fachbereichsübergreifende, teils mehrjährige Projekte (z.B. Einrichtung eines neuen Studienganges) in Angriff nehmen. Der größere Teil der Rektorsmittel mußte jedoch für die Beseitigung der vielfachen, über längere Zeit aufgelaufenen kleineren Defizite verwendet werden, die in den nächsten Jahren zurückgehen dürften.

(f) Ein erhebliches Problem ist die fehlende Übertragbarkeit der eingesetzten Mittel auf das nächste Haushaltsjahr. Da dies für alle Ebenen der Hochschule gilt, mußte es fast unverändert zu den üblichen Schwierigkeiten der Haushaltsabwicklung am Jahresende kommen. In gewissem Umfang erfolgte eine gegenseitige "Kreditvergabe" zwischen den Fachbereichen, die die Verausgabungsprobleme am Jahresende aber kaum verringert haben.

haltsjahr. Dadurch wird auch der mögliche Planungshorizont der Fachbereiche, Zentralen Einrichtungen und des Rektorates eingeschränkt. Die hochschulinterne "Kreditvergabe" als ein schmaler Ausweg, dürfte

kaum eine Linderung bringen, weil selbst bei einer kohärenten jahresweisen Ausgabenplanung die Nichtverausgabung von Mitteln erst gegen Jahresende abschätzbar ist und die potentiell kreditnehmenden Fachbereiche ihre Planungen nicht kurzfristig darauf abstimmen können. Gleiches gilt für die Beziehungen zwischen den Fachbereichen und dem Rektorat. Ein Ausweg wäre eine begrenzte Übertragbarkeit der Mittel im Umfang von nicht mehr als 1% des Hochschulhaushaltes, weil damit auch die Befürchtungen von größeren Haushaltsverschiebungen seitens des Finanzministers ausgeräumt wären.

Als zweites Problem ist der steigende Personalbedarf der zentralen Hochschulverwaltung im Haushalts- und Personaldezernat zu nennen, der auch nach einer längeren Versuchsphase nur geringfügig zurückgehen dürfte. Der gegenwärtige Verwaltungsaufwand in den Fachbereichen dürfte dagegen mit zunehmender Erfahrung und mit Hilfe des verstärkten DVEinsatzes zurückgehen.

Der Gremienaufwand auf den dezentralen Ebenen hat nicht wesentlich zugenommen, weil im ersten Jahr noch mehr ad-hoc-Entscheidungen als jahresbezogene Planungen erfolgten. Die künftig stärker planerische Gestaltung wird aber auch intensivere Diskussionsprozesse über die Prioritäten auslösen. Die dadurch entstehenden Konflikte, die im ersten Jahr noch kaum aufgetreten sind, könnten aber bei entsprechender Kompromißbereitschaft einen Impuls zur effektiveren Verwendung der Mittel nach dringenden Bedarfen auslösen. Dieses Ziel dürfte aber erst frühestens in ein bis zwei Jahren erreicht werden.

Das Rektorat gewinnt durch die vergrößerte Rektorsreserve, die es durch die Aufteilungsquoten zwischen dezentralen Einheiten und dem Rektorat beeinflussen kann, mehr Handlungsspielräume. Dadurch steigt auch die Verantwortung für die Hochschulentwicklung, weil sie die Projekte der Fachbereiche durch deren Mitfinanzierung beeinflussen kann und geeignete hochschulweite Projekte auswählen muß. Die Finanzautonomie erfordert daher klarere Vorstellungen über die mittelfristige Hochschulentwicklung.

Indem die Finanzautonomie, auch in der Form des Modellversuches in Nordrhein-Westfalen, deutlich mehr Entscheidungsfreiheit für die Hochschule bedeutet, nehmen auch die Gestaltungsaufgaben zu. Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt sich diese Autonomie und die steigende Verantwortung günstig auf die Effektivität der Mittelverwendung aus. Sie kommt aber wegen der für die Studierendenzahl generell völlig unzureichenden Mittelzuweisungen nicht voll zum Tragen. Ein besonders störender Faktor ist hierbei, daß die zusätzlichen Ressourcen den Hochschulen in Form von Sonderprogrammen u.ä. zufließen, die kaum im voraus von den Hochschulen abschätzbar sind und die Entwicklungsvorstellungen durchkreuzen können. Daher ist das skizzierte Konzept der Finanzautonomie zwar ein wichtiger Baustein für mehr Autonomie der Hochschulen, er muß aber ergänzt werden durch einen Abbau der ad-hoc-Sonderprogramme und eine weitgehende rechtliche Deregulierung.

Erich Hödl, Prof. Dr. rer.pol., Volkswirtschaftler, ist Rektor der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal

In Ostdeutschland gab bzw. gibt es fünf verschiedene Arten von Berufsvereinigungen im Wissenschaftsbereich bzw. wissenschaftlichen Gesellschaften: (a) bereits in der DDR existierende und mit dieser eingegangene, (b) gleichfalls schon in der DDR bestehende und anschließend mit dem/einem westdeutschen Pendant fusionierte Vereinigungen, (c) auch in der DDR existierende und nach deren Ende bis heute (und darüber hinaus) fröhlich weiterbestehende Organisationen, (d) nach dem Herbst '89 gegründete und zwischenzeitlich wieder aufgelöste sowie (e) ebenfalls nach dem Herbst '89 gegründete und aber fortexistierende Vereinigungen. Wir stellen in den nächsten Heften einige dieser Organisationen in Selbstdarstellungen vor. Heute beginnen wir die Artikelserie mit einem Beispiel für Variante (c): Die Kammer der Technik als Berufsverband von Ingenieuren und Ingenieurwissenschaftlern war bereits in der DDR eine sehr aktive Vereinigung (keine "Kammer" im organisationsrechtlichen Sinne) und behauptet sich als Ingenieurtechnischer Verband KDT e.V. erfolgreich in den neuen Verhältnissen.

Heinz Zenker (Berlin):

Der INGENIEURTECHNISCHE VERBAND KDT e.V. Tradition und Perspektiven

Ein neuer Anfang

Die ehrenamtlich, technisch-wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit hat in Deutschland eine große Tradition für die Entwicklung der Technik. Der Verdienst, sie organisiert zu haben, kommt den technisch-wissenschaftlichen Vereinen zu.

Nach dem 2. Weltkrieg zeigte sich in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet eine völlige Leere. Die technisch-wissenschaftlichen Vereine wurden hier, auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 2 des Allier-

ten Kontrollrates, für ungesetzlich erklärt und waren somit der Auflösung verfallen. Ausgehend von dieser Situation bereiteten engagierte Ingenieure die Bildung eines Ingenieurvereins auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone vor. Am 2. Juli 1946 wurde mit Genehmigung der sowjetischen Militärverwaltung die Kammer der Technik (KDT) gegründet, mit der Berechtigung, eine eigene Zeitschrift herauszugeben.

Mit der Gründung der KDT wurde eine

Organisation geschaffen, die einerseits ihre freiwillige technisch-wissenschaftliche Tätigkeit uneingeschränkt in den Dienst des Friedens und Fortschritts der Zivilisation und Kultur stellte, andererseits die Erfolge und guten Traditionen deutscher Ingenieurarbeit weiterführen sollte. Die Gründungs-

mitglieder sahen die wichtigsten Aufgaben im Verbreiten der Ergebnisse von Wissenschaft, Forschung und Praxis, im Aktivieren der Forschung in in der praktischen Auswertung ihrer Ergebnisse sowie in der fachlichen Einflußnahme auf Lehrpläne und Lehraufträge der Bildungsstätten.

Die Leistungen

Seit Gründung der KDT hat sich die festgelegte Zielstellung nicht verändert. Sie war auch in der ehemaligen DDR Inhalt der Arbeit. Darüber hinaus konnte der mit Gründung der KDT postulierte Grundsatz, ohne parteipolitische Bildung im Interesse der Wissenschaftler und Ingenieure zu wirken, in vielfältiger Weise bewahrt werden.

Natürlich unterlag der Verband, wie übrigens alle Verbände und Organisationen in der ehemaligen DDR, einem Parteieinfluß. Es gab keinen gesellschaftlichen Bereich, der hiervon nicht betroffen war. Doch konnte sich die KDT diesbezüglich einen relativ großen Freiraum für ihre fachkompetente Arbeit bewahren, denn der wissenschaftlich-technischen Intelligenz wurde durch das alte System nur wenig politische Bedeutung beigemessen. Der KDT wurde somit in der DDR eine untergeordnete Rolle zugewiesen, und sie erhielt deshalb auch keine finanziellen Zuwendungen vom Staat.

Viele Angehörige der technischen Intelligenz erkannten dies, wurden Mitglied der KDT und sahen Möglichkeiten, technische und wissenschaftliche Fragen ohne Bevormundung unter Fachkollegen zu erörtern, Erfahrungen auszutauschen und Ergebnisse einer Lösung zuzuführen. Hier bot die Kammer der Technik eine echte Alternative zum herrschenden politischen System. Die KDT hatte im März 1990 297.000 Mitglieder (etwa 30 % aller Ingenieure). Die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und Mitwirkung im Verband war und ist Grundsatz ihrer Tätigkeit.

Das Hauptfeld der Tätigkeit der KDT war

und ist die Förderung der wissenschaftlich-technischen Arbeit, insbesondere der interdisziplinären Zusammenarbeit sowie der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der technischen Wissenschaften.

In Umsetzung dieser Tätigkeitsfelder wurden beispielsweise 1988 durch die KDT 3.545 Lehrgänge mit 93.790 Teilnehmern, besonders zur Mikroelektronik, zu CAD/CAM, zur Meß- und Automatisierungstechnik, zur Biotechnologie, zu neuen Werkstoffen, zur Energieökonomie, zur Qualitätssicherung und zum Umweltschutz durchgeführt. Im gleichen Jahr fanden 461 wissenschaftliche Tagungen und Kongresse mit 72.720 Teilnehmern, zum Teil mit internationaler Beteiligung, zu wissenschaftlich-technischen Fragen o.g. Komplexe statt. Dabei hat die KDT immer vermieden, Weiterbildungsmaßnahmen und Erfahrungsaustausche mit politischem Inhalt durchzuführen.

Darüber hinaus war die KDT stets um eine internationale technisch-wissenschaftliche Wirksamkeit bemüht. Sie war Mitglied in 17 internationalen nichtstaatlichen Organisationen. Die seitens der KDT durchgeführten internationalen Kongresse und Symposien erhielten eine hohe Wertschätzung. Mit diesen Veranstaltungen wurde versucht, eine fachliche Isolierung gegenüber westlichen Ländern für die Wissenschaftler und Ingenieure der DDR zu verhindern.

Durch die KDT wurden 17 Fachzeitschriften herausgegeben.

Das persönlich engagierte, ehrenamtliche Wirken tausender Mitglieder der KDT in

Betrieben, Einrichtungen und in KDT-Fachgliederungen verhinderte noch größere Fehlentwicklungen und Schäden auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet. In vielen Fällen war dieses Engagement mit persönlichen Nachteilen, Auseinandersetzungen, Enttäuschungen und anderen Belastungen verbunden. Wiederholt wurden der Regierung Stellungnahmen, Gutachten, Empfehlungen und Forderungen unterbreitet, so z.B. auf dem Gebiet der Mikro-

Die Wende

Die Wende wurde auch von der KDT aktiv mitgetragen (zu Themenschwerpunkten war beispielsweise auch die KDT Teilnehmer des Runden Tisches in Berlin). Mit fachlicher Kompetenz hat sie in Vorbereitung und Durchführung von wissenschaftlich-technischen Aufgaben mitgewirkt.

Auf dem außerordentlichen Kongreß im März 1990 wurden die Aufgaben des Verbandes für den zukünftigen Zeitraum, entsprechend der völlig neuen Situation für uns, abgesteckt, ein neues Statut beschlossen und ein Führungsgremium, das Präsidium der KDT, gewählt.

Es wurde das Ziel formuliert, die Kammer der Technik in kurzer Zeit zu einem Verband zu profilieren, der sich durch neue Formen der fachlichen Gemeinschaftsar-

elektronik, der Meß- und Automatisierungstechnik und dem Umweltschutz, die keinerlei Beachtung fanden.

Eine Umsetzung dieser fachlich fundierten Empfehlungen gelang auch deshalb nicht, weil die KDT nicht, wie viele andere Organisationen, in der damaligen Volkskammer vertreten war und damit auch keinen politischen Einfluß geltend machen konnte.

beit aktiv am Neuaufbau bzw. der Umprofilierung der Wirtschaft beteiligt und somit ihre Potenzen im marktwirtschaftlichen Aufbau auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einbringt. Gleichzeitig wurde die Aufgabe gestellt, die Berufsinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten, das gesellschaftliche Ansehen der Ingenieure in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu fördern und sich für eine leistungsgerechte Anerkennung ihrer Tätigkeit einzusetzen.

In den zurückliegenden rund drei Jahren nach der Wende hat sich die KDT zu einem anerkannten Ingenieurverband entwickelt, der mit seinem großen Potential an Fachkompetenz in der Lage ist, an der marktwirtschaftlichen Umgestaltung in den neuen Bundesländern maßgeblich mitzuwirken.

Das neue Profil

Gegenwärtig gehören dem Ingenieurtechnischen Verband KDT e.V. (der neue Name des Verbandes wurde auf dem ordentlichen Kongreß der KDT im Februar 1992 beschlossen) mehr als 100.000 Ingenieure, Techniker, Technikwissenschaftler unterschiedlichster Fachdisziplinen sowie Betriebs- und Volkswirte vor allem in den neuen Bundesländern an.

Durch seine fachliche Orientierung mit seinen 15 zentralen Fachgliederungen und seiner regionalen Gliederung in 15 Regionalverbände verfügt der Ingenieurtechnische Verband KDT über das gesamte

Spektrum der Ingenieurstätigkeit umfassend Arbeitsstrukturen, die die Grundlage für ein fachkompetentes, disziplinäres und interdisziplinäres Wirken bieten.

Über die umfangreiche eigene Weiterbildung des Verbandes wird dieses Wirken besonders sichtbar. So trägt die KDT dazu bei, daß

- sich vor allem die Chancen der Ingenieure in den neuen Bundesländern, eine ihren Qualifikationen und Erfahrungen entsprechende Arbeit zu finden, verbessern,
- sich ihnen neue Tätigkeitsfelder eröffnen und

- ihnen qualitativ hochwertige und kontinuierliche Weiterbildung in dem betreffenden Fach- und Tätigkeitsgebiet zu akzeptablen Konditionen ermöglicht wird.

Das Ziel der beruflichen Weiterbildung der KDT besteht in der

- Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter, vor allem der Ingenieure und Techniker,
- Förderung ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung,
- Erhöhung ihrer Mobilität und Flexibilität,
- Verbesserung ihrer Motivation, Kreativität und Eigeninitiative,
- Vorbereitung von Mitarbeitern zur Wahrnehmung von Leitungsfunktionen,
- Förderung des Nachwuchses.

Das inhaltliche Profil der Weiterbildung wird durch folgende Rahmenbedingungen bestimmt:

- Zur Überwindung der Wissensdefizite auf der berufspraktischen Ebene beitragen;
- Vermittlung neuester wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse;
- Vermittlung von Schlüssel- und Transferqualifikation;
- Vermittlung von Kenntnissen aus den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften;
- Durchführung von attraktiven Sprachkursen;

- Vermittlung von EG-Rechtsvorschriften und -normen.

Dozenten aus den alten, aber auch aus den neuen Bundesländern vermitteln den Teilnehmern in Lehrgängen, Seminaren, Symposien, Fachtagungen und Kongressen ein anspruchsvolles Wissen.

Dem Aufbau einer neuen Forschungslandschaft besonders in den neuen Bundesländern widmet die KDT eine hohe Aufmerksamkeit. Bei allen bereits erreichten Fortschritten auf diesem Gebiet wird der Aufbau durch eine Reihe von Problemen und Hemmnissen erschwert. So sehen Unternehmen aus den alten Bundesländern oftmals ihr Ziel in der Ausschaltung ostdeutscher Forschungskonkurrenz bzw. in der Nutzung der Produktionsstätten als "verlängerte Werkbank" ohne Forschung bzw. in der Vermarktung von Forschungsimmobilien. Von Ausnahmen abgesehen, werden in der Regel beim Kauf ostdeutscher Betriebe durch Unternehmen aus den alten Bundesländern nur Forschungsstellen mit Spitzenniveau übernommen. Eine große Anzahl von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung werden freigesetzt. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) als eine wichtige Überbrückungshilfe reichen aber bei weitem nicht aus.

Zukunftsorientiert

Aus ernster Sorge um die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zwingend erforderliche einheitliche, leistungsstarke Forschungslandschaft sowie um die weitere berufliche Existenz einer großen Anzahl kreativer Forscher und Ingenieure unterbreitete deshalb der Ingenieurtechnische Verband KDT dem Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung folgende Vorschläge zur Einbeziehung in seine parlamentarische Tätigkeit:

1. Im Interesse einer effizienten Integration der ostdeutschen Forschung in das ge-

samtdeutsche Forschungssystem sowie der Erreichung des Forschungsstandes gegenüber den alten Bundesländern erweist sich eine sinnvolle Verzahnung der Potentiale beider Seiten, unter Beachtung der jeweiligen Stärken und Schwächen, nach einheitlichem Maßstab als unumgänglich.

Abhängig von den Evaluierungsergebnissen sollte deshalb durch den Wissenschaftsrat sowie die Länderregierungen darauf Einfluß genommen werden, daß dort, wo ostdeutsche Forschungsinstitute ein höheres Niveau als analoge westdeut-

sche Einrichtungen bzw. neue Forschungsgebiete aufweisen, diese künftig als Hauptträger der betreffenden Forschung fungieren.

2. Besonders dringlich erscheint, daß seitens des BMFT solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für eine Übergangsphase (2 bis 3 Jahre) geeignete finanzielle Überbrückungshilfen zur institutionellen Förderung positiv bewerteter Forschungseinrichtungen zur unmittelbaren Projektförderung und zum Erhalt vorhandener Kernbestandteile der Industrieforschung nach vorzulegenden Prioritäten sowie nach strengen marktwirtschaftlichen Zwängen (kommerzieller Nutzen) in den neuen Bundesländern ermöglichen. Dazu sollte die Errichtung eines Sonderfonds aus Mitteln des Bundes, der Länder sowie aus Privathand - evtl. im Rahmen einer Stiftung - erwogen werden. Diese finanzielle Stützung sollte solange beibehalten werden, bis sich die ostdeutsche Wirtschaft wieder stabilisiert hat und die Integration sich selbsttragender Forschungseinrichtungen abgeschlossen ist.

3. Besonderer Handlungsbedarf besteht, um für die freiwerdenden Forscher, Entwickler und Ingenieure durch eine entsprechende Modifizierung und Erweiterung der ABM-Strukturen seitens der Bundesanstalt für Arbeit neue, zukunftssträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen sowie gleichzeitig die Fortführung hochwertiger Forschung zu fördern. Der Ingenieurtechnische Verband KDT erklärt sich bereit, verstärkt mit als Initiator und Träger von ABM-Fördergesellschaften für Forscher und Ingenieure zu wirken.

4. Um für die in größerer Anzahl freiwerdenden Forscher, Entwickler und Ingenieure eine umfassende, von den Arbeitgebern geförderte Umschulung für neue, zukunftssträchtige Ingenieur Tätigkeiten und Beschäftigungen auszubauen, bedarf es einer wesentlichen Erweiterung bestehender Qualifizierungsgesellschaften bzw. der

Bildung spezieller (möglichst regionaler) Ingenieur-Qualifizierungs- bzw. Beschäftigungsgesellschaften. Der Ingenieurtechnische Verband KDT ist unter Nutzung seiner umfassenden Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Kenntnis der spezifischen ostdeutschen Probleme in der Lage, die Trägerschaft solcher Ingenieur-Qualifizierungsgesellschaften zu übernehmen.

5. Um ostdeutsche Unternehmen und Hochschulen in der Phase der Auftragsvorbereitung für die Mitarbeit an Förderprojekten konkrete Unterstützung zu geben, wäre es vorteilhaft, wenn evtl. beim BMFT oder einer anderen Einrichtung eine zentrale Informationsmöglichkeit geschaffen würde, die auf Anfrage Anregungen und Orientierungen über laufende Forschungsvorhaben bzw. "weiße Flecken" bei Förderprojekten gibt.

Die Situation in der Forschungslandschaft der neuen Bundesländer bewegt den Ingenieurtechnischen Verband KDT auch aus der Sicht besonders, daß ein Großteil unserer Mitglieder dort tätig war, ist bzw. es sein wird. Die Forschung darf nicht zur Verliererin der deutschen Einheit werden.

Der Ingenieurtechnische Verband KDT hat alle Voraussetzungen, in enger Zusammenarbeit mit seinen zentralen Fachgliederungen und der damit vorhandenen fachlichen Kompetenz, eine befruchtende Wirkung auf nahezu allen Fachgebieten auszuüben. Eine besondere Bedeutung in Richtung marktwirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern kommt hier der Förderung von Forschungs-GmbH's, innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen, von Ingenieurbüros und freiberuflichen Tätigen zu.

Die Aktivitäten des Ingenieurtechnischen Verbandes KDT erfolgen vorwiegend durch

- fachliche Beratung und Unterstützung bei der Bildung und effektiven Tätigkeit von Ingenieurbüros sowie technologieorientier-

ten mittelständischen Unternehmen in den Formen von Existenzgründerseminaren, Erfahrungsaustauschen, Gutachtertätigkeiten im Rahmen von Existenzgründungen (seit 1990 wurden z.B. 8000 Ingenieure und Betriebswirte mit den betriebswirtschaftlichen Grundlagen zur Gründung und für eine effektive Tätigkeit von Ingenieurbüros vertraut gemacht);

- Initiierung von Anfragen an den Bundestag über Probleme der ostdeutschen Industrieforschung, u.a. zur Aufarbeitung sowie Nutzung der Patentschriften der ehemaligen DDR;

- Weiterbildung auf dem Gebiet des Managements und der Kreativitätsförderung, u.a. in den Formen von Erfinderschulen, Kreativitätsseminaren und Trainingskursen;

- Mitarbeit an Förderprojekten bzw. Übernahme von Trägerschaften für vom Bundesministerium für Wirtschaft, vom Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie von Fachministerien einzelner Bundesländer Ostdeutschlands geförderte Einzelprojekte auf den Gebieten

* Technikfolgenabschätzung

* Qualitätsmanagement

* Instandhaltung und Modernisierung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie

* Energieanwendung;

- Unterstützung beim Aufbau und der Arbeit von Technologie- und Innovationszentren durch

* Konsultationen

* Bildungsmaßnahmen

* Gutachten sowie

* Mitträgerschaft (Der Ingenieurtechnische Verband KDT ist beispielsweise Mitträger des Frankfurter Innovations- und Technikzentrums (FIT) und arbeitet eng mit den Zentren in Magdeburg, Neubrandenburg und Eberswalde zusammen);

- Gutachtertätigkeit für einzelne Landesregierungen der neuen Bundesländer in Zusammenarbeit mit anderen Erfahrungsträgern, wie Unternehmensverbänden

* zur wirtschaftlichen Umstrukturierung der Region (Mecklenburg-Vorpommern)

* zur Technikfolgenabschätzung (Sachsen-Anhalt) sowie

* zum Aufbau marktfähiger mittelständischer Unternehmen (Sachsen);

- Ausschreibungen zur Innovationsförderung, wie

* die Ausschreibung des Fachverbandes Maschinenbau zur Förderung und Verwertung neuer Produktideen sowie durch

- Konsultations- und Gutachtertätigkeit im Rahmen des Programms des Bundesministeriums für Forschung und Technologie "Jugend forscht".

Zum Tätigkeitsfeld des Ingenieurtechnischen Verbandes KDT gehören aber auch solche wichtige Gebiete, wie

- die Anbahnung und Unterstützung von Fachkontakten im internationalen Rahmen, insbesondere im West/Ost-Technologietransfer sowie die Durchführung von nationalen und internationalen Kongressen;

- die Durchführung von Fachmessen und Ausstellungen;

- die Erarbeitung von technischen Normen und Vorschriften sowie

- Maßnahmen zur Wahrung der fachlichen Interessen der Mitglieder des Verbandes. (Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 2. 10. 1991 zur gleichwertigen Anerkennung der Ingenieurabschlüsse der Fachschulen der ehemaligen DDR sowie zur relativ einfachen Möglichkeit einer Nachdiplomierung ist beispielsweise auch als ein Erfolg unseres beharrlichen Wirkens zu werten.)

In dieser gesamten Tätigkeit stützt sich der Ingenieurtechnische Verband KDT in unterschiedlichen Formen auf eine vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit erfahrenen Partnern aus den alten und neuen Bundesländern. Zu ihnen gehören der Verband Beratender Ingenieure, der Verband freier Berufe, der Deutsche Erfinderverband, wissenschaftliche Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, das Kernforschungszentrum Karlsruhe, das Batelle-Institut, die Beckmann-

Akademie, CIM-Transfer Centren, der TÜV Ostdeutschland u.a. Namhafte und erfahrene Experten der einzelnen Fachgebiete des Ingenieurtechnischen Verbandes KDT aus den neuen und alten Bundesländern und die über 150 Korporativmitglieder stehen für die Fachkompetenz des Verbandes.

Der Ingenieurtechnische Verband KDT besitzt somit durch sein interdisziplinäres Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis, die wirtschaftsnahen Strukturen, seine zentralen und regionalen Printmedien, die Sachkompetenz über die wirtschaftliche und soziale Lage in der ostdeutschen Forschung und Wirtschaft, die vielfältigen Gutachtertätigkeiten, die bestehenden Arbeitsbeziehungen mit Forschungs-

einrichtungen, Industrieverbänden und Unternehmen sowie zu namhaften Fachexperten solide Voraussetzungen, aktiv am marktwirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer mitzuwirken.

Mit unseren Maßnahmen helfen wir mit, die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern zu verbessern und damit unseren Mitgliedern eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Die Politiker müssen ihrerseits durch die Setzung geeigneter Rahmenbedingungen den Strukturwandel erleichtern und fördern sowie den Raum für Initiativen sichern.

Heinz Zenker ist Referent beim Präsidenten des Ingenieurtechnischen Verbandes KDT e.V.

Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat Für billige Polemik taugt der Prozeß um Finks Entlassung nicht / Kein Glanzstück für den Rechtsstaat

Am Ende war Heinrich Fink wieder auf den ersten Seiten. Fink, der erste demokratische gewählte Rektor der Berliner Humboldt-Universität nach der Wende in der DDR, der dieses Amtes durch den Wissenschaftssenator Manfred Erhardt enthoben worden war [1], verlor den Berufungsprozeß um eine Entlassung vor dem Landesarbeitsgericht. Keine der überregionalen Zeitungen ließ es sich nehmen, darüber an prominenter Stelle zu berichten.[2] Auch für Kommentierungen des Falles war Anlaß genug. Der Vorsitzende Richter Bernd Preis und seine beiden ehrenamtlichen Beisitzer in der 12. Kammer, Bresche und Ziems, hatten nämlich ein nach neun Verhandlungstagen überraschendes Urteil gefällt. Der Berufung der Humboldt-Universität, die auf Betreiben des Wissenschaftssenators Rechtsmittel gegen die erstinstanzliche Entscheidung eingelegt hatte, wurde stattgegeben:

“Die von der Beklagten [HUB, cif] am 28.11.1991 ausgesprochene Kündigung ist gemäß Art. 20 Abs. 1 des Einigungsvertrages in Verbindung mit der Anlage I Kapitel XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III Nr. 1 Abs. 5 Nr. 2... wirksam und hat deshalb das Arbeitsverhältnis des Klägers [Heinrich Finks, cif] mit sofortiger Wirkung beendet.”[3]

Reihenweise hatten die Zeugen der Stasi zuvor die These Heinrich Finks bestätigt: er habe nicht willentlich mit der Stasi zusammengearbeitet. Diese habe ihn ohne sein Wissen als Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)

“Heiner” registriert. Ihre von IM “Heiner” kommenden Erkenntnisse müsse sie über “Abschöpfung” erhalten haben. Seine Kündigung sei also nicht rechtens gewesen.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) sah es als erwiesen an, daß Heinrich Fink “wissentlich für das MfS tätig gewesen ist.” Diese Feststellung beruhe nicht auf einer Übernahme der Auskünfte durch die Gauck-Behörde oder richtiger: den *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik*. Das Gericht gründe seine Annahme “auf die eigenständig aus einzelnen konkreten Unterlagen und den Aussagen der dazu vernommenen Zeugen gewonnenen Überzeugung.” Danach habe Fink als IM “Heiner” im Juni 1987 zweimal bei einer aus Anlaß eines Kirchentages gebildeten Lagegruppe der Stasi angerufen und jeweils eine Nachricht durchgegeben. Außerdem habe er im Jahre 1984 die Verdienstmedaille der NVA in Gold einschließlich damit verbundener 750.- Mark “für ihn erkennbar als Auszeichnung des MfS erhalten.” [4] Die 12. Kammer des LAG ließ Rechtsmittel, sprich: die nurmehr verbleibende Revision, nicht zu. Die mit dem Konflikt verbundenen Rechtsfragen seien juristisch “nicht von grundsätzlicher Bedeutung”. [5]

Heinrich Fink unterlag also. Seine Kündigung im November 91 sah die 12. Kammer als rechtens an: Im Gegensatz zur ersten Instanz, als das Arbeitsgericht unter Richter

Bernd Kießling die Humboldt-Universität dazu verurteilt hatte, Heinrich Fink als Professor weiterzubeschäftigen.[6] Die Stasi-Unterlagen, aufgrund derer Heinrich Fink zur Arbeit zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterstellt worden war, seien Indizien, aber keine zuverlässigen Beweise. So urteilte Kießling am 1. April 92, und es mutete wie ein Aprilscherz für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit an. Die Gauck-Behörde ein Sachwalter wertlosen Materials? Ohne Zeugen sei keine eindeutige Beweisführung möglich, lautete der beweisrechtliche Fingerzeig des Arbeitsrichters der 64. Kammer. Damit war nicht nur die Aussagekraft und der Wahrheitsgehalt der von der Stasi aufgehäuften Aktenberge erheblich relativiert worden. Gleichzeitig mußte öminöses Personal in den Zeugenstand geholt werden: die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi, dem Schild und Schwert der Sozialistischen Einheitspartei, die Tschekisten, jene also, die in der Presse mittlerweile mit einem Hauch von Achtung als *Führungsoffiziere* auftauchten. Das Erscheinen der Stasi-Hauptamtlichen versprach freilich auch Spannung. Denn nun bestand die Chance, die Bedingungen der Aktenproduktion vor Gericht, also vor der Öffentlichkeit aufzudecken.

Der Prozeß um die Entlassung des ehemaligen Rektors dieser Universität hat für Heinrich Fink selbst tragische Züge - menschlich, beruflich, familiär. Seine Tochter Miriam etwa leide verstärkt unter epileptischen Anfällen seit "dem Trubel um Vat".[7] Die Kosten für die beiden Prozesse beliefen sich auf 40.000 DM. Der ehemalige Rektor erhielt Unterstützung aus Solidaritätsveranstaltungen, die zu seinen Gunsten abgehalten wurden.[8] Ob der Prozeß die Kardinalfrage beantwortete, nämlich ob Heinrich Fink nun spitzelte oder ob er ausschließlich abgeschöpft wurde, scheint auch nach dem Urteil der 12. Kam-

mer höchst unklar. Das Gericht schätzte sein eigenes Urteil als "argumenativ angreifbar" ein. Und Heinrich Fink selbst hat wenige Tage nach dem Prozeß gegenüber dem Reporter der Berliner Zeitung, Alexander Osang, nicht eindeutig reagiert - wenn man dessen Beobachtungen glauben darf. "Waren Sie wissentlich IM?" fragte der Journalist seinen Gegenüber Fink und notierte als Reaktion:

Fink denkt nach. Dann sagt er: "Es ist eine juristische Frage. Sie ist zu einer juristischen Frage geworden. Sie können mich nur über die Stasi kippen. Wissen Sie, es gibt Leute, die raten mir: Mensch gib's doch einfach zu. Dann hast Du Deine Ruhe. Ich kann das nicht. Ich kann die Leute nicht in ihrem Vorurteil, die ganze DDR ist von der Stasi kontrolliert worden, allein lassen. Es stimmt einfach nicht." [9]

Heinrich Fink wird gegen die Nichtzulassung der Revision keine Beschwerde einlegen. Davon hatte er zwar am Tag der Urteilsverkündung, im Dezember letzten Jahres gesprochen. Aber schon damals hatte sein Anwalt, Lutz Seyboldt, abgewunken. Das verspreche keinen Erfolg. Der 58jährige Theologe Heinrich Fink bewertete die schriftliche Urteilsbegründung - laut *Neue Zeit* - als "an den Haaren herbeigezogen." Anstelle einer juristischen Argumentation seien psychologische Wertungen über die Zeugen und seine eigene Person getreten.[10]

* * *

Wenn man einmal von diesen persönlichen Konsequenzen absehen darf, hat der Prozeß noch andere Komponenten. Er sagt etwas über Rechtsstaatlichkeit aus und er ist ein (deutsches) Lehrstück für das Verhältnis von Rechtsstaat und Demokratie. Es wurden Erkenntnisse über die untergegangene DDR zutage gefördert und der Prozeß zeigte, mit welchen Problemen die Aufarbeitung der Vergangenheit durch

die Dritte und Vierte Gewalt in dieser Republik verbunden ist.

Nachdem Heinrich Fink seinen Prozeß verloren hatte, moserte ein häufiger Zuschauer herum: "Jetzt wissen wir wenigstens, in welchem Staat wir leben!" Der ältere Herr meinte, auf den Rechtsstaat pfeifen zu können. Allerdings zeigte der Rechtsstaat im Prozeß um die Entlassung Heinrich Finks Stärken und Schwächen.

Zum Rechtsstaat gehört notwendig Gewaltenteilung. Sie ist - verkürzt - eine gegenseitige Kontrolle der öffentlichen Gewalten, der Exekutive, der Legislative und Judikative. Ohne Gewaltenteilung ist die Grundfunktion der rechtsstaatlichen Idee nicht möglich. Daß nämlich der Staat seine Eingriffe in die Grund- oder Freiheitsrechte der Menschen per Gesetz begründen muß. [11] Darin versteckt sich freilich ein ideologisches Moment der liberalen Rechtsauffassung, die ökonomische Funktion der Freiheitsrechte: sie ermöglichen eine auf Wettbewerb und Vertrag beruhende Gesellschaft.[12] Dennoch lassen sich die drei staatlichen Ebenen logisch ableiten: daß die Exekutive auf der Grundlage von Gesetzen handelt, die - im besten Fall - die Bürger im Parlament beschlossen haben. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Gesetzen braucht es eine weitere unabhängige Instanz: die Richter.

Es spricht einiges dagegen, die DDR unter der Perspektive ihrer Rechtsstaatlichkeit zu betrachten. Aber einige wollen das unbedingt tun, und bisweilen kommt man nicht darum herum, wenn man die DDR und die BRD vergleicht. Die DDR war danach vielleicht nicht pauschal ein *Unrechtsstaat*. Aber sie hatte gewaltige Mängel, was die Kontrolle etwa der Stasi anlangte. Und zwar von der Grundkonstruktion her. Wer kontrollierte die Stasi? Im Maximalfall die Partei, deren Schild und Schwert sie sein sollte. Der sie also untergeordnet war. Im allgemei-

nen gehen auch Stasi-Experten davon aus, daß "die Firma" jedenfalls gegen den Willen der Partei nichts unternahm. Spätestens der Blick auf die mafiosen Strukturen, die sich um die Kommerzielle Koordination herum bildeten, relativiert auch diese Aussage. Dort dürfte das ökonomisch-staatliche Machtkartell vollends unkontrollierbar geworden sein.

Auf welcher Grundlage hätte man die Stasi kontrollieren können? Es gibt zwar ein Gesetz zur Errichtung des MfS vom 8.2.1950.[13] Aber es ist nur wenige lapidare Sätze lang. Eine Definition von Aufgaben und Zuständigkeiten der Stasi enthielt dieses Gesetz nicht. Die Stasi operierte also gut 40 Jahre lang mit einem Wust interner Dienstanweisungen; eine gesetzliche Grundlage gab es aber nicht. Für deutsche Verhältnisse ist das bemerkenswert.

Die Möglichkeit, sich auf offiziellem Wege gegen die Stasi und ihre Machenschaften zu wehren, bestand nicht. Wie sollte man sich vor einer politischen Geheimpolizei schützen? Es gab natürlich Gerichte in der DDR. Aber keine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die eine Beschwerde gegen einen hoheitlichen Akt der "mit exekutiven Befugnissen ausgestatteten Untersuchungsbehörde für politische Strafsachen"[14] ermöglichen hätte. Erst Ende der 80er Jahre begann die DDR, die Möglichkeit der Beschwerde und die gerichtliche Überprüfbarkeit von Verwaltungsakten einzurichten. Aber das ist nicht der Rede wert, wenn man die weitverbreitete Praxis des Eingabeschreibens betrachtet. Das ist, mit Verlaub, ein der Feudalzeit entstammendes Instrument.

Im Umgang mit der Stasi gab es wohl, wenn man Aussagen von Menschen aus der DDR folgen soll, die in der DDR lebten, nur eine Art der Wehr: Zivile Courage und das entschiedene Nein. Möglicherweise

genügte auch etwas Geschick. Jens Reich sprach davon, sich mit totaler Dekonspiration zur Wehr gesetzt zu haben. Wer offen und mit vielen darüber sprach, daß die Firma Kontakt aufgenommen hatte, der blieb vom Zwang zur Mitarbeit verschont. Vielleicht.

Die öffentliche, mündlich vor einem unabhängigen Richter geführte Prozeß - das ist das sine qua non des Rechtsstaates. Heinrich Fink hat zwei solcher Prozesse führen können. Das ist zunächst einmal ein Gewinn und sollte nicht übersehen werden. Ob dabei Gerechtigkeit erzeugt werden kann, ist eine andere Frage. Die Art und Weise, wie mit dem anliegenden Fall umgegangen wird, regeln die Prozeßordnungen, das sogenannte Verfahrensrecht. Es unterscheidet sich für den Strafprozeß, das verwaltungsgerichtliche Verfahren und das hier vorliegende Recht des Arbeitsprozesses.[15] Prinzipiell hat vor Gericht "jeder Mann Anspruch auf rechtliches Gehör".[16] Die Entscheidung wird von einem durch das Gesetz bestimmten [17] unabhängigen Richter [18] durchgeführt. Die Verhandlung ist öffentlich. Artikel 104 des Grundgesetzes enthält spezielle Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung, die auf die habeas-corporis-Akte von 1679 zurückgehen. Darin heißt es, daß niemand ohne richterlichen Haftbefehl, also willkürlich verhaftet oder festgehalten werden dürfe. Man kann nicht sagen, daß die Stasi einem solchen uralten Grundsatz unterworfen gewesen wäre.

Betrachtet man den Fink-Prozeß näher, so kann man nicht eben von einer juristischen Glanznummer sprechen. Er hatte es schwer, schwerer noch als sonst, Gerechtigkeit zu erzeugen. Das lag an der Komplexität des Falles, auf die sich die zu Gericht sitzenden Westdeutschen manchmal nicht recht einlassen wollten oder konnten. Hilf-

los stocherte etwa der Anwalt der Humboldt-Universität bzw. des Wissenschaftssenators, Thomas Kunze, im Nebel aus Abschöpfung, Konspiration und inoffizieller Mitarbeiterschaft. Er streckte schließlich die Waffen und erklärte pauschal: die Stasi-Zeugen sagen die Unwahrheit. Das war strenggenommen ein doppelter faux pas. Zum einen demontierte Kunze damit seine Zeugen, die er doch brauchte in der Logik des ersten Prozesses, um Fink wissenschaftlicher Stasi-Mitarbeit zu überführen. Zum anderen zeigte Kunze ein zweifelhaftes Verständnis vom rechtsstaatlichem Prozeß und seiner, Kunzes, Funktion darin. Der Anwalt hätte in öffentlicher Verhandlung, also für jedermann einsichtig, das vermeintliche Lügengespinnst von immerhin einem knappen Dutzend Stasi-Zeugen entwirren sollen. Das schaffte er keinesfalls.

Dennoch sah das Gericht Heinrich Fink der Stasi-Zuarbeit überführt. Aus der Perspektive des ersten Prozesses verstieß es damit gegen den Grundsatz: in dubio pro reo - im Zweifel für den Angeklagten. Es begründete dies explizit.

Die Berufungskammer hat in dem komplizierten Prozeß der Wahrheitsfindung den Grad an Gewißheit erlangt, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie - die Zweifel - vollkommen auszuschließen. [19]

Das Landesarbeitsgericht erwiderte damit eine Formulierung des Fink-Anwaltes. Seyboldt hatte in seinem Plädoyer auf die Logik der beiden Prozesse im Bezug auf die entscheidende Frage des Aussagegehaltes der Stasi-Unterlagen gezielt. "Ihre Partei ist beweisbelastet", sagte Seyboldt zu seinem anwaltlichen Gegenüber Thomas Kunze. Der nämlich hatte nach dem ersten Prozeß, den Fink ja gewonnen hatte, die Zeugen der Stasi benannt. Seyboldts juristische Argumentation lautete - zusammengefaßt -:

Die Stasi-Akten reichen nicht aus, um Finks Schuld zu beweisen (so der - sensationelle - Tenor des ersten Prozesses). Nun mußte im zweiten Prozeß die Schuld Finks mit den Stasi-Zeugen nachgewiesen werden. Deren Glaubwürdigkeit wird in Zweifel gezogen, und zwar pauschal. Das aber reicht natürlich nicht aus, um Finks Schuld zu beweisen.

Seyboldts Resümee, das er vielleicht eine Spur zu sicher vortrug, lautete: "Wir rütteln an den Grundlagen des Rechtsstaates, wenn wir keinen vollständigen Beweis führen." Das Gericht antwortete: Unser Beweis ist nicht vollständig, aber die Indizien gebieten allen Zweifeln Schweigen.

Inhaltlich begründete das Gericht seine These, "daß der Kläger [Heinrich Fink, cif] wissenschaftlich für das MfS tätig gewesen ist", auf eine Art, die man als eigenwillig ansehen kann; souverän war sie allemal, souverän von der ersten Instanz, von den Auskünften der Gauck-Behörde, von den im Gerichtssaal 610 des Landesarbeitsgerichts in der Berliner Lützowstraße erhobenen Erkenntnissen. Von all dem hat sich das Gericht, jedenfalls in Teilen, distanziert. Es nimmt für sich in Anspruch, die objektive Aktenlage und die Aussagen eigenständig gewürdigt zu haben; daraus habe es die Überzeugung gewonnen,

der Kläger sei nicht lediglich abgeschöpft worden, sondern habe direkt konspirative Kontakte zum MfS gehabt und diesem Informationen geliefert. [20]

Ausdrücklich distanziert sich das Gericht vom Bundesbeauftragten und insbesondere von seiner Ursprungsauskunft im Jahre 1991. Fink sei seit 1969 als IM des MfS "unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen", hieß es im Schreiben vom 25.11.91 an die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung.[21] "Sie steht dieser Wertung und ihren einzelnen

Schlußfolgerungen eher skeptisch gegenüber." [22] In der mündlichen Urteilsverkündung hatte Richter Bernd Preis ungewöhnlich scharf formuliert, er und seine Beisitzer hätten teilweise den Eindruck gehabt, der Bundesbeauftragte wolle ein "Denktabu" errichten.[23] Die Ausführungen der Gauck-Behörde hätten "durchgängig den Eindruck [vermittelt], als sei die Abschöpfungsversion 'undenkbar' (im doppelten Sinne des Wortes) und bedürfe gar keiner rationalen Widerlegung." [24]

Dennoch auch bei einer langjährigen Registrierung einer Person als IM kann nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden, daß diese Person überhaupt keine direkten Kontakte zum MfS gehabt hat, sondern lediglich 'abgeschöpft' worden ist. [25]

Gleichzeitig hat das Gericht die Glaubwürdigkeit sowohl der Zeugen der Stasi als auch einer Reihe von Aussagen Heinrich Finks in Zweifel gezogen. Es begründete dies ausführlich.[26] "Die Berufungskammer konnte den Aussagen dieser Zeugen im wesentlichen keinen Glauben schenken und ist darüber hinaus in mehreren entscheidungserheblichen Punkten vom Gegenteil ihrer Bekundungen überzeugt." [27] Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht gegen die beiden ehemaligen Stasi-Leute Joachim Wiegand und Klaus Roßberg.[28]

Dennoch hat das Gericht für jene beiden Gelegenheiten, an denen es Fink des direkten Stasikontaktes überführt sah, ausdrücklich die Aussagen der Hauptamtlichen verwendet. Und zwar ganz unterschiedlich. Der zweimalige Anruf eines IM "Heiner" an zwei verschiedenen Tagen bei der Lagegruppe der Stasi im Jahr 1987 konnte von keiner dritten Person getätigt worden sein. "Denn angesichts der von sämtlichen Zeugen insoweit einleuchtend geschilderten Konspiration im Zusammenhang mit IM ist davon auszugehen, daß

anderen Personen der Deckname 'Heiner' nicht bekannt gewesen ist." [29]

Im Falle der Überreichung des NVA-Ordens an "Heiner" schätzte das Gericht die Aussagen des Stasi-Offiziers Klaus Roßberg als "abstrus" ein. "Sie hält diese Aussage im Gegenteil für frei erfunden." [30] Auch die Auskünfte des Offiziers im besonderen Einsatz, Bernd Winkler, hielt das Gericht "in einem entscheidungserheblichen Punkt für unzutreffend". [31] Das Gericht war anscheinend der Angreifbarkeit dieses Indizienbeweises bewußt, gerade bei der angeblichen Überreichung des NVA-Ordens. Zumal die Aussagen der Stasi-Leute ja nicht etwa die Indizien stärkten, sondern als nicht verwertbar, weil "erfunden" eingestuft wurden. Bernd Preis, der Richter, sagte zum Urteil, es sei "argumentativ angreifbar": "Unsere Auffassung kann nicht als letzte Wahrheit gelten." Was das ist: billiges Trostpflaster oder ehrliches Eingeständnis von Zweifeln, das mag jeder selbst beurteilen.

Diese sehr auf die juristischen Details gehenden Beobachtungen verleiten aber allzuleicht zu einer Verschiebung der Prioritäten. Die Frage des älteren Herrn, in welchem Staat wir leben, wird auf den Rechtsstaat verengt. Der aber ist nur ein Teil der Demokratie, um die es eigentlich gehen sollte. Vor lauter Suche nach möglichst perfekt erzeugter Gerechtigkeit, geht der Blick auf das wesentliche verloren: daß die Freiheit von staatlichem Zwang, die durch rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet werden soll, nur *einen Teil* der politischen Freiheit darstellt, um deren Verwirklichung die politische Demokratie am ehesten in der Lage ist. Zur politischen Freiheit gehört genauso ein kognitives, ein intellektuelles Moment. Wir sind erst frei, wenn wir verstehen.

Die Gerichtsverhandlung im Saal 610 des Landesarbeitsgerichts Berlin hatte *in die-*

sem Sinne eine aufklärerische Funktion. Sie legte eine Seite des in der DDR praktizierten Herrschaftsmechanismus offen: die Stasi als Zwangsapparat, die den staatlich verwalteten Wahrheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie zu überwachen und notfalls durchzusetzen hatte. Die Zeugen der Stasi mochten lügen, daß sich der massive Stützpfiler im Saal 610 des Landesarbeitsgerichts bog - die Skrupellosigkeit und Perfidie ihrer Arbeit trat jederzeit zutage.

Etwa wenn *Heiners* Führungsoffiziere schilderten, wie die Aktenproduktion vonstatten ging. Danach waren quasi alle Berichte von fremder Hand verfaßt. In der Regel schrieb sich der Führungsoffizier seine Akten aus dem Gespräch zusammen, das er mit dem Geheimen Informanten, dem IM führte. Bei den sogenannten Abschöpfungen waren es gar drei und mehr Stationen, die eine Information mündlich transportiert wurde, ehe sie schwarz auf weiß aktenkundig wurde. Die Stasi veranstaltete ein monströses Stille-Post-Spiel. "Es gibt Dinge", sagte Joachim Wiegand, Chef der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, "die klingen ganz großartig, wenn sie aufgeschrieben werden. In der Realität waren sie ganz klein." Oder schlicht falsch. Die Stasi kreierte in ihren Akten unter den genannten Produktionsbedingungen bisweilen eine neue, papierene Realität. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Regelfall wohl die ordinäre Spitzelei von rund 100.000 hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der unterschiedlichsten Kategorien gewesen ist.

Der Prozeß führte dieses Personal vor, das an wesentlichen Funktionsstellen in der DDR agiert hatte. Den schlurfenden Ganges vor den Richtertisch tretenden Wolfram Laux, den ersten für "Heiner" zuständigen Führungsoffizier. "Bleistift" hätten sie ihn genannt, weil er immer bloß mitschrei-

ben durfte, was die Kollegen von den Spitzeln erfahren hatten. Das verriet der spätere Führungsoffizier, Klaus Roßberg, die Spitzmaus als Tschekist, die in mümmelnden Backen die Informationen bearbeitete und sich wichtig dabei vorkam. Sichtlich stolz berichtete Roßberg, er selbst habe bereits im Sommer 1989 entschieden, die Akten "Heiners" zu vernichten. Es seien seine Akten gewesen. "Das waren alles meine persönlichen Aufzeichnungen, die wollte ich nicht in dritte Hände fallen lassen." Der elegante Paul Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX, trat in den Zeugenstand. Sichtlich genervt war der ehemalige Generalleutnant und beteuerte immer wieder "grundsätzlich, ich habe keine konkrete Kenntnis."

Joachim Wiegand, der Chef der Kirchenabteilung XX/4, bat Heinrich Fink um Verzeihung. "Ich sehe Herrn Fink zum ersten Mal. Ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen." Wiegand, ursprünglich in einer Spionageabteilung der Stasi eingesetzt, berichtete von seinem Interesse für Arbeit in "abgedeckter Form", der Grundlage für Abschöpfung. Daher habe er unter anderen den Stasi-Mitarbeiter Bernd Winkler zum Offizier im besonderen Einsatz (OibE) gemacht. "Er wurde gezielt durch uns eingesetzt", und zwar als Referent im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF).

Anmerkungen:

- [1] Vgl. das *hochschule ost special* "Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit", *hochschule ost*, 1991 [1], Heft Dezember, 24 S.
- [2] FAZ, FR, taz, 17.12.93, S. 1; SZ, 17.12.93, S. 6
- [3] Schriftliche Begründung, Aktenzeichen 12 Sa 32/92, S. 7
- [4] ebd., S. 8f
- [5] ebd., S. 44f
- [6] Arbeitsgerichtsbeschluss vom 1.4.92, Az 64 ACa 28177/91
- [7] Alexander Osang, *Berliner Zeitung*, 21.12.92, S. 3
- [8] Mechthild Küpper, *Tagesspiegel*, 22.1.93
- [9] Osang, *Berliner Zeitung*, 21.12.93, S. 3: Osang beendet seine Reportage mit den Sätzen: "Langsam wird mir klar, daß ich keine Antwort auf die Frage brauche. Sie interessiert mich nicht."
- [10] *Neue Zeit*, 2.3.93, S. 17
- [11] Vgl. etwa Christian Füller, Christof Hamann, *Stichwort: Bundesrepublik Deutschland* (München: Heyne, 1992), S. 28

Von dort aus telefonierte Winkler als der für die theologischen Sektionen zuständige Referent mit Heinrich Fink. Und dann gab er als Stasi-Mitarbeiter die dabei gewonnenen Erkenntnisse an die Stasi selbst weiter. Bernd Winkler, 43 Jahre und seinen Beruf mit Jurist angehend, sagte selbst zu seiner Funktion als OibE: Es habe sich "aus finanziellen Gründen" ergeben, daß man ihn beim Wechsel vom MfS ins MHF als OibE einstuft. "Mir ist nie so richtig erklärt worden, was ein OibE ist", so Winkler wörtlich vor Gericht.

Der Prozeß machte die perfide Praxis der Stasi deutlich, aus den erhaltenen Informationen eine Art staatlich organisierten Gerüchts zu konstruieren. Zersetzung hieß das dann im Jargon. Wer während des Fink-Prozesses den Informations-Buchhaltern zuhörte, auch Führungsoffiziere genannt, der mußte Angst bekommen. So wie sie die ideologische Überwachungs-maschinerie der DDR, die Stasi, systematisch verbreitete. Big Brother - das dürfte für jeden DDR-Bürger gegolten haben - überwacht Dich, und er zersetzt Dich im Zweifelsfall.

Christian Füller

(Der Autor, *Politologe, arbeitet als Journalist in Berlin und beobachtete den Prozeß für die taz*)

[12] Franz Neumann, "Zum Begriff der politischen Freiheit", *Demokratischer und autoritärer Staat: Studien zur politischen Theorie*, hg. Herbert Marcuse (Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, Wien: Europa, 1967), S. 110

[13] GBl. S. 95, zit. nach DDR-Handbuch, II (Köln: Wissenschaft und Politik, 1985), S. 909

[14] ebd.

[15] Vgl. Füller/Hamann, S. 50ff

[16] Art. 103 GG

[17] Art. 101 GG

[18] Art. 92, 97 GG

[19] Schriftliche Begründung, Aktenzeichen 12 Sa 32/92, S. 42; das Gericht verwies zu dieser Formel auf BGHZ-53, 245, 256; BGH NJW 1989, 2948, 2949

[20] ebd., S. 14

[21] abgedruckt in *hochschule ost special*, 1991 [1], Dezember, S. 6/7

[22] 12 Sa 32/92, S. 10

[23] *taz*, 17.12.93, S. 1; siehe dazu auch die Stellungnahme des Direktors beim Bundesbeauftragten, Hansjörg Geiger: *taz*, 18.12.93, S. 22

[24] 12 Sa 32/92, S. 12

[25] ebd., S. 10

[26] Punkt 6, 7 und 8 der schriftlichen Begründung, 12 Sa 32/92, S. 27-39

[27] ebd., S. 9

[28] *Neue Zeit*, 2.3.93, S. 17

[29] 12 Sa 32/92, S. 15, Hervorhebungen, cf

[30] ebd., S. 22

[31] ebd., S. 26

Mit einem Jahr Verspätung wird zu Beginn des Sommersemesters die Gründungsprofessur Politikwissenschaft an der Leipziger Universität mit dem von der Gründungskommission und dem Senat favorisierten Kandidaten besetzt sein: Hartmut Elsenhans, bislang Universität Konstanz. Die Umstände der Verzögerung sind erinnerenswert (vgl. hso 4/1992, S. 58). In folgendem Artikel umreißt Elsenhans die Vorstellungen, mit denen er nach Leipzig kommt.

Überlegungen zu einem interdisziplinären, politikwissenschaftlich fundierten Studiengang Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig

Beim Aufbau eines Studiengangs Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig ergibt sich die Chance, im Curriculum insbesondere in Bezug auf Interdisziplinarität und Praxisbezug den grundlegenden Veränderungen im internationalen System Rechnung zu tragen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Dazu gehört ein rascher Anstieg der Bedeutung

jener Bereiche internationaler Beziehungen, der "low politics", die sich unterhalb der Probleme der Aufrechterhaltung der Sicherheit und des militärischen Gleichgewichts zwischen den Staaten abspielen. Das Sicherheitsproblem wird sich nach Ende des Ost-West-Konflikts in neuem Licht stellen, vor allem wegen der Konflikte niedriger Profils innerhalb des früheren Ost-

blocks und des Südens. Neue Fragestellungen können nicht ohne Folgen für die Arbeitsmärkte zukünftiger Absolventen bleiben. Sie haben Implikationen für die Gewichtung verschiedener Problembereiche

Die Veränderungen in den internationalen Beziehungen

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes verschwindet ein Element der Strukturierung auch der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern, weil der bisherige Zwang zur Solidarität abnimmt. Gerade Japan und die alte Bundesrepublik, die wirtschaftlich und technologisch am ehesten in der Lage gewesen wären, die Dominanz der Vereinigten Staaten in Frage zu stellen, waren bis zum Niedergang des Ost-West-Gegensatzes gezwungen, aus Sicherheitserwägungen die amerikanische Vormachtsstellung zu unterstützen. Zumindest die Bundesrepublik hat auch die Rolle übernommen, Tendenzen zur Verselbständigung außenpolitischen Verhaltens im europäischen Kontext abzuschwächen.

Trotz der größeren Bedeutung von wirtschaftlichen Interessenunterschieden innerhalb der trilateralen Beziehung zwischen Westeuropa, USA und Japan wird wegen des Grads an wirtschaftlicher Verflechtung zwischen diesen Regionen das internationale System hier nicht mehr zu den intensiven Rivalitäten des Ende des 19. Jahrhunderts zurückkehren. Kautzky erhält gegen Lenin Recht: Kapitalismus ist mit Internalisierung verbunden. Gerade die fehlende Dominanz kapitalistischer Verhältnisse auch auf politischer Ebene war eher als kapitalistische Rivalität die Ursache für die europäischen Kriege, die sowohl 1914 wie 1939 zur Verteidigung der Strukturen des "Ancien Régime" und nicht der kapitalistischen Marktwirtschaft geführt wurden. Weil der Bereich des geographischen Interesses von Unternehmen und der Bereich geographischer Kontrolle von Regierungen immer weniger deckungsgleich

in Lehre und Forschung innerhalb der sozialwissenschaftlich-politikwissenschaftlichen Grundlegung des Studiengangs und für den Beitrag der Nachbardisziplinen zum Studiengang.

werden, suchen Allianzen aus Unternehmen mit unterschiedlicher nationaler Herkunft Unterstützung von unterschiedlichen, ihrem jeweiligen Anliegen besonders geneigten Regierungen nach, die wiederum selbst oder unter dem Einfluß solcher Konstellationen zu kooperativen Strategien angehalten werden, so daß anstelle der nationalstaatlichen Konfrontation Interessengegensätze zwischen nationalstaatlich übergreifenden Koalitionen zum dominanten Konfliktmuster werden.

Regierungen werden in diesem Zusammenhang zum Teil unter dem Einfluß von Unternehmen, v.a. aber zur Verteidigung von Verdienstmöglichkeiten ihrer Wähler (die im Unterschied zu den Unternehmen weniger mobil sind) versuchen, die Stellung ihrer Territorien in der internationalen Arbeitsteilung zu verteidigen oder zu verbessern. Sofern die bisherigen Ansätze zur Erklärung der internationalen Arbeitsteilung nicht von einem konfliktfreien Ausgleich zwischen den Beteiligten aufgrund einer der Weltwirtschaft innewohnenden Tendenz zur Angleichung ausgingen, wurde (insbesondere von kritischen Theorien unterschiedlicher Fundierung) von einer wachsenden Polarisierung zwischen nationalen Wirtschaften ausgegangen. Beide theoretischen Ansätze beruhen auf einer undifferenzierten Betrachtung des Theorems der komparativen Kosten. England im Beispiel Ricardos hat sich nicht deshalb auf Textilien spezialisiert, weil es bei Wein höhere Kosten als Portugal hatte, sondern weil seine Kostenvorsprünge bei Wein geringer als bei Textilien waren. Ersetzen wir die Branchenbezeichnungen: Ein Land wie die Bundesrepublik könnte

gerade deshalb bei den neuen Technologien an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, weil es zwar auch hier Wettbewerbsvorsprünge gegenüber aufholenden Ökonomien in der Form niedrigerer Faktoreinsätze pro Produktionseinheit hat, seine Wettbewerbsvorsprünge jedoch bei anderen, den traditionell technisch führenden Wachstumsindustrien noch größer sind und Handelsbilanzüberschüsse verschaffen. In Zeiten technischer Innovation, die nicht an die bei der Spezialisierung auf die bisherigen Führungsbranchen erworbenen Fähigkeiten gebunden ist, verlieren technisch führenden Wirtschaften bei den zukünftigen Wachstumsbranchen, selbst wenn sie dort gegenüber aufholenden Wirtschaften absolute Kostenvorteile haben sollten.

Um der damit verknüpften Gefahr zu begegnen, von zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, wird verstärkt Industriepolitik und Technologiepolitik betrieben. Stets handelt es sich hier um die Zuteilung von Ressourcen, die aufgrund bisheriger hoher Wettbewerbsfähigkeit in alten führenden Branchen verfügbar sind, an neue Wachstumsbranchen. Dies erfordert staatliche Intervention, die umso erfolgreicher sein wird, desto mehr sie die mit Bürokratie verbundenen Ineffizienzen vermeidet. Einige institutionelle Arrangements zwischen Staat und Wirtschaft sind dabei geeigneter als andere. Ihre Durchsetzbarkeit hängt wiederum von der "politischen Kultur" der je einzelnen Länder ab. Sie sind weiter eingebettet in ein Umfeld, das v.a. durch Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik geschaffen wird. Für die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern ist damit der Vergleich dieser Arrangements von großer Bedeutung, letztlich auch die ordnungspolitische Komponente.

Die Konkurrenz um neue Wettbewerbsfähigkeit vollzieht sich vor dem Hintergrund einer veränderten Rolle der Dritten Welt. Aus der Krise des Kapitalismus in den 30er

Jahren hatten sich dort Regime entwickelt, die für wirtschaftliche Entwicklung auf den Staat setzten, der seine finanziellen Ressourcen durch Verbesserung der Terms-of-Trade und zusätzliche Transfers (z.B. Entwicklungshilfe) vergrößern wollte und die hier angeeigneten Einkünfte, nämlich Renten, für wirtschaftliche Diversifizierung und Innovation einsetzen sollte. Obwohl Renten auch vergeudet werden können, ist in ungünstig spezialisierten Wirtschaften der Einsatz von Renten durchaus auch zum Aufholen gegenüber fortgeschrittenen Ökonomien erfolgreich genutzt worden.

Trotz der durch Vergeudung von Renten herbeigeführten Krise des Entwicklungsstaats ist weiterhin mit einer engen Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft in den Ländern des Südens zu rechnen, auch wenn der von der westlichen Modernisierungstheorie und von der sowjetmarxistischen Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs gleichermaßen favorisierte Entwicklungsstaat politisch an Gewicht verliert. Ihm fehlen die finanziellen Mittel, um nennenswerte Teile der übrigen Gesellschaft zu kooptieren. Angehörige von Mittelklassen, die bisher das Reservoir für Kooptation in die Staatsklassen waren, sehen im Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben die einzige Chance, sich Verdienstmöglichkeiten zu sichern. Sie fordern nunmehr den Rückzug des Staats, in dem sie nur noch den ausbeuterischen Fiskus sehen. Um im Kampf gegen die alten Führungseliten ihr Projekt durchzusetzen, nutzen sie die Religion. Alle westlichen Werte sind diskreditiert. Die Unterschichten sind heterogen, so daß sie nicht über eine gemeinsame Stellung im Produktionsprozeß angesprochen werden können, sondern als "Volk" mobilisiert werden. Besser als jedes wirtschaftswissenschaftliche Traktat erlaubt die Religion die Absicherung der Eigentumsrechte dieser auf private Akkumulation setzenden Mittelklassen.

Die Weltmodelle der neuen Führungseliten werden deshalb nicht mehr durch einen gemeinsamen Glauben an Ausbeutung als Ursache für Unterentwicklung zusammengeführt. Solidarität wird nur noch regional und innerhalb kultureller Gemeinsamkeiten geübt. Wegen des Endes des Ost-West-Gegensatzes nimmt die Zahlungsbereitschaft des Westens ab. Der Umfang von Ressourcen, die durch gemeinsame Aktionen ähnlich der Ölpreiserhöhung angeeignet werden könnten, nimmt ab, und damit selbstverständlich auch die Bereitschaft der neuen Führungseliten, in solche Allianzen Ressourcen zu investieren.

Einige Regionen bleiben weiterhin von Hilfe abhängig. Hier greift der Westen zur Effektivierung seiner Leistungen in die tägliche Wirtschaftspolitik ein. Andere, nicht hilfeabhängige Länder sehen in der Hilfe Gastgeschenke vergleichbar den Tributen, die bis zum 19. Jahrhundert von diplomatischen Missionen den chinesischen Kaisern übergeben wurden. In beiden Fällen wird Vertrautheit mit den je unterschiedlichen lokalen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren für die Wirksamkeit eigener Strategien entscheidend.

Nach dem Zerfall der Solidarität der Dritten Welt nehmen Konflikte zwischen den Staaten und innerhalb ethnisch heterogener Staaten zu, weil der Aufstieg neuer Mittelklassen auch die Form regionaler Bewegungen annehmen kann. Die Bewältigung dieser Sicherheitsprobleme erfordert Kooperation mit lokalen Führungsmächten. Sicherheitspolitik sucht nicht mehr vorrangig die Aufrechterhaltung der globalen Machtbalance zwischen den Weltführungsmächten, sondern die richtig dosierte Stützung lokaler Akteure zur Vermeidung der Eskalation lokaler Konflikte. Dazu

Implikationen für den Studiengang

Wegen der skizzierten Veränderungen im internationalen System tritt absehbar ein

sind heute die Armeen und Diplomaten fast aller Länder nur wenig vorbereitet.

Die Auflösung der bisherigen Kooperationsmuster im Staatensystem wird auch zur Folge haben, daß neue Formen transnationaler Beziehungen im Süden entstehen. Die Drogenmafia ist ein erstes Beispiel. Viele der neuen Klein- und Mittelunternehmer verfügen über transnationale Verflechtungen in völlig legalen Produktionszweigen, die bisher wenig erforscht sind.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus sind die sogenannten Reformstaaten entstanden, die Marktwirtschaften und pluralistische Demokratien aufbauen wollen. Ihre Analyse stellt eine neue Herausforderung an die Sozialwissenschaften in vielfältiger Hinsicht dar. Die totalitären Regime waren erfolgreich in der Atomisierung der Gesellschaften. Sie fallen nicht nach langwierigen bewaffneten Aufständen zusammen, sondern unter dem Ansturm noch wenig durchstrukturierter Organisationen. Trotz der breiten Diskussion der Intellektuellen über die Zivilgesellschaft in den Reformstaaten fehlen gerade die für die bürgerliche Gesellschaft entscheidend wichtigen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien, die Interessenaggregation und damit kohärente Strategien erlauben würden. Der wegen der Schwäche der "Zivilgesellschaft" nicht auszuschließende "politische Zerfall" erfordert im Interesse der internationalen Sicherheit Stützung von außen, die rasch die Formen der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden annehmen wird und sich nicht mehr allein auf die Bereitstellung finanzieller Leistungen beschränken wird. Auch hier wird die Bedeutung der Verknüpfung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bestimmend.

Bedarf nach Fachkräften auf, die in einer Vielzahl von Verwendungen bei staatli-

chen Organisationen, Verbänden, gemeinnützigen Organisationen und gewinnorientierten Unternehmen, sowohl innerhalb Deutschlands als auch auf internationaler Ebene, die von solchen Institutionen angestrebten Ziele den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten der Partner anpassen müssen.

Der Außenwirtschaftstheoretiker kann wenig zu politisch beeinflussten Strategien von Partnern sagen. Die Normen des Völkerrechts sind zu unpräzise, als daß aus ihnen allein Handlungsanleitungen abgeleitet werden könnten. Hier entsteht die Möglichkeit für mit sozialwissenschaftlicher Orientierung ausgebildete Politikwissenschaftler, zur Klärung der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen für Entscheidungen und Strategien sowie ihrer Auswirkungen in den internationalen Beziehungen beizutragen. Voraussetzung ist, daß eine solche Ausbildung einen sozialwissenschaftlich orientierten politikwissenschaftlichen Schwerpunkt mit Interdisziplinarität und historischer Dimension verbindet und gleichzeitig Praxisorientierung vermittelt.

Ergebnisse der komparativen Gesellschafts- und Politikforschung im Sinn einer soziologisch orientierten Komparativistik, die über "comparative government" hinausgeht, müssen angemessen rezipiert und auch reproduziert werden können. Politische und soziologische Theorie sind dazu ebenso notwendig wie Vertrautheit mit den Methoden der empirischen Sozialforschung. Vertrautheit mit unterschiedlichen Arrangements auf der Ebene der Verbandssysteme, des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft, der Arbeitsbeziehungen und der Institutionen des politischen Entscheidungsprozesses ist notwendig. Der Studiengang braucht deshalb eine allgemein politikwissenschaftliche Grundlage, die von allem Anfang an international komparativ vermittelt werden sollte, und ein ergänzendes Angebot der Soziologie.

Wir leben in einem kapitalistischen Weltsystem, das eine historische Dimension hat. In der historischen Entwicklung hatten unterschiedliche Gesellschaften unterschiedliche Entwicklungschancen. Dadurch ausgelöste Konflikte wirken in der Form historisch bedingter heutiger Selbstdefinitionen von Gesellschaften und ihren Eliten nach und sind selbst dann weiterhin geschichtsmächtig, wenn die ihnen zugrundeliegenden analytischen Modelle falsch sind.

In der historischen Dimension sind drei Komplexe unverzichtbar: Die Genese der Entwicklungsdynamik des kapitalistischen Weltsystems seit dem 16. Jahrhundert mit einer Reflexion über unterschiedliche vorkapitalistische Strukturen und ihres Übergangs zu selbsttragendem Wachstum; die internationalen Beziehungen seit der Französischen Revolution bis 1945, die die Struktur des Staatensystems wesentlich beeinflußt haben; das durch den Ost-West-Gegensatz und den politischen Aufstieg der Dritten Welt gekennzeichnete Staatensystem, das im wesentlichen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den osteuropäischen Revolutionen und zur Verschuldungskrise in der Dritten Welt, also bis Ende der 80er Jahre andauerte.

Historische und gegenwartsbezogene Analyse sind auf politologischer Ebene zusammenzuführen in einer Betrachtung der unterschiedlichen Typen von Akteuren, ihrer Instrumente, der für sie relevanten Handlungsbezüge und ihrer internen Strukturen. Hier wird neben den Staaten mit ihren unterschiedlichen ökonomischen und politischen Strukturen transnationale Unternehmen (unterschiedlichen Typs: neue transnationale Unternehmen auch aus der Dritten Welt), transnational operierende Verbände und andere Organisationen (einschließlich der sogenannten Nichtregierungsorganisationen, aber auch religiöser Organisationen) und die internationalen Regierungsorganisationen besondere Bedeutung zukommen.

Relativ stabile, nach Interessenlagen unterschiedliche Arrangements in unterschiedlichen Politikbereichen sind als "Regime" Strukturelement der internationalen Beziehungen, ohne daß dadurch notwendig eine dauerhafte unumkehrbare Tendenz zum Abbau der Dezentralität von Macht und damit von Anarchie, die die internationalen Beziehungen von nationalen politischen Systemen kennzeichnen, entstehen müßte. Die wahrscheinlich bessere Analogie ist die eines Feudalsystems mit einer Vielzahl von Instanzen, die durch wechselnde Koalitionen im Rahmen unterschiedlicher Arrangements begrenzt verbindliche Entscheidungen treffen können und auf Konsens von Akteuren unterschiedlicher Art und Interessenlage angewiesen sind.

Die Orientierung des Studiengangs auf die internationale Dimension des Zusammenwirkens von Markt und Politik kommt, sowohl in der Theorie als auch in der praktischen Tätigkeit, nicht ohne juristische und ökonomische Grundlagenkenntnisse aus, für die ganz zentral ist, daß sie innerhalb der regulären Veranstaltungen der Nachbarfakultäten erworben werden. Wichtig sind weniger die Einzelkenntnisse über Aspekte des Verwaltungs- oder Vertragsrechts, als vielmehr gerade die theoretischen Grundlagen der Gedankensysteme der Nachbarfakultäten; im Bereich des Rechtes, neben dem Staatsrecht und dem allgemeinen Verwaltungsrecht, die Grundlagen des bürgerlichen Rechtes, weil in ihnen die Vertragsproblematik enthalten ist. Hier liegen wiederum die Voraussetzungen für ein Verständnis der Struktur des internationalen Vertragsrechts. Für die Analyse ökonomischer Verflechtungen zwischen Volkswirtschaften ist ein Verständnis des makroökonomischen Kreislaufs und seiner Dynamik, der Grundlagen der Kontroversen innerhalb der Wachstumstheorie und der Außenwirtschaftstheorie unabdingbar. Ein Verständnis der wirt-

schaftlichen Strategien von Akteuren erfordert einen Einblick in die Denkmodelle der Betriebswirtschaft einschließlich ihrer stärker sozialwissenschaftlich orientierten Managementtheorie.

Eine solche gesellschaftswissenschaftlich reiche, unterschiedliche Strukturen im Weltsystem einbeziehende, empirisch gesättigte und interdisziplinär abgestützte Herangehensweise an Probleme der internationalen Beziehungen läßt sich nicht für alle Regionen der Welt auf gleiche Weise innerhalb eines vierjährigen Studiums erwerben. Regionale Spezialisierung ist deshalb zumindest im dritten und vierten Studienjahr notwendig. Es bietet sich an, angesichts unterschiedlicher interner Strukturen im wesentlichen zwischen drei Regionen zu unterscheiden.

Die westlichen Industrieländer sind durch sehr differenzierte Arrangements zwischen Politik und Wirtschaft zur Förderung internationaler Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet. Der europäische Einigungsprozeß ist hier ein wichtiges Sondergebiet, über das aber die Beziehungen zu den USA, zu Japan und zwischen diesen nicht vernachlässigt werden dürfen. In der trilateralen Konkurrenz spielen heute vor allem die Arrangements zur Förderung von Innovation durch Markt und Staat eine wesentliche Rolle. Institutioneller und gesellschaftlicher Wandel werden angestrebt.

Der Bereich der Südpolitik kann auf eine schon stark ausdifferenzierte curriculare Entwicklung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Analyse politischer Strukturen in den Entwicklungsländern und der Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen zurückgreifen. Angesichts der relativen Selbstständigkeit der von Hilfe weniger abhängigen Regionen werden sicherheitspolitische Fragen mehr als bisher einzubeziehen sein. Wegen des zunehmenden direkten Interventionismus der Entwicklungsagenturen in den armen Ländern werden die Probleme der Beteiligung im

Management innerhalb der dortigen Verwaltungen zur Abwicklung westlicher Hilfeleistungen zu berücksichtigen sein, auch durch eine stärkere komparative Betrachtung unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen in den Ländern des Südens.

Eine ähnliche, mikro- und mesoökonomische Aufgabenstellungen in politisch und gesellschaftlich komplexen Umwelten verbindende Ausrichtung erwarte ich auch für die Absolventen, die sich mit den Problemen der Reformstaaten Osteuropas beschäftigen. Die bisherige ostwissenschaftliche Forschung war auf Sicherheitsfragen konzentriert und hat politisch v.a. nach Segmenten innerhalb der "Nomenklatura" gefragt. Auch wenn die "Rekonversion" solcher Segmente im Rahmen des Liberalisierungsprozesses ein wichtiger Gegenstand der weiteren Analyse ist, bringen die bisherigen Theorien wenig für die Erforschung des Transformationsprozesses. Die Erfahrungen mit den Struktur Anpassungsprogrammen in der Dritten Welt haben gezeigt, daß hier ökonomisch beschränkte Analysen zu kurz greifen. Nicht zufällig ist das "Kunstwort" der Governance zum neuen Renner in der Diskussion sowohl in Bezug auf den Süden als auch in Bezug auf den Osten geworden.

Mit der angestrebten Personalstruktur des Instituts kann eine solche Aufgabenstellung, wie sie hier gekennzeichnet wurde, verwirklicht werden, wenn wir in den Mittelpunkt stellen, daß Problembewußtsein und analytische Fähigkeit vermittelt werden sollen. Das Institut wäre überfordert, wenn es alle regionalen Besonderheiten als Teil seines Curriculums betrachten würde. Dies wäre aber auch wenig zweckmäßig, weil Kennzeichen der zukünftigen Aufgaben der Absolventen zweifellos ist, daß die Details nie vorhersehbar und deshalb die Entwicklung angemessener theoriegeleiteter Strategien schon zur Beschaffung und Sichtung von Informationen entscheidend sind.

Die Erfahrung zeigt, daß solche Fähigkeiten durch Praxisbezug nachhaltig gefördert werden. Ein Arbeitsaufenthalt angemessener Dauer in für spätere Spezialisierung relevanten Ländern oder Organisationen ist unverzichtbar. Ein solches Praktikum kann auch eine Brücke zu den in der Leipziger Region ansässigen Institutionen und Unternehmen darstellen, die sich selbst verstärkt den Herausforderungen wachsender Internationalisierung ihres Umfelds und wachsender eigener internationaler Zusammenarbeit stellen müssen.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Sprachkenntnisse: Englisch ist allein wegen der Literatur, die zu bearbeiten ist, unverzichtbar. Keine internationale Aufgabe kann ohne gute englische Kenntnisse in Wort und Schrift gemeistert werden. Häufig sind Berichte, die der Absolvent in der späteren Berufstätigkeit erstellen muß, in Englisch abzuliefern. Für den Studienerfolg und für die Einsatzfähigkeit ist allerdings mindestens eine zweite für die jeweilige Region relevante Sprache notwendig.

Expertise aus der Praxis von Institutionen, Verbänden und Unternehmen muß fester Bestandteil des Curriculums werden. Hierfür sind Mittel im Umfang eines Lehrauftrags pro regionalem Schwerpunkt und pro Jahr zugesagt, so daß dieses Ziel verwirklicht werden kann.

Eine solche Ausrichtung des Studiengangs sollte sich in entsprechenden Forschungsvorhaben niederschlagen. Die von mir geleitete Arbeitsgruppe wird sich zunächst vorrangig mit zwei Fragen beschäftigen:

- Bedingungen des Übergangs zu marktwirtschaftlich gesteuertem Wachstum vergleichend im Süden und im Osten unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft und der Rolle kleinerer Unternehmen.

- Zusammenwirken internationaler Organisationen bei der Förderung von Entwick-

lung in rückständigen Ökonomien und beim Ausgleich wirtschaftlicher und politischer Konflikte zwischen Ländern unterschiedlichen Entwicklungsstands.

Zu prüfen wäre, inwieweit die Verdichtung

Der Studiengang an der Leipziger Universität

Für die Realisierung eines so konzipierten Studiengangs internationaler Beziehungen scheint mir eine ostdeutsche Universität geeigneter als eine westdeutsche. Hier ist durch die Revolution das Gewicht früherer curriculärer Festlegungen noch gering. Neues kann aufgebaut werden.

Zudem nützt dem Studiengang die Einbettung in ein Umfeld, das selbst dem Prozeß der Internationalisierung ausgesetzt ist, wie dies in einer größeren Stadt mit einer Vielfalt von Institutionen und Unternehmen möglich ist. Leipzig mit seiner Tradition als weltoffener Messestadt mit vielfältigen internationalen Verbindungen ist deshalb ein äußerst geeigneter Ort.

Über ihre historische Bedeutung hinaus hat der Stadt ihre Schlüsselrolle in der Revolution von 1989 Beachtung und Ansehen verschafft. Es gibt nicht viele Orte in Deutschland, in denen das neue auf Frei-

von Universitäten im mitteleuropäischen Raum die Möglichkeit ergibt, bei solchen Forschungen durch regionale Kooperation das personelle und intellektuelle Potential zu vergrößern.

heit, Rechtsstaat und Demokratie gegründete Deutschland so eindringlich beide Teile Deutschlands verbindend präsent geworden ist. Arrangements im Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft gründen sich in Deutschland auf die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit mit den beiden antidemokratischen und antibürgerlichen Strömungen des 20. Jahrhunderts. Die alte Bundesrepublik war aufgrund der eigenen Erfahrungen erfolgreich bei der Entwicklung eines politischen und gesellschaftlichen Arrangements, das ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig begünstigt hat. Im Osten Deutschlands entsteht etwas Neues, das besser als das alte Modell auf neue Herausforderungen reagieren kann, neue Strukturen des internationalen Systems widerspiegelt. Leipzig wird ein guter Ort sein, darüber nachzudenken.

Hartmut Elsenhans (Leipzig)

Durchbruch bei der Ostrenten-Kappung?

Das Bundessozialgericht in Kassel hält die generelle Kürzung für unzulässig

Das Bundessozialgericht hat kürzlich entschieden, die jetzt im Rentenüberleitungsgesetz vorgesehene pauschale Kürzung der Renten aus Sozialversicherung und Zusatzversorgung der Intelligenz sei rechtlich unzulässig und nur bei nachgewiesener "Systemnähe" gerechtfertigt. Drei Verfahren wurden daher an die Instanzgerichte zurückverwiesen, damit diese die erforderliche Sachverhaltsaufklärung nachholen können.

Am 27. Januar 1993 standen beim 4. Senat des Bundessozialgerichtes drei Termine zur mündlichen Verhandlung zur Frage

der Zulässigkeit der Rentenkappung auf den Betrag von 2010 DM nach § 10 Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungs-

gesetz (AAÜG) an. Wegen der besonderen Bedeutung der Verfahren hat die Geschäftsstelle des Deutschen Hochschulverbandes eine Prozeßbeobachterin nach Kassel gesandt.

In den Verfahren war über die Klagen dreier emeritierter Hochschulprofessoren aus den neuen Bundesländern gegen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) zu entscheiden, deren Renten von der Überleitungsanstalt Sozialversicherung, der Rechtsvorgängerin der beklagten BfA, zum 1. August 1991 von 2430 DM, 2814 DM und 4238 DM auf 2010 DM gekürzt worden waren. Die Kläger dieser Streitfälle waren Professoren (Professorinnen) an Hochschulen der ehemaligen DDR. Sie sind bis zum 30. September 1989 aus dem Dienst geschieden und bezogen neben einer Altersrente (Invalidenrente) aus der Sozialversicherung der DDR eine Zusatzversorgung nach der Verordnung über die Altersversorgung der Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen der DDR vom 12. Juli 1957.

Im Gerichtssaal herrschte große Spannung, zumal zahlreiche Vertreter der Presse und des Fernsehens dem Verfahren beiwohnten. Obwohl vor dem Bundessozialgericht strenggenommen nur der Prozeßvertreter der Kläger zum Vortrag berechtigt (postulationsfähig) ist, wurde den Klägern ebenfalls das Wort erteilt. Diese legten ihre persönliche Lage und ihren beruflichen Werdegang dar, wodurch dem Gericht Gelegenheit gegeben wurde, zum Teil sehr persönlich gehaltene Berichte schwieriger Schicksale entgegenzunehmen. Mit gespannter Erwartung sahen alle Beteiligten und Zuhörer dem am Ende der Sitzung verkündeten Entscheidungen entgegen, zumal der Vorsitzende im Laufe der Sitzung sich dahingehend geäußert hatte, die zu entscheidende Rechtsfrage nicht dem Bundesverfassungsgericht vorlegen

zu wollen. Hiergegen spreche nicht zuletzt die lange Verfahrensdauer, wodurch den Klägern nicht geholfen sei.

Nach längerer Beratungspause wurden die Entscheidungen verkündet: Die Revisionen wurden zurückgewiesen, soweit die Kläger eine monatliche Altersversorgung mit einem höheren als dem bisherigen Gesamtzahlbetrag begeherten. Die Kürzungsbescheide wurden aufgehoben; bis zu einer abschließenden rechtskräftigen Entscheidung sind die vor der Kürzung gezahlten Renten weiter zu zahlen. Im übrigen wurden die Streitsachen an die Vorinstanzen zurückverwiesen, damit diese die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen zum Beruf und Werdegang nachholen könnten.

Kern der Urteilsbegründungen war die im Wege schwierigster rechtlicher Ausgangsüberlegungen gefundene richterliche Erkenntnis, daß sich der Senat auf den Wortlaut der Kappungsvorschrift § 10 Abs. 1 Nr. 1 AAÜG nicht habe beschränken können. Zur Ermittlung seiner vollen Regelungsbreite sei vielmehr auf den Sinnzusammenhang mit den zugehörigen Vorschriften des Gesetzes unter Einschluß des Einigungsvertrages, auf das Regelungsziel und auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes abzustellen gewesen. Alles dies habe ergeben, daß § 10 AAÜG dem Zweck diene, den Abbau objektiv überhöhter, das heißt nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zuerkannter, also leistungsfremder Ansprüche aus Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR zu vervollständigen. Nach allem könne der Gesamtbeitrag nur dann auf 2010 DM monatlich herabgesetzt werden, wenn der Betroffene zu dem Personenkreis gehöre, der auch bei der Überführung seiner Rente auf das Recht der Bundesrepublik nach §§ 6 und 14 AAÜG wegen "Systemnähe" der Rentenkürzung zu unterwerfen sei.

Die schriftlichen Urteilsbegründungen dürften erst in einigen Wochen vorliegen. Daher kann augenblicklich noch kaum eine Aussage darüber getroffen werden, welches die Konsequenzen für die Betroffenen sind. Soviel erscheint aber bereits sicher: alle, die einen sogenannten Unterwerfungsvergleich abgeschlossen haben, sollten umgehend bei der Bundesversicherungsanstalt einen neuen Antrag auf Zahlung der ungekürzten Rente stellen. Sie sollten diesem Antrag eine Ablichtung des sozialgerichtlichen Vergleichs beifügen und auf die Urteile des Bundessozialgerichts mit den Aktenzeichen 4 RA 50/92, 4 RA 40/92 und 4 RA 35/92 hinweisen.

Alle Betroffenen, deren Sozialgerichtsverfahren in der ersten oder der zweiten Instanz noch anhängig sind, sollten ebenfalls auf die in Kassel verkündeten Urteile unter Angaben der Aktenzeichen hinweisen. Diejenigen, die versäumt haben, gegen die Kürzungsbescheide Rechtsmittel einzulegen, sollten Widerspruch gegen den nächsten, ihnen zugehenden Rentenbescheid einlegen und bei negativem Widerspruchsbescheid dagegen innerhalb der Monatsfrist Klage zum Sozialgericht erheben.

Ellen Allert (Bonn)

(aus: Mitteilungen des Hochschulverbandes 1/93)

Hochschulausbau wird fortgesetzt Bund und Länder einigen sich auf einen neuen Rahmenplan

Bund und Länder haben am Mittwoch (24. Februar 1993) den 22. Rahmenplan für den Hochschulbau verabschiedet.

Der 22. Rahmenplan ist nach einem ersten Versuch im Juli des vergangenen Jahres erst im zweiten Anlauf zustande gekommen. Die Länder hatten gehofft, daß der Bund seinen Anteil auf 2 Milliarden DM aufstockt. Der Bundestag hatte jedoch für das laufende Jahr 1,68 Milliarden DM beschlossen.

Rund 80 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens von 3,36 Milliarden (je zur Hälfte Bund und Länder) davon entfallen auf Projekte in den alten Ländern.

Nach der Verabschiedung des 22. Rahmenplans für den Hochschulbau können in den alten Ländern jetzt alle im Juli 1992 zunächst gestoppten Vorhaben des 21.

Rahmenplans begonnen werden. In den alten Ländern ist auch die Finanzierung von bereits begonnenen Vorhaben einschließlich der Baupreissteigerungen in vollem Umfang gewährleistet. Allerdings ist es nach Angaben Ortlebs für die Freigabe der Vorhaben in den neuen Ländern notwendig gewesen, die Mittel für die wissenschaftlichen Großgeräte in diesem Jahr einheitlich um rund 30 Prozent zu kürzen. Anders wäre diese Prioritätenregelung nicht zu realisieren gewesen.

Zu den Projekten, die in diesem Jahr in den neuen Ländern in Angriff genommen werden können, gehören unter anderem:

Fachhochschule Wildau

- Neubau eines Gebäudes für die Informatik (19,5 Millionen DM)
- Neubau eines Laborgebäudes (23,9 Millionen DM)

Universität Rostock

- Umbau der Bibliothek (2,7 Millionen DM)
- Vier große Sanierungsvorhaben unter anderem für ein Schwesternwohnheim und eine Mehrzweckhalle (5,4 Millionen DM)

Fachhochschule Wismar

- Neubau eines Laborgebäudes (7,7 Millionen DM)

Universität Leipzig

- Umbaumaßnahme für ein Verfügungsgebäude mit Präsenzbibliothek (7 Millionen DM)
- Neubau einer OP-Abteilung für die "Kiefer- und Gesichtschirurgie" (5 Millionen DM)

Universität Halle

- Sieben Sanierungsvorhaben für Altbauten im Stadtzentrum

Fachhochschule Harz/ Wernigerode

- Drei Vorhaben für die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften, Elektronik und Informatik (16,5 Millionen DM)

Universität Jena

- Grundsanie rung der HNO-Klinik (11,3 Millionen DM)

Pädagogische Hochschule Erfurt

- Sanierung, Umbau und Anbau eines Mehrzweckgebäudes (6,3 Millionen DM)

(BMBW-PI)

Wissenschaftsrat empfiehlt abgestimmte Entwicklung der Naturwissenschaften an den Universitäten im Raum Berlin-Potsdam

In seiner soeben vorgelegten Stellungnahme zu den Naturwissenschaften an den Universitäten im Raum Berlin-Potsdam empfiehlt der Wissenschaftsrat eine enge Abstimmung der künftig an vier Universitäten vertretenen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. In dieser Region entsteht nach den gegenwärtigen Planungen Deutschlands quantitativ größtes Potential für die mathematisch-naturwissenschaftliche Forschung in Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten. Im Zusammenwirken von außeruniversitären und universitären Forschungsgruppen sieht der Wissenschaftsrat die Chance zur Entwicklung einer Wissenschaftslandschaft mit besonderer überregionaler Ausstrahlungskraft.

An den Berliner Universitäten gibt es eine Reihe in der Forschung leistungsstarker

anerkannter mathematisch-naturwissenschaftlicher Fachbereiche, von denen einige zu den in ihrem Fach personalstärksten in Deutschland zählen. Das Land Berlin hält angesichts der finanziellen Engpässe im Landeshaushalt eine Verminderung der Kapazitäten seiner Universitäten für notwendig. Zugleich soll entsprechend den hochschulpolitischen Vorstellungen des Wissenschaftsrates der Fachhochschulsektor, der in Berlin bislang verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet nur ein geringes Gewicht hat, gezielt ausgebaut werden. In Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Landeshochschulstrukturkommission, die ihren Bericht im Dezember vorgelegt hat, empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Naturwissenschaften "relativ zu verschonen", ebenso die Ingenieurwissenschaften. Zur Begründung wird auf die überregional anerkannten Forschungslei-

stungen dieser Fächer und auf deren Bedeutung für die wissenschaftlich-technische Entwicklung im Großraum Berlin verwiesen. Die gleichwohl auch in den Naturwissenschaften notwendige Abschmelzung des Personalbestandes soll zeitlich gestreckt werden, damit es den Fächern weiterhin möglich bleibt, freierwerdende Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs wieder zu besetzen. Auch müssen die für die Fächer zentralen Professuren von den Personalkürzungen ausgenommen werden, damit freierwerdende "Eckprofessuren" wieder besetzt werden können.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulforschung zu stärken, empfiehlt der Wissenschaftsrat, die an der Freien Universität und an der Technischen Universität verzerrte Personalstruktur mit einem zu geringen Anteil von zeitlich befristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter zu korrigieren. In den 70er Jahren waren viele Angehörige des akademischen Mittelbaus auf Professorenstellen übergeleitet worden.

Der Wissenschaftsrat kritisiert die langen Studienzeiten und die in einigen Fächern hohen Abbruchquoten in den Naturwissenschaften an der Freien Universität und der Technischen Universität. Er empfiehlt den Fachbereichen, die Studien- und Prüfungsordnungen systematisch auf Schwachstellen zu analysieren und die von den Hochschulen zu verantwortenden Ursachen für überlange Studienzeiten und hohe Abbruchquoten zu beseitigen.

Ein besonderes Problem sieht der Wissenschaftsrat in der Aufteilung der Lehramtsausbildung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern auf drei Universitäten mit einer jeweils nur sehr kleinen Zahl an Lehramtsstudierenden in den Naturwissenschaften. Diese Zersplitterung der Ausbildungskapazitäten führe einer-

seits zu einem unökonomischen Mittelniveau, andererseits behindere die randständige Bedeutung der Lehramtsstudiengänge in den Fachbereichen eine Professionalisierung der Lehramtsausbildung und eine Identifikation der Lehrenden und Lernenden mit dem Beruf des Lehrers. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die Ausbildung für Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in den naturwissenschaftlichen Fächern an der Freien Universität und an der Humboldt-Universität zu konzentrieren und die entsprechenden Studienmöglichkeiten an der Technischen Universität einzustellen.

Für die Universität Potsdam, an der Lehrer in allen naturwissenschaftlichen Fächern ausgebildet werden, empfiehlt der Wissenschaftsrat, zunächst die Lehrerbildung zu konsolidieren. Für den Aufbau naturwissenschaftlicher Diplomstudiengänge empfiehlt der Wissenschaftsrat einen mit den Ausbauplanungen für die anderen Hochschulen des Landes Brandenburg abgestimmten Stufenplan, der den Baufortschritt, die Berufung von Wissenschaftlern und die Aufnahme des Lehrbetriebes koordiniert. Der Wissenschaftsrat sieht angesichts des bei vielen anderen Vorhaben des Landes drängenden Investitionsbedarfs keine überzeugenden Gründe für eine zeitliche Priorität der Investitionsvorhaben für die Naturwissenschaften in Potsdam. In den Fächern, in denen dort derzeit keine ausreichenden experimentellen Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, empfiehlt der Wissenschaftsrat den Lehrbetrieb für die Diplomstudiengänge vorerst einzustellen oder noch nicht aufzunehmen. Der kleinen Zahl immatrikulierter Diplom-Studenten wird empfohlen, ihr Studium an einer Berliner Universität fortzusetzen.

Der Wissenschaftsrat hat sich eine abschließende Stellungnahme zum Auf- und Ausbau der Naturwissenschaften an der Uni-

versität Potsdam vorbehalten, da die endgültige Fassung der Gründungsdenkschrift noch aussteht und ein gestuftes Aufbaukonzept für die einzelnen Naturwissenschaften für notwendig erachtet wird. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land hierfür einen Strukturbeirat unter Beteiligung externer Sachverständiger einzurichten. Vor der Aufnahme von Bauprojekten in den Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, die Voraussetzung

für die Mitfinanzierung durch den Bund ist, hält es der Wissenschaftsrat für notwendig, daß dieses gestufte Aufbaukonzept vorliegt und das Land Prioritäten für die Hochschulinvestitionen in Brandenburg festlegt.

(WiRa-Pl)

(Der vollständige Text der Stellungnahme kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Str. 11, W-5000 Köln 51 angefordert werden. Nurnschriftliche Bestellungen z.H. von Frau Kom.)

AG Sekten/ Sondergemeinschaften des Studentenrates an der TU Dresden

In Beobachtung der seit der "Maueröffnung" auf das Gebiet der ehemaligen DDR einströmenden verschiedenen religiösen und pseudoreligiösen Bewegungen, in der Besorgnis sich daraus ergebender Konsequenzen und vor allem in der Verantwortung gegenüber der speziellen "Zielgruppe Studenten" kamen wir zu der Auffassung, dem Beispiel des Studentenrates der TU Chemnitz folgend, eine AG Sekten/ Sondergemeinschaften zu gründen, deren Aufgabe vorrangig in der Information über Ziele und Methoden dieser Gruppen sowie in der Beratung Betroffener besteht. Dazu macht sich ein intensiver Informationsaustausch mit gleichgelagerten Gruppen bzw. Vertretern anderer Institutionen, z.B. Bundesministerien (Frauen und Jugend, Familie, Gesundheit,...) Landesministerien (Kultus,...), Stadtjugendämtern, Eltern- und Betroffenen-Initiativen, Sektenbeauftragten der Kirchen, Rechtsanwälten erforderlich, der bisher sehr zufriedenstellen angelaufen ist. Ein Vertreter unserer AG arbeitet im interministeriellen Arbeitskreis für religiöse Sonderbewegungen/ Sektenaktivitäten im Freistaat Sachsen mit.

Verschiedene Auftritte unserer Mitglieder in den Medien zeugen vom öffentlichen Interesse.

Was ist Gegenstand unserer Tätigkeit? In den letzten Monaten läßt sich ein verstärktes Auftreten (Missionieren) von Gruppen oben genannter Ausrichtung konstatieren, die ihr Wirken auf das Gebiet (Stadt) Dresden und speziell auch die Studenten der TU konzentrieren. Dies sind u.a.:

- Eckankar
- Hare Krshna
- Heaven's Love/ Kinder Gottes - Familie der Liebe
- Sant Thakar Singh
- Schiller-Institut
- Scientology Church/ Dianetik
- Sri Chinmoy
- Transzendente Meditation
- Vereinigungsbewegung (Mun-Sekte)
- Zentrum für effektive Gesellschaftsgestaltung
- Zeugen Jehovas.

Gemeinsam ist diesen ein enormer Werbeaufwand, der von Plakaten in der ganzen Stadt über Briefkastenaktionen bis hin

zu Hausbesuchen reicht. Angeboten wird von ihnen Rat bei der Lösung der heute zu bewältigenden schwierigen persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Probleme und später das Angebot, die Lösung dieser Probleme in ihrer Gemeinschaft zu finden. Andere argumentieren mit der Notwendigkeit der erweiterten Ausnutzung des geistigen Potentials (Scientology: "Wir nutzen nur 10% unseres geistigen Vermögens") und bieten folglich dessen Vervollkommnung an. Dies gibt es natürlich nicht umsonst. Die Folge sind psychische und teilweise auch materielle Abhängigkeit, Herauslösung aus dem sozialen Gefüge, teilweise Verlust der eigenen Persönlichkeit, unter Umständen an einen Führer (Guru). So verlassen Ehepartner oder Kinder von heute auf morgen ihre Familie und bringen dabei noch gemeinsame Wertobjekte in das Vermögen der Gruppe ein. Als sehr kritisch ist auch ein eventueller Ausstieg aus solchen Bewegungen einzuschätzen.

Nachdem man möglicherweise jahrelang isoliert von der Außenwelt und zusätzlich räumlich weit entfernt (Ausland) von ehemaligen Freunden oder Angehörigen gelebt hat und mit diesen selbst jeglichen Kontakt abbrach, nun von diesen (oder auch von anderen außerhalb der Gemeinschaft) wieder aufgenommen zu werden, erscheint problematisch. Nicht selten enden solche Versuche in schwersten psychischen Konflikten.

Davor zu warnen sowie im Bedarfsfall zu helfen, ist Ziel und Inhalt unserer Arbeit. Wir führen jeden Dienstag in der Baracke der Jugend (TU Gelände) von 18-19 Uhr Sprechstunden zu diesem Thema durch. Unsere Kontaktadresse lautet: Studentenrat TU Dresden, AG Sekten/ Sondergemeinschaften, Mommsenstraße 13, O-8027 Dresden, Telefon: 463 2043/42, 463 4853, Telefax: 463 4714.

(aus: *Dresdner Uni-Journal* 4/93)

PUBLIKATIONEN zu Sekten/ Sektenähnlichen Gruppen/ Sondergemeinschaften an Hochschulen

Therapie-Orden auf Expansionskurs. Die Machenschaften des Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM). Hannover o.J. (1992). 33+27 S. Kostenlos zu beziehen bei: ASIa der Uni Hannover, Welfengarten 1, W - 3000 Hannover 61.

Sekten und Sondergemeinschaften in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer Tagung unter dem Thema: "Jugendsekten, Psychokulte, Okkultismus" - Informationsvorträge und Seminare, Chemnitz, 15.-16. November 1991. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Chemnitz und der AG Sekten/Sondergemeinschaften beim Studentenrat der TU Chemnitz. Chemnitz 1992. 156 S. Kostenloser Bezug bei: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Chemnitz, Dresdner Str. 38, O - 9072 Chemnitz.

VPM-Reader. Hrsg. von der Fachschaft Medizin der Uni Köln. Köln 1992. 186 S. Kostenlos zu beziehen bei: Universität Köln, Fachschaft Medizin, Albert-Magnus-Platz, W - 5000 Köln 41.

Das "Handbuch der Großforschung", Ausgabe 1991/92, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen AGF, enthält in einem beigelegten Faltblatt folgende Übersicht.

Aufgabenprofile der Großforschungseinrichtungen und ihrer Zweigstellen in den neuen Bundesländern

GFZ Stiftung GeoForschungsZentrum Potsdam, Telegrafenberg, O-1561 Potsdam, Telefon (03 31) 3 10-0, Telefax (03 31) 2 28 24, Mitarbeiter: 350
Fördermittel 1992: 49,3 Millionen Mark

Interdisziplinäre geowissenschaftliche Grundlagenforschung in den Bereichen: Globale Felder und Dynamik der Lithosphäre; Eigenschaften, Zustand und Prozesse der kontinentalen Lithosphäre; Trägerschaft von geowissenschaftlichen Großanlagen und Gerätepools einschließlich Observatorium und Welt-Daten-Center

MDC Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Robert Rössle-Straße 10, O-1115 Berlin-Buch, Telefon (0 30) 9 46-0, Telefax (0 30) 9 49-41 61, Mitarbeiter: 600
Fördermittel 1992: 63,4 Millionen Mark

Grundlagenforschung und klinische Anwendungen im Bereich der molekularen Medizin auf den Gebieten Herz-Kreislauf, Hypertonie, Krebs, Molekularbiologie, Neurobiologie, Immunologie und Zellphysiologie

UFZ Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Permoser Str. 15, O-7050 Leipzig, Telefon (03 41) 23 92-0, Telefax (03 41) 23 92-26 49, Mitarbeiter: 350
Fördermittel 1992: 45 Millionen Mark

Schadstoffeintrag in Boden, Grundwasser und Biosphäre; Transportverhalten und Verbleib von Schadstoffen; Deponieforschung; Belastung und Wirkung von Schadstoffen in Ökosystemen; Landschaftsökologische Erkundung; Regeneration von Strukturen und Prozessen in Ökosystemen; Beratung von Sanierungsträgern; Umweltbelastung und Gesundheit

AWI Forschungsstelle Potsdam des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung Telegrafenberg, O-1560 Potsdam, Telefon (03 31) 31 00, Telefax (03 31) 2 28 24
Kontinentale Polarforschung mit physikalischen, geologischen und biologischen Fragestellungen unter organisatorischer Angliederung an die Fachbereiche in Bremerhaven

DESY Institut für Hochenergiephysik des Deutschen Elektronen-Synchrotron (IfH) Platanenallee 6, O-1615 Zeuthen, Telefon (03 37 62) 50, Telefax (03 37 62) 52 82
Experimentelle Teilchenphysik, Entwicklung von empfindlichen Meßgeräten für Teilchen-Detektoren, theoretische Teilchenphysik

DLR Forschungszentrum Berlin-Adlershof der Deutschen Luft- und Raumfahrt einschließlich Satellitenbodenstation Neustrelitz, Rudower Chaussee 5, O-1199 Berlin, Telefon (0 03 72) 67 04-9, Telefax (0 03 72) 67 04-51 84

Planetare Fernerkundung; Satellitenerkundung Hydrosphäre; wissensbasierte Fernerkundungssysteme; Regionales Nutzerzentrum für Fernerkundungsdaten

GKSS Institut für Gewässerforschung Magdeburg des GKSS Forschungszentrums Geesthacht GmbH, Wallstraße 17, O-3010 Magdeburg, Telefon (03 91) 3 72-0, Telefax (03 91) 2 00

Grundlagenforschung und angewandte Forschung auf dem Gebiet von ökologischen Aspekten des Stoff- und Energiehaushaltes im Elbeinzugsgebiet; Empfehlungen für die integrierte Umweltbeobachtung des Elbeinzugsgebietes; Untersuchungen zur Stabilität, Belastbarkeit und Regenerationsfähigkeit aquatischer Ökosysteme; Möglichkeiten zur Restaurierung limnischer Ökosysteme; Aufbau einer Literaturdatenbank für das Elbeinzugsgebiet

GKSS Institut für Chemie, Abteilungen für Membranforschung des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht GmbH, Kantstraße 55, O-1530 Teltow/Brandenburg, Telefon (0 33 28) 4 63 21, Telefax (0 33 28) 4 63 23

Polymerenchemie und -physik, besonders der Membranforschung und -entwicklung; Molecular-Design, Polymerstrukturanalysen, Untersuchung von Grenzflächen und Transportmechanismen unter Einbeziehung geordneter Trennphasen; Entwicklung von Hochleistungsmembranen

HMI Abteilung Photovoltaik auf Silizium-Basis des Hahn-Meitner-Instituts Berlin, Rudower Chaussee 5, O-1199 Berlin, Telefon (0 30) 67 04-42 51, Telefax (0 30) 67 04-42 49

Physikalische und technologische Untersuchungen zu den Grundphänomenen und den Eigenschaften photovoltaischer Strukturen auf Silizium-Basis. Entwicklung einer Schichtkombination auf Silizium-Basis und Verbesserung der Kenntnisse pol- und feinkristalliner Schichten und Schichtsysteme

IPP Bereich des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, Hausvogteiplatz 5-7, O-1086 Berlin, Telefon (0 30) 2 03 77-0, Telefax (0 30) 2 61 20 35

Fusionsorientierte Plasmaphysik, Betrieb eines Plasmasimulators

KFA Außenstelle Rostock-Warnemünde des Forschungszentrums Jülich GmbH, Seestraße 15, O-2530 Rostock-Warnemünde, Telefon (03 81) 35 49 12, Telefax (03 81) 81-5 83 36

Außenstelle der BMFT-Projektträgerschaft Biologie, Energie und Ökologie; Meeresforschung; Meeresbiologie

KfK Außenstelle Dresden des Kernforschungszentrums Karlsruhe GmbH, Hallwachstraße 31, O-8010 Dresden, Telefon (03 51) 4 65 94 35, Telefax (03 51) 4 65 94 44

Außenstelle der BMFT-Projektträgerschaften "Fertigungstechnik und Qualitätssicherung", "Entsorgung" und "Wassertechnologie und Schlammbehandlung"

BUNDESMINISTERIUM FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE
DER STAATSEKRETÄR

Bonn, 03.09.1992

An den
Präsidenten der Deutschen
Gesellschaft für Zeitge-
schichtliche Fragen e. V.
Herrn Dr. h.c. Kurt Köhler
Äußere Brucker Straße 33

8520 Erlangen

C	...ANGEN
07. SEP. 1992	
[Handwritten Signature]	

Sehr geehrter Herr Dr. Köhler,

für Ihr Schreiben vom 21. Juli 1992 danke ich Ihnen. Wie Ihnen bekannt ist, hat es nach der deutschen Wiedervereinigung vielfältige Überlegungen über die Zukunft des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) gegeben. Herr Dr. Strub hat Ihnen am 14.07.1992 bereits mündlich mitgeteilt, daß am Ende eines sorgfältigen Abwägungsprozesses die Entscheidung gefallen ist, die institutionelle Förderung des IGW mit Ablauf des 31.12.1992 einzustellen. Für finanzielle Verpflichtungen des BMFT, die über dieses Datum hinaus ergehen, sind Mittel im Haushalt 1993 vorgesehen, so daß unser gemeinsames Anliegen, die sozialverträgliche Abwicklung des IGW, sichergestellt ist.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Tatsache, daß durch die politischen Ereignisse der letzten beiden Jahre die vergleichende Deutschlandforschung als Hauptaufgabe des IGW weggefallen ist. Ich bitte um Verständnis, daß die Bundesregierung nach Herstellung der deutschen Einheit die Aktivitäten, die aus der Teilung des Landes abgeleitet waren, nicht mehr weiterfinanzieren kann. Auch Überlegungen, unter Berücksichtigung des

Postenschrift
Postfach 20 02 40
5300 Bonn 2

Dienstgebäude
Heinemannstraße 2
5300 Bonn 2

Telefon
02 281 59-30 20

Teletex
228 36 28 BMFTb

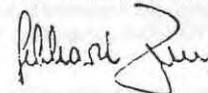
Gutachtens vom 29. Januar 1992 das IGW mit veränderter Zwecksetzung weiterzuführen, haben keine hinreichende Grundlage zur Fortsetzung der Förderung ergeben.

Dabei verkenne ich nicht, daß das IGW über viele Jahre unter schwierigen Bedingungen dem BMFT wertvolle Dienste im Rahmen seiner Aufgabenstellung geleistet hat, für die ich mich hiermit bedanken möchte. Ich bin gerne bereit, Bewerbungen von IGW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern zu neuen Arbeitgebern zu unterstützen, soweit dieses in meinem Einflußbereich liegt.

Ich darf Sie bitten, mir baldmöglichst ein Konzept vorzulegen, das die Konsequenzen der Einstellung der institutionellen Förderung des IGW mit Ablauf des 31.12.1992 berücksichtigt. Außerdem gehe ich davon aus, daß Sie Dispositionen personeller und finanzieller Art nur noch in dem für die Umsetzung dieser Entscheidung unbedingt notwendigen Umfang tätigen werden.

Schließlich möchte ich um Ihr Verständnis bitten, daß Ihnen diese Entscheidung erst jetzt mitgeteilt wird; dies liegt auch im Interesse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zwischeninformationen vor Abschluß des Entscheidungsprozesses hätten Ihnen nicht die Klarheit erbracht, auf die sie einen Anspruch haben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gebhard Ziller

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): **Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991. 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks** (Studien zu Bildung und Wissenschaft Bd. 103) [erste gesamtdeutsche Sozialerhebung mit getrennten Aussagen zur West- und Ost-Situation]. In Kommission K. H. Bock Verlag Bad Honnef, Bonn 1992. 576 S. Über den Buchhandel.

Rauh, Hans Christoph: **Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben**. Dietz Verlag, Berlin 1991. 366 S. Über den Buchhandel.

Richter, Frank: **Philosophie in der Krise** [Abrechnung des ehemaligen Philosophieprofessors an der Bergakademie Freiberg mit dem Dialektischen Materialismus in der DDR]. Dietz Verlag, Berlin 1991. 211 S. Über den Buchhandel.

Vier Jahrzehnte kirchlich-theologischer Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar. Die Kirchliche Hochschule. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1993. ca. 160 S. Über den Buchh.

Herbert, Ulrich/Groehler, Olaf: **Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten** [u.a. zur NS-Forschung in der DDR-Geschichtswissenschaft]. Ergebnisse Verlag, Hamburg o.J. (1992). 88 S. Über den Buchhandel.

Peter, Lothar: **Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR** (IMSF-Forschung und Diskussion, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Bd. 7). Frankfurt a.M. 1991. 110 S. DM 10,-. Bestellungen an: IMSF e.V., Kölner Str. 66, W - 6000 Frankfurt/M. 1.

Drews, Jörg/Lehmann, Christian (Hrsg.): **Dialog ohne Grenzen. Beiträge zum Bielefelder Kolloquium zur Lage von Linguistik und Literaturwissenschaft in der ehemaligen DDR** (Bielefelder Schriften zur Linguistik und Literaturwissenschaft, Bd. 1). Aisthesis Verlag, Bielefeld 1991. 174 S. DM 29,80. Über den Buchhandel.

Jahrbuch für Internationale Germanistik Jahrgang XXIII/Heft 2, 1991 [im Mittelpunkt: "Abhandlungen zum Rahmenthema XXVII 'Die Germanistik in der einstigen DDR - Leistung und Kritik' Erste Folge"]. Verlag Peter Lang, Bern 1992. 140 S. DM 29,80. Über den Buchhandel.

Der Rektor der Ernst-Moritz-Amdt-Universität Greifswald (Hrsg.): **Ehrenpromotion Hildegard Emmel. "Emigration als Herausforderung". Am 15. November 1991 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität** (Greifswalder Universitätsreden Neue Folge Nr. 63) [H. Emmel lehrte seit 1956 bis zu ihrer Vertreibung 1960 als Professorin für neuere deutsche Literatur in Greifswald]. Greifswald 1991. 32 S. Kostenloser Bezug bei: Presse- und Informationsstelle der E.-M.-Amdt-Universität Greifswald, Domstr. 11, O - 2200 Greifswald.

Philosophie - Wissenschaft - Geschichte. Beiträge zu Persönlichkeiten in der Wissenschaftsgeschichte [Beiträge aus dem Interdisziplinären Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenese der Humboldt-Universität zu Berlin u.a. zu Robert Havemann, Friedrich Hemeck und Hermann Ley, Beitrag zu Geheimen Dissertationen an der Humboldt-Universität während der DDR-Zeit] (Heft 4/92 der *Wissenschaftlichen Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften*). Berlin 1992. 125 S. DM 23,-. Bestellungen an: Red. Wissenschaftliche Publikationen der HUB, Mittelstr. 7/8, O - 1086 Berlin.

Brinks, Jan Herman: **Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels** (Campus Forschung Bd. 685). Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 1992. 352 S. DM 68,-. Über den Buchhandel.

Kocka, Jürgen: **Die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 29. Januar 1992** (Gesprächskreis Geschichte Heft 1, hrsg. von Dieter Dowe, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn 1992. 21 S. Kostenlos zu bestellen bei: Zentrum für sozial- und zeitgeschichtliche Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Alle 149, W - 5300 Bonn 2, Tel. 0228/883 473.

Entscheidender Beitrag zur Erneuerung vollbracht: MLU Halle-Wittenberg heißt wieder "Martin-Luther-Universität"

Der Senats-Beschluß, die Abkürzung „MLU“ nicht mehr zu gebrauchen, erfolgte auf einen Antrag von Prof. Dr. Hans Lilie. Darin heißt es:

Seit Aufnahme meiner Tätigkeit an dieser Universität fällt mir auf, daß sich hier in Halle eingebürgert hat, die Universität als „MLU“ zu bezeichnen. Ich halte das für eine unglückliche Verstümmelung eines großen Namens. Mir ist im deutschsprachigen Raum keine Universität bekannt, die die Anfangsbuchstaben ihres Namenspatrons zu einer Abkürzung zusammenzieht. Wenn die Martin-Luther-Universität in Wissenschaft und Forschung künftig einen wichtigen Rang in Deutschland und Europa einnehmen soll, so gehört dazu auch ein Etikett. Ich würde es deshalb für eine unglückliche Entwicklung halten, wenn in der Zukunft mit Halle das Kürzel MLU in Verbindung gebracht wird. Niemand wird sich vorstellen können, was sich hinter dieser Abkürzung verbirgt. Zudem glaube ich, daß es

auch eine Aufgabe der Erneuerung ist, solche Kürzel in Zukunft zu vermeiden. Von daher müßte man seitens unserer Universität alles tun, damit mit dem Namen Martin-Luther-Universität automatisch in Deutschland die Universität Halle-Wittenberg in Verbindung gebracht wird. Dies geht freilich nur dann, wenn wir schon aus der Universität heraus den Namen unserer Bildungsstätte vollständig und selbstverständlich gebrauchen.

Deshalb beantrage ich, daß der Senat einen Beschluß fassen möge, daß in Zukunft der Name unserer Universität schriftlich wie mündlich nicht mehr durch diese Abkürzung repräsentiert werden soll.

Ich meine, daß damit auch ein nach außen sichtbarer Schritt der Erneuerung und Lossagung von der Vergangenheit getan wird.

(aus: *Universitätszeitung der MLU [= Martin-Luther-Universität] Halle-Wittenberg 2/93*)

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

hochschule ost

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten

AutorInnen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczyk, Torsten Bultmann, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Monika Gibas, Horst Klankmann, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Hans-Uwe Erichsen, Edellbert Richter, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Hans-Heinz Emons, Eberhard Tiefensee, Hans-Jörg Sandkühler, Hartmut Elsenhans u. v. a.

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennenlernen
2. mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM
3. mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/
StudentInnenabonnement für 33,- DM
4. mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium
.....) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündigt.

Name

Adresse

..... (Datum) (Unterschrift)

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

..... (2. Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig